

Nr. 2/2021

April – Juni 2021

# CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

Nur noch CUP  
Das neue Leben mit der alten Währung

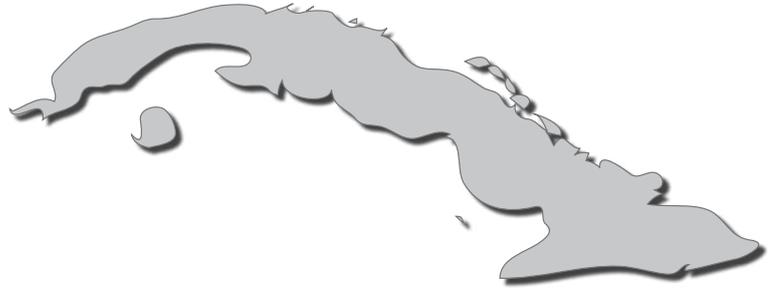
Friedensnobelpreis für Ärztebrigade?  
Kuba hätte das verdient

Internationalismus als Weg aus der Krise  
Gespräch mit britischer Baroness

## 60 Jahre Invasion in der Schweinebucht

**Ja zu Cuba:  
Lasst Euch nicht beirren!**  
Von Rolf Becker

Jorgitos Log  
Kuba im Medienspiegel  
Kultur  
Aus der FG



Im Juni steht voraussichtlich die Abstimmung der von Kuba eingebrachten Resolution zur Verurteilung der US-Blockade an. Wir berichten über die Vorbereitungen und den Stand der Kampagne „Unblock Cuba“. Doch seien wir gewiss: Der Druck der Welt muss stärker werden, damit die USA dazu gebracht werden, Kubas Souveränität anzuerkennen, wie es das Völkerrecht fordert, und Kubas eigenen Entwicklungsweg zu respektieren. Verdient hätte es dies kleine, großzügige und hilfsbereite Land allemal.

Kuba hat mit der Vereinheitlichung seiner beiden Währungen einen wichtigen Schritt zur Aktualisierung seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik getan. Renate Fausten beleuchtet die Erfahrungen der ersten Wochen. Peter Knappe schildert die Reaktion bundesdeutscher Medien auf diesen Prozess.

Mitten in der Pandemie und trotz verschärfter US-Sanktionen hilft Kuba anderen Ländern bei der Pandemiebewältigung. Die Brigade Henry Reeve ist für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen. Wir haben Christine Bowler, Mitglied des House of Lords in Großbritannien, und Zaklin Nastic, Mitglied im Bundestag für die Partei „Die Linke“ über die Gründe interviewt: Beide haben die Brigade offiziell in Oslo für die Auszeichnung vorgeschlagen

Der Parteivorstand der Linkspartei sprach sich im Januar zwar für die Aufhebung der US-Blockade aus, führte dies aber ad absurdum, indem er von Kuba einen Dialog mit den Contras einforderte, die genau für schärfere Blockaden gegen Kuba und eine Invasion durch die USA sind. Nach heftigen Protesten der Parteibasis und der Kuba-Solidarität ruderte man zurück und „verschlimmbesserte“ das Ganze, indem man in einem zweiten Beschluss alles zu einer Fehlinterpretation und einem Missverständnis erklärte, ohne sich wirklich zu distanzieren. Mehrere Autoren beleuchten unterschiedliche Aspekte der Folgen und der Taktik dieses Beschlusses, zeigen die mit ihm einhergehende Instrumentalisierung von Menschenrechtsfragen auf und wenn Linken die Trennschärfe zwischen Kontrapositionen und Kritik verloren geht. Kriege und Invasionen werden medial und auch gerne mit Unterstützung von Künstlern vorbereitet. In der BRD werden zunehmend Stimmen zitiert, die sich für eine Invasion Kubas aussprechen.

Dr. Klaus Piel gibt uns eine fachkundiges Update zur Coronasituation und Entwicklung von Impfstoffen in Kuba.

Gisela Rudnick ermöglicht uns einen wunderbaren Abriss zur Entwicklung des kubanischen Bildungswesens, die Verwirklichung von Bildung als Menschenrecht.

*Marion Leonhardt*

## impresum

**Herausgeber:** Vorstand der Freundenschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,  
Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel.: 0221 / 2 40 51 20,

Fax: 0221 / 6 06 00 80

Mail: [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)

Web: [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

**Konto/Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

**Redaktion:** R. Armbruster, T. Brenner,

R. Fausten, U. Fausten, P. Knappe,

M. Leonhardt, W. Mix

**Bildredaktion:** Tom Brenner

**V.i.S.d.P.:** Marion Leonhardt

**Gestaltung/Satz:**

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

**Printed in the EU.**

**Postvertrieb:** CommPress Verlag GmbH,  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

**CUBA LIBRE** erscheint vier Mal im Jahr.

Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €,

Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des

Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des

Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte

und Fotos übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

**ISSN 0178-2460**

## **kuba**

- 4 Revolutionäres Beispiel vor 60 Jahren
- 7 Die einzige gute Nachricht ist, dass Trump weg ist
- 9 Souveräne Defensive
- 11 Nur noch CUP
- 15 Das Schweigen der Blätter
- 16 Bildung für alle: In Kuba Realität
- 24 Überraschende Kubaversteher des Tages
- 25 Jorgitos Log
- 27 Kuba in Coronazeiten – ein Update

## **projecto tamara bunke**

- 29 Was ist eigentlich das Proyecto Tamara Bunke?!

## **solì**

- 31 Internationalismus ist der einzige Weg aus der aktuellen Krise
- 32 Kuba hätte den Friedensnobelpreis mehr als verdient
- 36 Trojanisches Pferd des Antikommunismus
- 37 „Cuba sì“ – Ja zu Cuba: Lasst Euch nicht beirren!
- 39 Im Westen was Neues?
- 41 Ziemlich am Ende – Eine Glosse
- 42 Was heisst hier LINKS?
- 43 Same procedure as every year?
- 44 Dranbleiben
- 46 Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein

## **aus der fg**

- 47 Kuba und das Recht auf Gesundheit in Deutschland

## **lateinamerika**

- 48 Normalisierung in Bolivien

## **kuba im medienspiegel**

## **service**

- 2 Impressum
- 22 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen
- 23 Lieferbare Materialien



## Revolutionäres Beispiel

Kubas Luftstreitkräfte während der Invasion in der Schweinebucht vor 60 Jahren

Von Wolfgang Mix

**Mit dem Sieg der kubanischen Revolution im Jahre 1959 gegen die Batista-Diktatur verließen viele Angehörige der vormals besitzenden und herrschenden Klasse das Land und gingen in die USA. Sie verbanden damit die Erwartung, dass sich die soziale Revolution zugunsten der Besitzlosen nicht werden halten können und setzten dabei auch auf den Druck der USA. Diese „Exilanten“, im Sprachgebrauch der Revolution als „gusanos“ („Würmer“) bezeichnet, hofften auf baldige Rückkehr. Ein Teil der im Lande Verbliebenen setzte eine Terror- und Sabotagewelle in Gang. So brannte am 13. Januar 1961 das größte Kaufhaus Havannas, das „Encanto“ aus. Zuckerrohrfelder wurden in Brand gesteckt. Es gab Tote und Verletzte und die Revolution musste reagieren.**

Die Feindseligkeit des Yankee-Imperialismus steuerte bald auf einen vorläufigen Höhepunkt zu: Am 17. April 1961 wurden etwa 1.500 exilkubanische Söldner in einer abgelegenen Gegend im Süden Kubas an Land gesetzt. Organisiert wurde die Invasion von der Regierung der USA, welche Geld, moderne Waffen und Logistik zur Verfügung stell-

te. Das Ziel war die Etablierung eines Brückenkopfes und nachfolgend die Ausrufung einer provisorischen Gegenregierung, welche vor der Weltöffentlichkeit ein militärisches Eingreifen Washingtons rechtfertigen sollte. Doch kubanische Milizen schrieben Geschichte: Zum ersten Mal wurde ein derartiger Übergriff gegen das

Selbstbestimmungsrecht eines Volkes im „Hinterhof“ der Weltmacht zur Schlappe für die Aggressoren. Innerhalb von drei Tagen wurden ihre Verbände niedergekämpft und fast vollständig gefangen gesetzt. Nur wenige konnten sich zurück auf die Invasionsschiffe flüchten. Eine besondere Rolle spielten etwa zehn revolutionäre Kampfpiloten, die gegen eine erdrückende Übermacht über sich hinauswuchsen.

Am frühen Morgen des 15. April hatten fremde Kampfflugzeuge, die mit den Hoheitszeichen der revolutionären Luftstreitkräfte bemalt waren, Flugplätze in Havanna, San Antonio de los Baños und Santiago de Cuba angegriffen. Diese Täuschung, die von Kennedy selbst gebilligt worden war, sollte die Lüge untermauern, die bald



Eines der Jagdflugzeuge der kubanischen Luftwaffe, mit denen die Invasion abgewehrt wurde steht heute im Museo Playa Giron .  
Foto: Wmpearl / wikimedia / CC0 1.0

durch die westlichen Medien verbreitet wurde: es seien kubanische Piloten selbst gewesen, die desertiert seien und dann diese Angriffe durchgeführt hätten – die wahren Planer dieser Aggression sollten vor der Weltöffentlichkeit verborgen bleiben. Doch Kuba bewies Voraussicht: Die wenigen verfügbaren Kampfflugzeuge waren weit verstreut abgestellt worden, so dass nur zwei von ihnen zerstört wurden. Die größere Zahl zerbombter Maschinen waren bereits ausgemusterte Wracks, die man auf den Flugbahnen aufgestellt hatte.

Am 16. April erklärte Fidel Castro vor zehntausenden bewaffneter Milizionäre angesichts der Toten vom Vortag, dass „...wir alle, stolz auf unsere Revolution und stolz darüber, dass wir diese Revolution der einfachen Menschen, von den einfachen Menschen und für die einfachen Menschen verteidigen, nicht zögern werden, sie, gegen wen auch immer, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen!“ Bei dieser Rede unterstrich er zum ersten Mal öffentlich und in aller Klarheit die sozialistische Ausrichtung des eingeschlagenen Weges.

In einem Aufruf von Raúl Castro, der den Oberbefehl im Osten Kubas hatte, hieß es: „Alle auf ihre Posten! Der Feind hat uns angegriffen. Schlagen wir ihn und die einheimische Reaktion!“

Enrique Carreras, der als der Vater der revolutionären Luftstreitkräfte gilt, war der Verantwortliche für die Piloten. Neben ihm hatten nur eine Handvoll der Flieger eine längere Erfahrung, die wie er bereits unter dem Batista-Regime in der Luftwaffe gewesen waren und sich dann dem Widerstand und der Revolution angeschlossen hatten. Die Übrigen waren junge Leute am Anfang ihrer Ausbildung. Man hatte nur acht Flugzeuge aus der Zeit Batistas, die nach ihren Einsätzen immer wieder von den Mechanikern, oft ohne Ersatzteile und mit

viel Improvisation, flugbereit gemacht wurden. Der Feind verfügte – seine Transportmaschinen nicht mitgerechnet – über die fünffache Anzahl an Flugzeugen, die bestens gewartet und ausgestattet waren. Beim fliegenden Personal betrug das Kräfteverhältnis eins:zwölf zu seinen Gunsten.

Am ersten Tag der Invasion, dem 17. April, gab Fidel den Befehl an die Flieger, vorrangig die Transportschiffe und die Landungsboote der Invasoren anzugreifen. Zwei Transportschiffe, die „Escondido“ und die „Houston“, wurden in Brand geschossen und versenkt. Mehrere Landungsboote sanken, worauf andere umkehrten und ihre Fracht nicht mehr absetzten. Drei feindliche Kampfflieger wurden im Luftkampf abgeschossen.

Auch Kuba verlor zwei Maschinen und deren fünf Besatzungsmitglieder, doch sie blieben die einzigen Verluste der Luftstreitkräfte.

Álvaro Prendes war einer der „alten“ Piloten. Er flog 14 Einsätze, mehr als jeder seiner Kameraden. Später beschrieb er die Intensität jener Tage so: „Wir verloren jedes Zeitgefühl. (...) Ich musste mehrere Tage fast ohne Schlaf auskommen und habe dabei praktisch nur von Saft und Weißbrot gelebt; für anderes war einfach keine Zeit.“ Und an anderer Stelle vermerkt er, dass er seine Kleidung nicht wechseln



Ein Milizionär bewacht ein abgeschossenes Flugzeug der Invasoren  
Foto: Ernesto Fernández

konnte: „Sie klebt regelrecht am Körper und man kann sich vorstellen, welchen Geruch ich ausströme. Tagsüber stürzen sich die Fliegen scharenweise auf mich. (...) Ich schlafe miserabel. Ständiges Kommen und Gehen, erregte Debatten steigern meine Nervosität. (...) Müde und mit geschwellenen Lidern stehe ich am frühen Morgen auf. Schlafmittel darf ich nicht nehmen, denn sie setzen das Reaktionsvermögen herab und können üble Folgen haben. Und der Kampf ist noch nicht zu Ende.“

Am Nachmittag des 18. April ist Prendes gegen feindliche Flieger

in der Luft. Er hängt sich an einen Bomber, schafft es in mehrfachen Anflügen jedoch nicht, ihn entscheidend zu treffen. Der noch verbleibende Treibstoff erreicht bald den kritischen Punkt, um sicher zurückzufliegen, während der Gegner mit geschickten Manövern ausweicht und offensichtlich versucht, zu seiner Basis außerhalb Kubas zu entkommen. Prendes macht einen letzten verzweifelten Versuch: „Diesmal habe ich ihn mitten im Visier. Der gegnerische Pilot ist offenbar ebenso erschöpft wie ich. Mein Finger drückt den Kampfknopf. Wieder Pulvergeruch. Von der B-26 reißen sich Blechstücke los, an der Unterseite der Kanzel zersplittert Plexiglas, und aus dem linken Motor quillt schwarzer Rauch. Rasch leite ich die Kurve aus; der letzte Schuss ist abgefeuert, und der Kraftstoff reicht gerade noch bis San Antonio. Plötzlich verwandelt sich der Rauch bei der B-26 in dicken schwarzen Qualm. Gleich darauf schlägt aus ihrem Motor und unter ihrer linken Tragfläche eine riesige rötlichgelbe Stichflamme hervor. (...) Als der Bomber dem Meer entgegenrast, sehe ich, wie aus dem Notausstieg unter dem Rumpf ein Besatzungsmitglied abspringt. Ich fliege wenige Meter an dem Fallschirm, der wie ein großer rotweißer Pilz aussieht, vorbei. Die Neigung des brennenden Bombers wird steiler, bis ihn eine Explosion praktisch verschwinden lässt. (...) Später erfuhr ich, dass der Pilot dieser Maschine, der so erbittert gekämpft hatte, Leutnant der Batista- Luftwaffe Vianello war, einst mein Kamerad in ein und derselben Eskadron. Er hatte den Weg des Volkes nicht gewählt und musste nun teuer bezahlen.“ Die am Strand angelandeten Söldner sowie feindliche Luftlandetruppen, die anfangs versuchten, die wenigen Straßen im sumpfigen Hinterland der Bucht zu sichern und zu blockieren, wurden Stunde um Stunde von allen Seiten durch

revolutionäre Verbände, Milizen und Polizeikräfte zurückgedrängt. Fidel Castro war ständig an den Fronten und koordinierte die Aktionen.

Am folgenden Tag sind Carreras und Prendes mit ihren Maschinen früh über dem Meer, um anfliegende Feinde zu überraschen. Sie stoßen sofort auf zwei Bomber, die voll beladen in den kubanischen Luftraum eingedrungen sind, um ihre Last über dem Kampfgebiet abzuwerfen. Gleich nach dem ersten Angriff fallen beide ins Meer. Später wird durch Informationen aus Miami bekannt, dass dabei vier erfahrene US-Piloten ums Leben kamen, die teilweise schon im 2. Weltkrieg und in Korea im Einsatz waren. Zu diesem Zeitpunkt weigerten sich nach den Erfahrungen der letzten Tage die aus der herrschenden Klasse ihres Landes stammenden exilkubanischen Piloten bereits, weitere Einsätze zu fliegen. Ihre gesamte Kalkulation beruhte auf dem Glauben an ihre absolute Überlegenheit. Ihre Träume zerplatzten an der Entschlossenheit und der Kampfmentalität derjenigen, die bereit waren, für eine gerechtere Gesellschaft notfalls ihr Leben zu lassen.

An diesem 19. April zeichnet sich das Ende ab. Die kubanischen Piloten flogen Luftangriffe gegen die Invasoren am Boden, die auf immer kleiner werdendem Raum zusammengedrängt werden und versuchen, mit Booten auf das Meer zu entkommen. Nochmal Prendes: „Im Tiefflug gewahre ich, dass an mehreren Stellen in Girón Brände lodern. Die Zerstörung ist nahezu vollständig. Auch unsere Artillerie leistet gute Arbeit. Wir sehen ihr Feuer genau die richtigen Abschnitte treffen: Hunderte Granaten schweren Kalibers detonieren vor, auf und hinter der Anlegestelle; im Meer reißen sie große Wasserfontänen empor. Ein eindrucksvolles Schauspiel, allerdings nur, wenn man nicht wie die

Gusanos mittendrin steckt.“ Etwa 1200 der Invasoren geraten in Gefangenschaft und werden später im Austausch gegen Landmaschinen und Medikamente in die USA zurückgeschickt.

Che Guevara wies während der Krisentage darauf hin, dass der Krieg bis zur Vernichtung des Imperialismus ein langer und harter sein werde. Einige der kubanischen Piloten, unter ihnen auch Álvaro Prendes, kehrten nach Jahren oder Jahrzehnten der Revolution den Rücken und gingen ins Exil. In der Schweinebucht aber leisteten sie einen entscheidenden Beitrag.

Der Konflikt Kubas mit den USA geht bis heute weiter. Der Annäherung Kubas an die UdSSR folgte im Sommer 1962 die Raketenkrise, welche die Welt an den Rand eines Atomkrieges brachte. Noch bis 1965 kämpften in den Escambray-Bergen von den USA unterstützte Konterrevolutionäre. Später gab es unter anderem biologische Angriffe durch Abwurf von Krankheitserregern und Pflanzenschädlingen aus der Luft, Anschläge auf diplomatische Vertretungen Kubas im Ausland sowie Mordversuche gegen führende Repräsentanten der Revolution. Ein gewaltiger Propagandaapparat wurde aufgebaut sowie ständig versucht, eine interne Opposition mit Geld aufzupäppeln. In jüngster Zeit spielen die sogenannten „sozialen“ Netzwerke eine subversive Rolle: durch Verbreitung von Falschmeldungen, Gerüchten und des ganzen übrigen Desinformationsmülls der westlichen „Zivilisation“ soll die kubanische Bevölkerung verunsichert und Unruhe erzeugt werden. Unabhängig davon, wer in Washington gerade den Hut auf hat und was gesagt wird: Die völlige Vernichtung und Zerstörung des Beispiels, das Kuba der Welt gegeben hat, bleibt das Ziel. Indem wir dem entgegentreten, kämpfen wir hier auch für unsere eigene Freiheit.

# Die einzige gute Nachricht ist, dass Trump weg ist

Die Beziehung zwischen Kuba und den USA

Von Justo Cruz

Vor ein paar Tagen meldete die Tageszeitung „Los Angeles Times“, dass der neu gewählte US-Präsident Joe Biden beabsichtige, die Familienüberweisungen und die Reisen nach Kuba wieder aufzunehmen. Das ist die gute Nachricht.

Zugleich wird davor gewarnt, dass „andere Annäherungen, die während der Obama-Administration zwischen beiden Ländern erreicht wurden, nur langsam kommen und nicht sofort wiederhergestellt werden können.“ Das ist die schlechte Nachricht.

Mir fällt auf, dass die Mainstream-Medien die Worte „Annäherung“ und „Distanzierung“ im Zusammenhang mit „Sanktionen“ und „Restriktionen“ immer wieder verwenden – als ob die Blockade von beiden Seiten ausginge.

Wann werden wir endlich verstehen, dass die US-Blockade gegen Kuba unilateral ist?

Vielen Kubanern reicht es nicht mehr festzustellen, wie oft die Generalversammlung, das höchste debattierende Gremium der Vereinten Nationen, mit überwältigender Mehrheit die Blockade ablehnt, die die Vereinigten Staaten seit mehr als sechs Jahrzehnten über Kuba verhängt haben. Wir fragen uns, welchen Sinn diese verabschiedeten Resolutionen zur Verurteilung der Blockade haben, wenn die Belagerung weiter geht und der UNO, mit all ihren Kontroll- und Überwachungsorganen, weiterhin die Hände gebunden sind.

Da es heutzutage gängig ist, sich auf die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ zu beziehen, sei daran erinnert, dass es in Artikel 22 derselben heißt: „Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und hat Anspruch darauf, dass die wirtschaftlichen, sozia-



Selbst in Zeiten der Pandemie wird an der Blockade festgehalten.  
Foto: Prensa Latina

len und kulturellen Rechte, die für seine Würde und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind, durch nationale Anstrengungen und internationale Zusammenarbeit und der Organisation und den Mitteln eines jeden Staates entsprechend verwirklicht werden.“ Ende des Zitats.

Wie kann es möglich sein, dass im Ausland lebenden Kubanern/-innen das Internationale Humanitäre Recht vorenthalten wird, ihren Verwandten in Kuba zu helfen, besonders in dieser Zeit, in der die Insel – wie viele Länder der Welt – mit einer Gesundheitskrise konfrontiert ist, die sich in eine sozioökonomische Krise verwandelt hat, die größte Herausforderung für die Menschheit seit dem Zweiten Weltkrieg.

Wie kann es zugelassen werden, dass ein Volk weiterhin wirtschaftlich erstickt wird?

Im Jahr 2020 wandte die Administration von Donald Trump eine

Reihe von Maßnahmen an, um die Lieferung von Treibstoff zu verhindern, indem sie internationale Schiffe, Reedereien und Versicherungsgesellschaften verfolgte und bedrohte. Sie verfolgen und blockieren weiterhin die Bank- und Finanzbeziehungen Kubas mit dem Rest der Welt, indem sie Familienüberweisungen an kubanische Bürger verbieten, die Erteilung von Visa drastisch reduzieren und die konsularischen Dienstleistungen einschränken: Maßnahmen, die eine direkte Auswirkung auf die Dynamik und die ökonomischen Bedingungen des Landes haben und den Kampf, den das kubanische Volk und der kubanische Staat gegen COVID-19 führen, jeden Tag schwerer machen.

Das „mächtigste Land der Welt“, Verfechter der „Freiheit“, ist der größte Verletzer der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Es verletzt die Grundrechte und Grundfreiheiten seiner eige-

nen Bürger, indem es ihnen verbietet, als Touristen nach Kuba zu reisen oder ihre Verwandten zu besuchen – Menschenrechte, die unveräußerlich sind und die für alle Menschen mit gleicher Würde und gleichen Rechten gelten sollten.

Die Vereinigten Staaten sind der größte Verletzer der internationalen Normen, die Toleranz und friedliche Koexistenz zwischen den Völkern garantieren sollten, um den Frieden und die internationale Sicherheit im gemeinsamen Interesse zu erhalten, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Länder der Welt ohne Ausnahme zu fördern.

Seit Wochen wird nun spekuliert, ob die Biden-Administration einige der von Trump verhängten Restriktionen für Geschäfte und Reisen zwischen den USA und Kuba aufheben werde, und es ist sogar die Rede von der Wiederaufnahme diplomatischer Gespräche. Bisher ist jedoch nichts Konkretes passiert, was darauf hindeuten könnte, dass die USA ihre feindliche Politik gegenüber der Karibikinsel ändern würden.

In den letzten Monaten seiner Amtszeit hat der ehemalige Präsident Donald Trump zusätzliche Hindernisse geschaffen wie die Wiederaufnahme Kubas auf die Liste der „den Terrorismus fördernden Staaten“, was es schwierig macht, viele der aktuellen Einschränkungen rückgängig zu machen. Hinzu kommt der starke Widerstand im Kongress von Mitgliedern, die eine Verbesserung der Beziehungen zu Kuba auf der Basis von Respekt und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ablehnen.

Auf der anderen Seite sollten wir uns daran erinnern, dass Joe Biden sich während seines Wahlkampfes nicht wesentlich von den feindseligen Positionen distanziert hat,

die traditionell sowohl von demokratischen als auch von republikanischen Kandidaten eingenommen werden. In seinen Reden erklärte er bei wiederholten Anlässen: „Kuba ist heute nicht näher an Freiheit und Demokratie als vor vier Jahren“, was für ihn die Notwendigkeit

tel dazu einsetzen, um Kuba von der Liste der Staaten zu streichen, die Washington zufolge den Terrorismus fördern, auf alle drei Titel des Helms-Burton-Gesetzes zu verzichten und von Washingtons traditioneller Politik des „Regimewechsels“ zum Sturz der Regierung in Havanna abzurücken.

Die USA sollten das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität des kubanischen Volkes respektieren. Im gegenseitigen Respekt liegt der Schlüssel zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Wenn die neue US-Regierung wirklich an der Verbesserung der Lebensbedingungen des kubanischen Volkes interessiert ist, sollte sie alles tun, um die von Barack Obama verabschiedete „Präsidentiale Politische Richtlinie von 2016“ mit dem Titel „Normalisierung Vereinigte Staaten-Kuba“ umzusetzen. DAS wäre ein bedeutsamer Anfang.

Der 46. Präsident der USA sollte verstehen, dass die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba das Haupthindernis für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung der kubanischen Gesellschaft und für einen Prozess der Normalisierung der bilateralen Beziehungen ist. Aber ich fürchte, dass er dazu nicht bereit sein wird.

Die internationale Gemeinschaft darf nicht die am 10. Dezember 1948 unterzeichnete Verpflichtung, „die Würde und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen auf dem Planeten zu bewahren“, vergessen, einschließlich der Menschenrechte aller Kubaner.

Also können wir im Augenblick nur sagen, dass die einzige gute Nachricht ist, dass Trump die Wahl verloren hat.

Übersetzung Klaus E. Lehmann



Titelseite des britischen „Morning Star“

eines Politikwechsels bedeutet. Die Ziele bleiben die gleichen.

Joe Biden wird wahrscheinlich keine andere Wahl haben, als die Kuba-Frage weiterhin unter Berücksichtigung zweier grundlegender Aspekte zu behandeln: den widerspenstigsten Teil der kubanisch-amerikanischen Wählerschaft in Südfloida weiterhin zufrieden zu stellen und die geopolitischen Interessen der USA zu wahren, deren Hauptziel in Lateinamerika und der Karibik darin besteht, den Einfluss der Emanzipationsbewegungen einzudämmen.

Wenn der derzeitige Präsident und sein Kabinett wirklich an einer deutlichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert sind, sollten sie als erstes alle ihnen zur Verfügung stehenden Mit-

# Souveräne Defensive

Über den Vorwurf, Kuba sei heutzutage nicht mehr sozialistisch genug

Von Tobias Kriele

Die Kubanische Revolution muss sich auch in im 63. Jahr Widrigkeiten und Angriffen erwehren. Dabei kommen die Attacken heutzutage nicht mehr vorrangig mit reaktionären oder antikommunistischen Argumenten. Die gegenwärtigen Angriffe auf Kuba sind subtiler, und sie begehen nicht mehr den Fehler, die Errungenschaften der Revolution grundsätzlich zu leugnen. Im Gegenteil: Gute Absichten und anfängliche Erfolge werden Kuba durchaus zugestanden. Allerdings wird suggeriert, die Revolution habe zu einem gewissen Zeitpunkt begonnen, sich in Widersprüche zu verfangen. Der kubanische Sozialismus befindet sich, dieser Auffassung zufolge, heute in der Zwickmühle, seine eigenen Versprechungen nicht mehr halten zu können. Genau genommen handele es sich demnach um keinen Sozialismus mehr, sondern um eine unreine Mischform. Das Kuba von heute wird gegen die Werte und hehren Absichten des revolutionären Kubas von 1959 abgewogen – und in der Regel für zu leicht befunden. Wer jetzt glaubt, zu einem solchen Urteil könnten nur enttäuschte Theorie-Guevaristen aus der stets besserwissenden Metropolen-Linken kommen, täuscht sich. Der (scheinbar) linke Vorwurf an Kuba, nicht sozialistisch genug zu sein, wird heutzutage gerne mit dem Vorschlag verknüpft, mehr Eigeninitiative und eine wohldosierte Marktwirtschaft zuzulassen, ohne jedoch in einen entfesselten Kapitalismus zu verfallen. Dahinter steckt offensichtlich die Vorstellung, es sei möglich, kapitalistische und sozialistische Elemente wie in einem Reagenzglas zu mischen: Eine Prise liberale Freiheit, eine Prise marktwirtschaftliche Produktiv-



Zusammenhalt und kollegiales Handeln sind entscheidend für die Gegenwart und Zukunft Kubas.  
Foto: Ladyrene Pérez/Cubadebate

kraftentwicklung, eine Prise sozialistische Gerechtigkeit und eine Messerspitze Humanismus.

Kostprobe gefällig? Die Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, ein Thinktank der Bundesregierung, veröffentlichte im Jahr 2017 eine Studie unter dem Titel: „Kuba „aktualisiert“ sein Wirtschaftsmodell – Perspektiven für die Zusammenarbeit mit der EU“. Darin heißt es: „Die EU sollte nicht auf eine kurzfristige Wirtschaftsprivatisierung in Kuba drängen, denn es liegt auf lange Sicht auch im ökonomischen und politischen Interesse der Industrieländer, dass eine weitere Privatisierung der kubanischen Wirtschaft nicht zu einem Monopolkapitalismus führt. ... Kuba hat ein großes Interesse, nicht den

Fehler Russlands zu wiederholen, das in den 1990er Jahren ohne entsprechende institutionelle Absicherung eine zunehmende Privatisierung von Staatsmonopolen zuließ und so die Herausbildung eines Monopolkapitalismus unterstützte. ... Mit der gegenwärtigen Förderung kooperativer Wirtschaftsformen hat Kuba durchaus die Möglichkeit, einen dritten Weg zwischen Marktkapitalismus und Sozialismus zu beschreiten.“ (Download unter: [www.ssoar.info/ssoar/handle/document/50918](http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/50918))

Dieser Vorschlag, einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzuschwenken, existiert in verschiedenen Facetten: dem Orientieren an einer in Europa aus der Mode gekommenen „sozialen“ oder auch der in China und Vietnam ausgerufenen

nen „sozialistischen“ Marktwirtschaft. Bei aller Verschiedenheit der Vorschläge haben sie die Vorstellung zum Dreh- und Angelpunkt, Kuba habe als die notwendige Konsequenz des vermeintlichen Scheiterns des ursprünglichen, reinen kubanischen Sozialismusmodells ein „Erfolgsmodell“ zu importieren und zu adaptieren.

Das Bild, Kuba sei mittlerweile von seinem ursprünglich eingeschlagenen reinen Weg des Sozialismus abgekommen und habe sich heute im Zickzack durch einen sozialistisch-marktwirtschaftlichen Mischwald zu schlagen, ist dabei aus mindestens vier historischen Gründen schräg.

1. Die Kubanische Revolution ist, zumindest im kubanischen Sprachgebrauch, kein Ereignis, sondern ein langer Entwicklungsprozess, welcher 1868 mit dem zehnjährigen Krieg als erste Etappe begonnen hat. Nicht ohne Grund nannte Fidel den in dieser Zeit wirkenden humanistischen Nationaldenker José Martí den „Autor der Revolution“. Der revolutionäre Erfolg von 1959 hat also eine neunzigjährige Vorgeschichte.

2. Auch die Kubanische Revolution von 1959 hat sich erst im Laufe vieler Versuche, Anstrengungen, Fehler und Errungenschaften zu dem entwickelt, als das wir sie heute rückwirkend und mitunter nostalgisch betrachten. Als Beispiele seien nur die Alfabetisierungskampagne, die Industrialisierung des Landes und die damit verbundene Entwicklung einer Arbeiterklasse, der (Bio-)Wissenschaftlicher Fortschritt, demokratische Entscheidungsstrukturen wie das System der Poder Popular, die politisch-ideologische Aufbauarbeit der „Ideenschlacht“ oder die die gesamte Bevölkerung erfassenden Debatten über die neue Verfassung genannt. Das sozialistische Kuba schafft es immer wieder, zu agieren und Themen zu

setzen – siehe die 45 Brigaden des internationalen medizinischen „Henry Reeve“-Kontingents, die mit insgesamt 3.772 Mitgliedern, davon 2.399 Frauen, in 38 Ländern insgesamt 255.372 Patienten behandelt und über 8.000 gerettet haben. Sie sind keine späten Echos eines revolutionären Impetus aus den 1960er Jahren. Sie sind der aktuellen Ausdruck eines lebendigen, um Antworten auf die aktuellen Herausforderungen ringenden sozialistischen Kubas.

3. Die Kubanische Revolution hat sich seit etwa 1991 unter Sonderbedingungen entwickeln müssen, eben denen einer „Sonderperiode“, in welcher der planmäßige Weg zu einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft unterbrochen und teilweise widersprüchliche Maßnahmen ergriffen werden mussten. Mit anderen Worten: Die Revolution hat sich also eine beinahe ebenso lange Zeit unter den Sonderbedingungen inmitten einer feindseligen, imperialistischen Weltgesellschaft entwickeln müssen wie unter den vorherigen Bedingungen eines sozialistischen Weltsystems. Seit nunmehr 30 Jahren ist die kubanische Revolution in erster Linie gezwungen, auf Einschränkungen und widrige Verhältnisse zu reagieren. Partei und Regierung in Kuba sehen sich aufgrund ausbleibenden Wirtschaftswachstums und wegbrechender Deviseneinnahmen gezwungen, den strategisch bestimmten Entwicklungsweg der kubanischen Revolution zu korrigieren und einige Maßnahmen – trotz nicht ausreichend entwickelter Voraussetzungen – zu beschleunigen. Das, was Kuba heute ist, ist bestimmt nicht das Kuba, was sich die Revolutionärinnen und Revolutionäre im Jahr 1959 sechs Jahrzehnte weiter in der Zukunft vorgestellt haben. Es ist nur so, dass kein historischer Prozess widerspruchslos den Vorstellungen derjenigen entspricht, die ihn gestalten.

4. Über die strategische Bedrohungslage hinaus sieht sich die ku-

banische Revolution seit 1960 ununterbrochen den Angriffen des Imperialismus ausgesetzt, insbesondere der USA, die traditionell einen hegemonialen Anspruch auf die Region und insbesondere auf Kuba erheben.

Seit der Trump-Administration ist die US-Blockade umfassender und aggressiver denn zuvor. Kurz vor ihrem Abgang versuchte die Trump-Administration, die Früchte ihrer Hardliner-Politik zu ernten und verstärkte die Versuche, eine „Farben“ – (Konter-)Revolution zu inszenieren. Dabei versuchen die USA, die Corona-Pandemie für ihre Zwecke zu nutzen und die kubanische Regierung für ihr konsequentes Vorgehen gegen selbige den maximalen politischen und wirtschaftlichen Preis zahlen zu lassen.

Auch wenn Hoffnungen auf die Abschwächung einiger Blockade-Maßnahmen unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden bestehen, wird bereits deutlich, dass die neue US-Regierung durch exilkubanische Contra-Gruppen, US-Dienste wie NED, USAID, CIA sowie antikommunistische Stiftungen und Organisationen ihre Aktivitäten für einen Regime-Change in Kuba fortsetzen und intensivieren wird.

Die Pandemie-Situation wird dabei von den USA gezielt ausgenutzt, um die Folgen der Blockade noch zu verschärfen.

Ziel ist es, die kubanische Regierung zu unpopulären Maßnahmen zu zwingen, Unzufriedenheit und Spaltungen in der Bevölkerung zu schüren sowie die mit dem revolutionären Kuba sympathisierenden Kräfte im Ausland zu verunsichern. Ist das noch unser revolutionäres Kuba? Verteidigt es die Werte, für die wir es einst so bewundert haben, mit derselben Entschlossenheit? Hat es den Weg des Sozialismus bereits verlassen, und ist es vielleicht nicht gar besser so?

So berechtigt diese Fragen sind, sollte man sich doch immer darüber im klaren sein, dass sie auch der gewünschte Output einer minutiös aufgebauten Bedrohungslage sind.

Vom 16. bis 19. April 2021, in den Tagen um den 60. Jahrestag der gescheiterten Invasion des US-Imperialismus in der Schweinebucht, wird der VIII. Parteitag der KP Kubas stattfinden. Die dort gefassten Beschlüsse werden widersprüchlich sein und möglicherweise auch einige Er-

rungschaften der kubanischen Revolution zeitweise zurücknehmen. Der Sozialismus steht auf ihm allerdings nicht zur Disposition – und auch nicht die Einführung von Mischverhältnissen. „Die Geschichte zeigt, dass vom Marktsozialismus am Ende nur noch der Markt, nicht aber der Sozialismus blieb.“ So die Worte des ehemaligen kubanischen Wirtschaftsminister Rodríguez, die auch in den Äußerungen des kubanischen Präsidenten und vermutlichen zukünftigen Par-

teichs Miguel Díaz-Canel wieder zu finden sind. Die entscheidende Frage ist, inwiefern es gelingt, von einer sozialistischen Positionen aus die richtigen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen und die strategische Gesamtlage zu finden. Auch wenn der unbeteiligte Zuschauer auf der Tribüne es sich vielleicht anders wünscht, der Boxer im Ring weiß: Eine souveräne Defensive ist nicht weniger wert als eine heldenhafte Offensive. Im Gegenteil.

## Nur noch CUP

Das neue Leben mit der alten Währung und die „Aufgabe Neuordnung“

Von Renate Fausten

Lange wurde davon geredet und darüber spekuliert, wann der CUC das Zeitliche segnen würde. Am 1. Januar 2021 war es dann soweit. Die Gefühle waren gemischt, es herrschte schon Unsicherheit, wie das alles werden soll. Schließlich war der Zeitpunkt mit COVID-19, den weggebrochenen Devisen aus dem Tourismus und den immer wieder verschärften US-Sanktionen, die Kubas Wirtschaft um elf Prozent einbrechen ließen und ihm die schwerste Rezession seit den 90er Jahren bescherte, nicht gerade ideal. Aber jedem war klar, dass der Weg ins Ungewisse einmal begonnen werden musste.

Bereits im Dezember 2020 bekamen dann alle einen Gehaltsvorschuss von 1000 CUP, aber manch einer wusste im Januar noch nicht genau über seinen zu erwartenden Monatslohn Bescheid, was zu einiger Verwirrung führte. Die Summen, die man in der Hand hatte, waren zwar höher, aber es wurde ja nun auch alles teurer. Als die Leute die neuen Stromtarife sahen, waren sie teilweise verzweifelt. Zwar soll-

ten auch die niedrigen Verbrauchsmengen weiter subventioniert werden, aber eben nicht mehr so stark. Manche fingen schon an zu rechnen, wann sie im Dunkeln sitzen würden. Aber man musste nicht so lange rechnen, bis die Regierung merkte, dass sich Unmut aufstaute.

### Modifizierung der Tarife

„Man wird das überprüfen, was zu überprüfen ist und das korrigieren, was korrigiert werden muss“, hatte Präsident Díaz-Canel kurz zuvor vor der Nationalversammlung gesagt und unter dieser Prämisse untersuchte man die Strom-



Der Peso convertible (rechts) ist abgeschafft worden.  
Foto: Peter Knappe

tarife noch einmal und modifizierte sie.

Dabei wurde der Bevölkerung aber deutlich gemacht, wie man zu diesen Strompreisen gelangte. „Eins muss klar sein, dass, was man nicht über den, der den Strom verbraucht einnimmt, muss von irgendjemand anderem bezahlt werden.“, sagte Marino Murillo. Die Regierung sei auf jede einzelne von der Bevölkerung mit Respekt vorgebrachte Meinung eingegangen. Allerdings gehe es in der Ökonomie in der Praxis darum, wie weit man gehen kann, was die Ökonomie aushält, wobei man dabei immer auch die durch die COVID-19 Pandemie verursachte weltweite Krise und die Verschärfung der US-Blockade im Blick haben müsse. Über nichts davon dürfe man hinwegsehen.

Mit diesen Gegebenheiten und den Kriterien der Bevölkerung im Blick kam es also zu einer Modifizierung der Tarife. Diese wurde von den entsprechenden Ministern und in Fernsehspots ausgiebig erklärt. Die Gemüter beruhigten sich daraufhin wieder. Sicherlich ist ein positiver Nebeneffekt, dass jetzt jeder sorgfältig darauf achtet, bloß kein Licht zu viel leuchten zu lassen. Viele ziehen jetzt sogar vorschriftsmäßig alle Stecker der Geräte heraus, die gerade nicht in Betrieb sind. Der die ganze Zeit propagierte Slogan „Ahorra ahora“ (Spare jetzt) findet neuerdings viel mehr Widerhall. In der energetischen Revolution seinerzeit wurden elektrische Geräte gefördert, die damals energiesparend waren, aber es jetzt nicht mehr so sind. Damit kochen die Leute aber jetzt und das lässt sich kurzfristig auch nicht ändern.

Glücklicherweise ist jetzt Winter und man braucht in der Regel keine Klimaanlage und auch keine Ventilatoren. Bis zum Sommer hat man dann hoffentlich ein Gefühl für die neue Lage entwickelt. Eins ist auf jeden Fall klar gewor-

den: Mehr kann der Staat die Preise nicht drücken und mehr kann man auch von größeren Verbrauchern, die stufenweise immer mehr bezahlen müssen, im Sinne der Umverteilung der Kosten nicht fordern.

### Medikamente

Neben den Strompreisen waren es die neuen Preise für Medikamente, die Unsicherheit in der Bevölkerung hervorriefen. Diese wurde heftig angeheizt durch Horrormeldungen, die über die sozialen Netze verbreitet wurden. Aber gerade was dieses sensible Thema angeht, hatte man sich bei der Aufgabe Neuordnung große Gedanken gemacht. Man ging dabei von 757 Medikamenten aus, von denen 265 importiert und 492 im Land produziert werden. Insgesamt werden 353 in den Apotheken verkauft.

Dies würde bei idealer Versorgung Kosten von über 400 Millionen Dollar verursachen. Durch die COVID-19 Situation und die Verschärfung der Blockade war die Versorgung jedoch stark eingeschränkt.

In der Aufgabe Neuordnung wurde nun festgelegt, dass die Medikamente für die Behandlung chronischer Krankheiten und für neurologische und psychiatrische Krankheiten weiterhin subventioniert werden und den alten Preis beibehalten.

Das gleiche gilt für Medikamente für die kurzzeitige Behandlung akuter Krankheiten wie Antibiotika, Antiparasitika und Analgetika.

So wird z. B. eine Insulinampulle (ein Medikament, für das 200.000 Personen eingeschrieben sind) für 1,25 CUP verkauft, sie kostet aber 3.84 Dollar. Das Pencilamin zur Behandlung der 600 Personen in Kuba, die an der Wilson-Krankheit leiden, kostet 14 Dollar für 30 Tabletten. Der Preis in der Apotheke beträgt 9.70 CUP.

25.818 HIV-Patienten erhalten antiretrovirale Medikamente.

Der Staat gibt 3,6 Millionen Dollar für den Kauf von 17 dieser Medikamente aus. 60 Tabletten kosten z. B. 53,50 Dollar, aber die Patienten müssen dafür keinen Centavo zahlen.

Naturheilmittel werden ebenfalls subventioniert und halten ihren Preis bei.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass 46 Prozent (162) der in den Apotheken zum Verkauf stehenden Medikamente (353) vom Staatshaushalt subventioniert werden und ihren aktuellen Preis beibehalten.

Das Thema Preise war von Anfang an Anlass für die größte Besorgnis, da man sehr wohl wusste, dass die Abwertung des kubanischen Peso und die Beseitigung von Subventionen zu Inflation führen würden. Diese dürfte aber ein bestimmtes Ausmaß keinesfalls überschreiten, weil sonst die neuen Löhne betroffen würden und die Kaufkraft verloren ginge.

Damit die Auswirkungen dieser Entwertung und die Kostensteigerung nicht von Anfang an durchschlagen würden, hat man antiinflationäre Maßnahmen wie z. B. die Vereinheitlichung der Preise für Produkte und Dienstleistungen mit großer Auswirkung auf die Bevölkerung sowie ein Limit bei den dezentralisierten Großhandelspreisen durchgesetzt. Die Preisentwicklung wird, weil dies ein besonders sensibler Bereich ist, kontinuierlich überwacht. Überall sind Inspektoren unterwegs und auch die Bevölkerung ist aktiv daran beteiligt, Entwicklungen aufzuzeigen, die den Rahmen sprengen.

Auf den Bauernmärkten sah es Anfang Januar zunächst ziemlich trostlos aus. Bei dem Vorzeigemarkt an der 19. Straße in Vedado, den früher oft auch die Besucher aus dem Ausland frequentierten, herrschte an einem Samstag Morgen gähnende Leere. Die Lage entspannte sich dann etwas, aber das

Angebot kam immer noch nicht an frühere Zeiten heran. Obst war dort immer noch kaum zu bekommen, weder Ananas noch Papaya, die es sonst eigentlich das ganze Jahr über gab. Am ersten Februarwochenende jedoch kostete auf besagtem Markt der Salat nur 5 CUP, es gab Ananas, Kohl und Mangold etc. Das Angebot war sehr vielfältig und die Preise stabil. Zudem sind jetzt Mandarinen zu haben, die früher Mangelware waren. Im Augenblick herrscht ein großes Angebot an Tomaten, die lange verschwunden waren. Insgesamt kann man feststellen, dass die befürchteten Preissteigerungen bis jetzt ausgeblieben sind, das Pfund Tomaten kostet z. B. 8 Pesos.

### **CUC, CUP, Devisen**

Um den Ansturm auf die Banken von Leuten, die ihre CUC in CUP umtauschen wollten, zu vermeiden, hatte man angekündigt, dass man in der dem CUC noch gewährten Sechs-Monats-Frist weiterhin in den Läden diese Währung akzeptiere. Aber die Zahl der Läden, denen dies zugestanden wurde, war zunächst äußerst gering bemessen. Das führte zu Unmut bei der Bevölkerung und als Folge wurde die Liste dieser Läden erweitert. Inzwischen wurden bereits über 50% aller im Umlauf befindlichen CUC dem Markt entzogen.

Als die Preise für die Waren der Grundversorgung, die es über die „Libreta“ gibt, noch subventioniert waren, hat sich praktisch jeder die ganze Ration abgeholt. Jetzt, bei den kostendeckenden Preisen, denkt man schon zwei Mal drüber nach, ob man ein Produkt wirklich braucht. Die über besagte Libreta verkauften Brötchen, deren Qualität und die des Brotes im allgemeinen sind bei jedem CDR-Treffen ein Dauerthema, das offensichtlich nie einer endgültigen Lösung zugeführt wurde. Jetzt nach dem Preisanstieg, kam

es offensichtlich zu einem Boykott. Für einen höheren Preis erwarteten die Kunden auch eine bessere Qualität und so blieben viele Brötchen liegen. Auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, bei denen sich die Beförderungskosten von 0,25 Cent auf 2 Pesos erhöht haben, erwartet man jetzt bessere Bedingungen. Allerdings hat sich dieses Problem zunächst verschoben, da sie wegen COVID-19 nicht voll ausgelastet sind.

Das Thema Devisenläden wird ja überall kontrovers diskutiert – etwa, dass es dort Dinge gibt, die anderswo noch seltener zu finden sind. Aber das Paradies für Privilegierte ist das auch nicht. Wir haben – wirklich nicht übertrieben – sechs Stunden in der Schlange gestanden, wobei wir die ersten drei Stunden noch nicht einmal sicher sein konnten, ob wir überhaupt hinein durften. Durch COVID-19 dürfen nur wenige Leute gleichzeitig den Laden betreten und es werden jeweils 50 registriert. Wenn einem das gelingt, hat man schon halb gewonnen. Allerdings kann es immer noch sein, dass die Internetverbindung für die Magnetkarten unterbrochen wird und bis die wieder zustande kommt, steht man dann weiter da und wartet und hofft. Als wir dann endlich rein durften, war zwar das Toilettenpapier alle, aber es gab noch Küchenkrepp, Käse, Olivenöl, Saft und Nudeln. Kaffee ist leider überall verschollen.

Angeblich soll es ja in Havanna wegen Mangels an Touristen ein Überangebot an abgefülltem Wasser in den Läden geben. Leider haben wir von dieser Fülle in unserem Bezirk noch nichts festgestellt und das erste Mal in den sieben Jahren, die wir hier leben, unser Trinkwasser abgekocht.

Der Währungsumtausch ging bei der Bevölkerung ziemlich reibungslos vonstatten. Die Bankautomaten waren rechtzeitig umgestellt und sie spuckten jetzt nur

noch größere Scheine aus. Man muss sich noch daran gewöhnen, dass man es mit mehr Nullen zu tun hat, rechnet manchmal noch in CUC um, aber da die Inflation bis jetzt im Griff ist, war das kein Problem.

### **Unternehmen und Aufgabe Neuordnung**

Für die Unternehmen jedoch stellte sich die Sache anders dar. Der Ersatz von Importen und die Steigerung der Exporte wurden zu einem Credo der Politik und für jeden einsichtig als die Maßnahmen zur Behebung des chronischen Devisenmangels jeden Tag aufs Neue beschworen. Vor dem 1. Januar 2021 war es für die Unternehmen in der Regel günstiger zu importieren als sich auf dem heimischen Markt umzusehen. Jetzt kommt es darauf an, die nationale Ware günstiger herzustellen, als es die Importware wäre. Wenn das gelingt, dann ist viel gewonnen. Aber zunächst stehen die damit konfrontierten staatlichen Betriebe vor einer schwierigen Aufgabe. Man geht davon aus, dass etwa jeder vierte Staatsbetrieb bei diesem Übergang Probleme bekommt. Allein schon, wenn man die Lohnkosten bedenkt, die mit der neuen Gehaltstabelle erheblich steigen. Da man unter keinen Umständen zulassen kann, dass alle diese Unternehmen schließen müssen und die Angestellten auf der Straße stehen, können sie Kredite beantragen, müssen dann aber einen Plan vorlegen, wie sie gedenken, ihren Betrieb in Zukunft zu strukturieren. Wenn der überzeugend ausfällt, können weitere Kredite gewährt werden. Eine große Hilfe für alle Unternehmen dürfte sein, dass sie die Stunde Null ohne Schulden beginnen konnten – sie wurden alle von der Bank übernommen. Eine weitere Erleichterung für die Betriebe dürfte sein, dass noch 42 Großhandelspreise festgelegt wurden. So haben sie



Nur noch wenige Bereiche der kubanischen Wirtschaft sollen zentral gesteuert werden  
Foto: minrex

noch etwas Zeit, sich einzufinden. Aber eines steht fest, die Zeiten, in denen der Staat für alle verschuldeten und unverschuldeten roten Zahlen aufkam, sind vorbei. Die Unternehmen haben jetzt die Möglichkeit, sich über den Export neue Einnahmequellen zu verschaffen. Wie sie letztendlich strukturiert werden, wird sich herausstellen. Es bleibt zu hoffen, dass fähige und kompetente Mitarbeiter, die wegen der niedrigen Gehälter oder der einengenden Bürokratie die staatlichen Betriebe verlassen haben, wieder dorthin zurückkehren und junge gut ausgebildete Fachleute sie bereichern werden. Die große Fluktuation von Fachleuten, die einmal gut ausgebildet, den Betrieb bald wieder verließen, behinderte oft deren positive Entwicklung.

Nur noch die strategisch wichtigen Unternehmen werden weiterhin direkt von den entsprechenden Ministerien aus gesteuert.

Ein erfreuliches Ergebnis der Neuordnung ist die Tatsache, dass sich allein im Monat Januar 38.493 Menschen in den Arbeitsprozess eingegliedert haben, davon 30% junge Leute. Allein in der Provinz Matanzas wurden 1.756 Personen eingestellt, davon 1.723 im unter-

nehmerischen Bereich, eine positive Tendenz, die der produktiven Aktivität zugute kommt.

In diesem Jahr wird das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit 32.000 neue Arbeitsplätze schaffen, hauptsächlich im Produktionsbereich, um größere Reichtümer zu erzeugen. Davon sollen 20.000 im staatlichen und 10.000 im privaten Sektor angesiedelt sein. Wie der Präsident sagte, müsse die Arbeit die Hauptquelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts sein. Eigentlich eine Binsenweisheit, die hier aber nicht immer bei allen präsent war. Dazu trugen natürlich auch die niedrigen Löhne bei, von denen selbst die politische Führung sagte, dass man davon allein in der Regel nicht leben könne. Das hat sich nun aus mehreren Gründen geändert. Der bis jetzt ökonomisch inaktive Teil der Bevölkerung, wie er so schön genannt wird, muss auf die Auswirkungen der Aufgabe Neuordnung reagieren und die werden zum einen durch den Wegfall der Subventionen geprägt. Die Stromrechnung wird höher, die Kosten für die Grundnahrungsmittel über die Libreta für die nicht Schutzbedürftigen auch und die Preise im allgemeinen steigen ebenfalls an.

Zudem ist die Lohnreform ein Teil der Neuordnung und sie verspricht Leuten mit Qualifikationen attraktive Löhne. Außerdem werden z. B. akademische Grade honoriert, selbst wenn sie nicht unbedingt etwas mit dem aktuellen Aufgabenbereich zu tun haben.

Aber um eine tiefgehendere Einschätzung vornehmen zu können, muss man den Monat Februar auswerten. Das ist der erste Monat, in dem die Leute ihren vollen Lohn erhalten haben, bereits Anpassungen vorgenommen wurden, die Preise mehr oder weniger so bleiben werden und jeder sehen kann, wo er steht. Wie Präsident Díaz-Canel richtig feststellte, haben die Menschen bisher Preise, Kosten und Löhne als etwas voneinander Getrenntes wahrgenommen. Das beginne sich aber bereits zu ändern. Es werde schon anders über Wirtschaft diskutiert, die Menschen suchten Beschäftigung und die Institutionen gestalten ihre Prozesse gewinnbringend um. Das alles lässt hoffen, aber wir befinden uns erst am Anfang eines schwierigen Prozesses, der – nicht zuletzt durch die internationale Lage und COVID-19 bedingt – jeden Tag neue Herausforderungen bringt...

# Das Schweigen der Blätter

Einige Anmerkungen zur Darstellung der „Tarea Ordenamiento“ in den deutschen Medien

Von Peter Knappe

Vereinfacht lassen sich die Worte „Tarea Ordenamiento“ mit „Aufgabe Neuordnung“ übersetzen. Ein einfacher Begriff für einen komplexen Prozess. Im Kern geht es um die Währungs- und Wechselkursvereinigung. Oder anders formuliert: Es geht darum, die Zirkulation zweier Währungen, der nationalen Währung (kubanischer Peso = CUP) und des konvertiblen Peso (CUC) zu beenden. Parallel dazu soll eine Wechselkursvereinigung erreicht werden. Bisher wurde der konvertible Peso (CUC) mit 1:24 gegen den kubanischen Peso (CUP) getauscht. Am Ende dieses Prozesses wird es in Kuba wieder nur eine Währung, den kubanischen Peso, geben.

Der oben kurz beschriebene Prozess hat Auswirkungen auf viele, wenn nicht gar alle Bereiche der kubanischen Gesellschaft. Es geht unter anderem um das bisherige System der Steuern und Abgaben, das Kreditwesen, die Lohn- und Preisgestaltung. (CUBA LIBRE berichtete).

Die Währungs- und Wechselkursvereinigung ist ganz frisch und wird aufgrund der gemachten Erfahrungen adaptiert. Wie spiegelt sich dies nun in den bundesdeutschen Medien wider? Meine Anmerkungen erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Allgemeingültigkeit.

Grundsätzlich gilt, dass mögliche negative Auswirkungen gerne überhöht dargestellt werden. Ebenso werden einfach Behauptungen aufgestellt, ohne sie durch Fakte zu belegen:

„Dramatische Abwertung der Währung“ (Spiegel, 21.12.2020)

„Die meisten unrentablen Staatsbetriebe, (...) werden bankrottgehen.“ (Handelsblatt, 20.12.2020)

„(...) durch einen künstlichen Wechselkurs gepöppelte Staatswirtschaft (...)“ (Spiegel, 21.12.2020)

„Die Tiefe des Grabens zwischen Kubaner\*innen, die Zugang zum Dollar und denen, die von staatlichen Löhnen und Rente abhängen (sic!), wird noch größer.“ (ebenda)

„(...) Preisschock, Hamsterkäufe, (...), noch größere Nahrungsmittelknappheit.“ (Handelsblatt, a. a. O.)

„Es drohen Inflation, (...), Preisexplosion und Proteste der Bevölkerung.“ (ebenda)

Mehr oder weniger flächendeckend wird unterschlagen, dass die Hauptursache, welche eine wirtschaftliche (Weiter-)Entwicklung be- bzw. verhindert, die seit über 60 Jahren bestehende US-amerikanische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade ist. Diese wird auch nicht als völkerrechtswidrig und das internationale Recht missachtend bezeichnet, sondern falsch und verarmend „Embargo“ genannt. Ab und an gibt es eine Anmerkung, dass das „Embargo“ unter der „Trump-Regierung“ verschärft wurde. Wobei es dabei geht – wie z. B. um ein grundsätzliches Reiseverbot für US-amerikanische Staatsbürger nach Kuba oder um Strafmaßnahmen gegenüber Unternehmen, die mit Kuba Handel treiben oder Wirtschaftsbeziehungen unterhalten – bleibt meist ein Geheimnis.

Je nach politischer Ausrichtung wird selbstverständlich nicht von der kubanischen Regierung, die in freien, direkten und geheimen Wahlen von der überwiegenden Mehrheit des kubanischen Volkes gewählt wurde, gesprochen. Sondern vom „Regime“ oder „autoritärem Regime“ oder „den kommunistischen Machthabern“. (ebenda)

„Die Nachfolger Fidel Castros brechen mehrere ideologische Tabus“ oder „Nahezu alle ideologischen Tabus werden gebrochen.“ (Spiegel, a. a. O.) Wobei die geneigten Leser\*innen hier mehr oder weniger

vergebens darauf warten, dass darüber aufgeklärt wird, um welche Tabus es sich denn tatsächlich handelt.

Dass die kubanische Regierung sich gründlich auf diesen Prozess vorbereitet und intensiv mit dem Volk diskutiert hat, findet kaum bis keine Erwähnung. Auch der Umstand, dass der kubanischen Regierung sehr wohl bewusst ist, dass dieser Prozess nicht frei von Widersprüchen ist bzw. sein wird, bleibt unerwähnt. Ebenso wird verschwiegen, dass erforderliche Korrekturen vorgenommen werden.

Der intensive demokratische Diskussionsprozess mit der kubanischen Bevölkerung über die Leitlinien (lineamentos) zur Aktualisierung der kubanischen Sozial- und Wirtschaftspolitik wird ausgeblendet. Dazu gehört dann auch, dass die Beendigung der „Doppelwährung“ während des Diskussionsprozesses der Leitlinien einen hohen Stellenwert hatte.

Dass die kubanische Bevölkerung, unter Einsatz aller kubanischen Medien, im Vorfeld intensiv informiert und umfassend über anstehenden Veränderungen und auch über mögliche Schwierigkeiten aufgeklärt wurde, ist nur selten in deutschen Medien zu finden.

Den „Vogel abgeschossen“ hat meiner Meinung nach ein wohl in der BRD lebender Kubaner, der sinngemäß folgendes empfiehlt: „Deutschland soll lernen: Schlange stehen verhindert Demonstrieren gehen!“ (der rechte Blog Achse der Guten, 01.01.2021)

Diese Anmerkungen basieren nicht auf einer umfassenden „Pressschau“ aber die ausgewählten Quelle sind hinreichend.

Grundsätzlich wird in der Berichterstattung über Kuba – und dies nicht nur beim Thema „Aufgabe Neuordnung“ – verschwiegen, dass

eine der wesentlichen Ursachen für den Bestand der kubanischen Revolution die zutiefst breite und demokratische Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungsprozessen ist.

Genau solche Aspekte, die in der Praxis beweisen, dass eine andere,

nicht-kapitalistische Gesellschaft möglich ist, sollen nicht deutlich werden. Deshalb wird auf möglichst allen Kanälen ein „Zerrbild“ über Kuba erzeugt, welches mit der Realität in Kuba ziemlich wenig bis gar nichts zu tun hat.

## Bildung für alle ist in Kuba Realität

Von Gisela Rudnick

Bildung ist in Kuba ein gesetzlich garantiertes Menschenrecht. Vom Kindergarten bis zur Promotion ist daher die Nutzung der Bildungseinrichtungen bis heute kostenlos. Mit knapp 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) investiert Kuba so viel in Bildung wie kein anderes Land weltweit.<sup>1</sup>

Zum Vergleich: Deutschland investierte 2020 laut OECD lediglich 4,2 Prozent des BIP in die Bildung. Kuba ist das einzige Land Lateinamerikas und der Karibik, das alle sechs Ziele des UNESCO-Programms „Education for all“ erreicht hat. Es hat zum Beispiel eine Einschulungsquote von 100 Prozent und eine Alphabetisierungsquote von 99,8 Prozent.<sup>2</sup>

Wie die meisten Länder Lateinamerikas, war Kuba vor 1959 ein Land, das durch einen Jahrhundertlang andauernden spanischen Kolonialismus geprägt war. Im Kubakrieg von 1898 verlor Spanien seine letzten Kolonien, aber Kuba wurde nicht frei, sondern de facto US-Kolonie. Durch das erzwungene Platt-Amendment (Verfassungszusatz, die Redaktion)sicherten sich die USA 1901 das ständige Interventionsrecht, dessen sichtbarer Ausdruck bis heute die Militärbasis Guantánamo ist, die Kuba bisher vergeblich zurückforderte. Unter den Diktaturen von Machado (1924 bis 1933) und Batista (1933

bis 1959) wurde mit US-Rückendeckung jede demokratische Regelung im Keim erstickt. Ausdruck der Unterentwicklung waren Korruption, Arbeitslosigkeit, Elend, Unterernährung, Krankheit und Unwissenheit der Massen.

Es existierte eine durchaus gute Bildung in meist privaten und kirchlichen Schulen, die auf lange, eigene pädagogische Traditionen zurückgreifen konnten, aber meist einer weißen Oberschicht vorbehalten waren. In den 50er Jahren gab es einen durchschnittlichen Bildungsgrad der Bevölkerung über zehn Jahre unterhalb des Niveaus der 3. Klasse. Es gab 23,6 Prozent Analphabeten, wobei die Quote auf dem Lande deutlich höher lag (z. B. 35,3 Prozent in der Provinz Oriente).<sup>3</sup>

### Alphabetisierungskampagne (1961)

Schon während des Befreiungskampfes von 1956 bis 1959 hatten die Guerrilleros mit der Alphabetisierung der Landbevölkerung in der Sierra Maestra begonnen. Doch noch immer konnten etwa eine Million Menschen weder lesen noch schreiben. Nach dem Sieg der Revolution erklärte Fidel Castro das Jahr 1961 zum „Jahr der Bildung“. An der Kampagne gegen den Analphabetismus nahmen 274.084 freiwilli-

ge Lehrer aus den unterschiedlichsten beruflichen Bereichen teil. In den Städten unterrichteten 121.000 Angestellte, Arbeiter, Hausfrauen beispielsweise in den Pausen und nach der Arbeit.

Den Kern bildeten jedoch voller Begeisterung fast 106.000 Schüler und Schülerinnen, darunter 52 Prozent Mädchen, meist zwischen zehn und 16 Jahre alt. Nach zweiwöchiger Ausbildung gingen sie auch in schwer zugängliche Bergregionen, lebten bis zu acht Monate dort bei den Familien unter einfachsten Bedingungen und arbeiteten mit ihnen auf dem Feld. Erst abends fand mit Hilfe der mitgebrachten Gaslaterne der Unterricht statt. Hinzu kamen etwa 13.000 Arbeiterlehrer, deren Kollegen zu Hause doppelte Schichten fuhren, um die Arbeit der Freiwilligen auch noch zu erledigen. Weiterhin nahmen etwa 35.000 ausgebildete Lehrer an der Kampagne teil und zur Absicherung ihrer Arbeit wurde der Unterricht an allen Schulen für acht Monate unterbrochen.<sup>4</sup>

Für dieses Engagement wurden bis Ende 1961 21 Alphabetisatoren von Konterrevolutionären ermordet und 47 Schulen in Brand gesteckt. Gegner der Revolution, unterstützt von den USA, ließen nichts unversucht, Fortschritte im Bildungsbereich zu verhindern. Doch trotz US-Blockade und

Invasion in der Schweinebucht im selben Jahr wurde die Kampagne nicht unterbrochen.

Die Fibel „Venceremos“ (Wir werden siegen), gedruckt in 1,5 Millionen Exemplaren, bestand aus 15 Lektionen, die kurz und einfach abgefasst waren. Ein Team von kubanischen Lehrern entwickelte eine Methode, die die politische Bewusstseinsbildung in die Alphabetisierung integrierte: Der Mensch sollte sich seiner Lebenssituation bewusst werden, weshalb Schlüsselwörtern mit politischer, sozialer und ökonomischer Bedeutung verwendet wurden, zum Beispiel Fidel, fusil (Gewehr), libre, revolución, cooperativas, democracia, reforma agraria.

Für den brasilianischen Pädagogen und Autor Paulo Freire und seine intellektuellen Mitstreiter des Movimiento de Cultura Popular (MCP) war die kubanische Fibel mit ihren Schlüsselwörtern genau das, wonach sie suchten. Sie wurde zur Grundlage ihrer Fibel „Livro de Leitura de Adultos“, die sie ab 1962 erstmals zur Alphabetisierung in Brasilien einsetzten.<sup>5</sup>

Am 22. 12. 1961 erklärte Fidel Castro die Alphabetisierungskampagne für erfolgreich beendet. In einem UNESCO-Report von 1965 heißt es: ... „Das Geheimnis des Erfolgs der Kampagne muss in einem sehr einfachen Umstand gesehen werden, der sehr alt und allen technischen Hilfsmitteln fremd ist: menschliche Beziehungen.“<sup>6</sup>

Die Alphabetisierungskampagne war ein großer Erfolg, brachte Stadt und Land näher und verband Menschen für immer. Für Erwachsene wurden nun Einrichtungen geschaffen, die es ihnen ermöglichten, Schulabschlüsse nachzuholen.

69 Kasernen wurden in Schulen umgewandelt, verlassene Villen von Batista-Anhängern als Unterrichtsräume genutzt. Allein von 1959 bis 1961 entstanden 671 neue Primarschulen auf dem Lande, 339



98,7 Prozent aller Grundschüler erreichen das Klassenziel  
Foto: radiohc.cu

in den Städten, 99 Sekundarschulen und 6 technische Schulen.<sup>7</sup>

### Die Vorschulerziehung

Die Vorschulerziehung (Educación Preescolar) bietet die Möglichkeit, dass Kinder bei Bedarf ab dem 45. Tag betreut werden können. Ausgebildete Erzieher arbeiten in den Kindergärten (círculos infantiles), unterstützt von Kinderpflegerinnen, damit immer zwei Erziehungskräfte pro Gruppe anwesend sein können. Das letzte Jahr ist der Vorbereitung auf den Unterricht gewidmet. Da wegen fehlender Räumlichkeiten und Personal-mangel nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen, gibt es inzwischen auch private Tagesmütter im Rahmen des „Gesetzes zur Arbeit auf eigene Rechnung“.<sup>8</sup>

Eine besondere Institution, die die Unesco als wegweisend für ganz Lateinamerika betrachtet, ist das in den 70er Jahren vom Instituto Central de Ciencias Pedagógicas ursprünglich als Übergangslösung geplante und besonders für den

ländlichen Raum entwickelte Programm „Educa a tu hijo“. Es vermittelt Eltern das notwendige Wissen, um ihre Kinder auf die Schule vorzubereiten und unterstützt diese kontinuierlich durch Koordinierungsgruppen bestehend aus Pädagogen, Sozialarbeitern, Familienärzten und u.a. der kubanischen Frauenorganisation FMC.<sup>9</sup> Inzwischen erfreut es sich großer Beliebtheit auch in den Städten.

### Die 6-jährige Grundschule

Der obligatorische Schulbesuch der ganztägigen Primarschule beginnt mit dem 6. Lebensjahr. Die durchschnittliche Klassenstärke betrug 2016/17 landesweit 17,4; (Stadtschulen 21,3; Landschulen 9,9) und liegt damit unter der deutscher Grundschulen. In Klassen mit mehr als 25 Schülern kommt ein zweiter Lehrer zum Einsatz.<sup>10</sup> Im Regelfall werden ausgebildete Lehrer mit Hochschulstudium von Assistenten (asistentes escolares) mit pädagogischer Fachschul-ausbildung unterstützt.

Die Lehrpläne sind im gesamten Land einheitlich und hatten während des Lockdowns 2020 den Vorteil, dass neben den Aufgaben der Lehrkräfte für die Schüler, Schulfernsehen an jeweils drei Tagen für die jeweilige Jahrgangsstufe angeboten wurde, bevor der Unterricht durch Halbierung der Klasse, Hygienemaßnahmen und Abstand wieder aufgenommen werden konnte.

Seit dem Schuljahr 2015/16 werden mit 28 Unterrichtsstunden pro Woche à 45 Minuten folgende Fächer unterrichtet: Mathematik, Spanisch, Informatik, Sachunterricht (El mundo en que vivimos), Sport, educación artística (Kunst, Musik, Tanz und Theater). Ab Klasse 3 wird die Fremdsprache Englisch unterrichtet.

Die Mitarbeit der Eltern wird groß geschrieben. Laut Erziehungsministerium (MINED 2014)<sup>11</sup> erreichen 98,7 Prozent aller Kinder das Klassenziel. Es gibt ein großes Bestreben, alle Kinder „mitzunehmen“. Leistungsstärkere unterstützen leistungsschwächere Mitschüler im Unterricht und sie bekommen nach Bedarf zusätzlichen Förderunterricht A. D. I. (Atención a diferencias individuales), der allen Schülern zur Verfügung steht und individuelles Lernen berücksichtigt.

Nach vier Grundschuljahren schließt sich mit einem erweiterten Fächerkanon deren zweiter Zyklus an: Mathematik, Spanisch, die Fremdsprache Englisch, Sport, Educación Artística (s. o.), Bürgerkunde, kubanische Geschichte, kubanische Geographie, Naturwissenschaften und neu: Arbeitslehre.

### **Arbeitslehre (Educación Laboral)**

Das Fach Arbeitslehre wird an nordrheinwestfälischen Gesamtschulen als Fach für Schüler, die kein Abitur anstreben, ab Klasse 7 angeboten, während andere Schüler sich zur gleichen Zeit den Na-

turwissenschaften oder der zweiten Fremdsprache widmen. In Kuba kennen alle das Fach, das in Schulwerkstätten ab Klasse 5 gelehrt wird und für das man keine Schuluniform trägt. Es werden neben dem Unterricht nach Lehrplan auch produktive Arbeiten aller Art ausgeführt, zunächst in Schulgärten. Später in der Sekundarstufe I wird z. B. bei Bedarf Mobiliar repariert, werden Kleidung und Schuluniformen geflickt, genäht, Schulbücher repariert, Maler- und Reinigungsarbeiten durchgeführt. Besuche von Produktionsstätten mit intensiver Vor- und Nachbereitung sind ebenfalls vorgesehen.<sup>12</sup>

Noch vor einigen Jahren fuhren die meisten Sekundarschüler für 45 Tage aufs Land, wo sie untergebracht wurden, um Tomaten, Kartoffeln oder Kaffee zu ernten. Es war eine harte Aufgabe, so lange und zum ersten Mal fern von zu Hause. Diese Form der Arbeitseinsätze gibt es nicht mehr, doch die Verbindung von Lernen und Arbeit als Grundprinzip ist geblieben.

### **Die 3-jährige Sekundarstufe I**

Die Sekundarstufe I (Educación Secundaria Básica) – Klasse 7 bis 9 – besteht aus einer städtischen (ESBU) und einer Landvariante (ESBEC), letztere mit angeschlossenen Internat. Daneben existieren spezialisierte Schulen für besonders Begabte im Bereich Kunst, Musik, Tanz (EVA) und solche für das Fach Sport (EIDE), die außer dem verstärkten Unterricht in den jeweiligen Fächern, den gleichen Fächerkanon wie alle anderen Schulen ausweisen. Ab der Klasse 8 wird Physik, Chemie, Biologie und Geographie unterrichtet.

Am Ende der Sekundarstufe I, nach neun Schuljahren, steht eine Abschlussprüfung, die nach Punkten entscheidet, ob man in die Oberstufe aufgenommen werden kann. Hier trennen sich erstmals die Wege der jungen Kubaner. Doch eine grundsätzliche Durch-

lässigkeit des Systems ermöglicht auch Menschen, die einen beruflichen Werdegang wählen, mit großem Fleiß später einen akademischen Weg einzuschlagen.

### **Die Oberstufe**

Die Oberstufe (Educación Preuniversitaria) bereitet in drei Jahren auf das Abitur vor. Im letzten Jahr konzentriert man sich intensiv auf die angestrebten Studienfächer. 40 bis 44 Prozent eines Jahrgangs wählen diesen Weg, aber nur 7 bis 8 Schüler von 10 bestehen das Abitur nach drei Jahren.<sup>13</sup> Kupfer spricht von vorzeitigen Abgängen mit Defiziten in Mathematik, Spanisch und Orthographie<sup>14</sup>. Sie wechseln dann in einen der nachfolgend beschriebenen Bildungsgänge.

### **Die Berufsausbildung**

Eine Berufsausbildung/Facharbeiterausbildung an technischen Schulen, Fachschulen etc. machen 56 bis 60 Prozent nach der Abschlussprüfung der Klasse 9. Kupfer spricht von ca. 100 Ausbildungsberufen.<sup>15</sup> Neben der Vorbereitung in schulischen Zentren findet beispielsweise die vierjährige Ausbildung zum Técnico Medio in staatlichen Betrieben statt, die als spätere Arbeitsstelle vorgesehen sind.<sup>16</sup> Mit diesem Abschluss kann man direkt ein Studium an der Universität in seinem Fachbereich anschließen.<sup>17</sup> Qualifizierter Arbeiter mit Diplom kann man frühestens nach zwei Jahren werden, wobei der Termin des Arbeiters in der marxistischen Theorie Kubas viel weiter gefasst ist als bei uns. Es handelt sich um Ausbildungsberufe. Beides, der Técnico Medio und der Obrero Calificado sind die offiziellen, allgemeinen Berufsabschlüsse Kubas. Der tatsächliche Arbeitsbeginn ist mit frühestens 17 Jahren vorgesehen.

Ähnlich wie in Deutschland gibt es bei den jungen Kubanern die



Die Oberstufe bereitet in drei Jahren auf das Abitur vor.  
Foto: Jorge Luis González

starke Tendenz, höhere akademische Abschlüsse anzustreben. Dies hat zur Folge, dass es in Kuba z. B. schon seit 20 Jahren schwierig ist, in der Landwirtschaft ausgebildete Fachleute zu finden. Dreiviertel aller Betriebe müssen ohne Agronomen auskommen, fast 50 Prozent der Kooperativen haben keinen Techniker in Agronomie.<sup>18</sup> Man versucht Abhilfe zu schaffen, indem Kinder von Kollektivlandwirten bevorzugt behandelt werden, indem sie besondere Förderungen bei Aufnahme einer landwirtschaftlichen Ausbildung erhalten sollen. Außerdem erhalten Arbeiter, die Zuckerrohr schneiden, ein höheres Gehalt als Ärzte, so meine Erinnerung an den Besuch einer Kooperative Ende 2016.

### Förderschulen

Auch im Bereich der Inklusion ist eine sehr positive Entwicklung zu beobachten.

Es gibt mehr als 400 Förderschulen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die über sehr gut ausgebildete Teams von Schulärzten,

Logopäden, Psychologen und spezialisierten Pädagogen verfügen und bedarfsgerecht ausgestattet sind.<sup>19</sup> Die Entscheidung über die ständige oder zeitweise Aufnahme in eine solche Einrichtung wird von Diagnosezentren vorbereitet. Chronisch erkrankte Kinder, die nicht regelmäßig oder gar nicht in die Schule gehen können, bekommen zu Hause Einzelunterricht.

Aber der Besuch von Förderschulen wird als eine Übergangsphase angesehen, die Schüler darauf vorbereitet, eine Regelschule zu besuchen. Im Schuljahr 2013/14 lernten bereits 50.000 Förderschüler im Rahmen der Inklusion an allgemeinbildenden Schulen.<sup>20</sup>

Der UNESCO Weltbildungsbericht von 2020 mit Schwerpunkt Inklusion weist auf vorbildliche Lernmodelle hin, die zeigen, wie inklusiver Unterricht möglich ist. Er spricht von Kompetenzzentren in Kuba, die Schulen beim Unterricht mit Schülern mit besonderen Bedarfen unterstützen.<sup>21</sup>

Der Film „Die Kraft der Schwachen“ (2014) von Tobias Kriele

zeigt im Ergebnis deutlich, welche Anstrengungen Kuba und seine Menschen unternommen haben, einen spastisch gelähmten Jungen optimal zu fördern und das mitten in der Sonderperiode.

### Universitäten

Im Jahr 2019 existieren in Kuba 50 Universitäten, 1959 lag die Zahl bei drei. Die beliebtesten Studienfächer sind Medizin (36,4 %), Pädagogik (19,4 %) und technische Wissenschaften (13,5 %).<sup>22</sup> Voraussetzung zur Aufnahme ist seit 2010 neben dem Abitur eine bestandene Hochschulzugangsprüfung. Für Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Abitur gibt es zahlreiche Möglichkeiten über Fern- und Wochenendunterricht die Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. An den Universitäten gibt es dann für sie spezielle Hochschulkurse, teilweise an Arbeiter- und Bauernfakultäten mit besonderen Lehrplänen. Bis zu 45 Tage zusätzlichen Urlaub sichert Kuba den Arbeiterstudenten per Gesetz zu, damit sie Beruf

und Studium erfolgreich meistern können.<sup>23</sup>

„Substanz und Grundlagen des kubanisches Hochschulsystems sowie der gesellschaftliche Outreach des Hochschulstudiums sind somit außerordentlich gut, zumal im karibischen und latein-amerikanischen Vergleich (...). Kubanische Hochschulen bieten weiterhin eine teilweise hervorragende theoretische Ausbildung“, so der Deutsche Akademische Austauschdienst<sup>24</sup> mit Bezug auf die US-Blockade und die prekäre Wirtschaftslage, die den Ankauf von technischem Gerät nur eingeschränkt ermöglicht.

### Lehrerbildung und Lehrermangel

Absolventen der Sekundarschule werden in einem vierjährigen Studium an pädagogischen Schulen für den Vorschul- und den Primarschulbereich ausgebildet, der höchste Standard eines lateinamerikanischen Landes. Ein Grundschullehrer kann also mit 19 Jahren seine Tätigkeit aufnehmen.

Sekundar- Berufsschul- und Oberstufenlehrer brauchen die Hochschulreife. Seit dem Schuljahr 2016/17 ist für die Lehramtsstudenten nur noch ein Studienfach und eine vierjährige Ausbildung vorgesehen. Nach zwei Jahren Universität erfolgt ab dem 3. Jahr der Einsatz an Schulen und parallel dazu der Universitätsbesuch um Theorie und Praxis in Einklang zu bringen.<sup>25</sup>

Eine kontinuierliche, verpflichtende Weiterbildung der Lehrer soll die berufliche Kompetenz stärken und einen qualitativ hochwertigen Unterricht sicherstellen.

Problematisch ist nach wie vor der Lehrermangel. Die Auswanderung von Lehrern während der Sonderperiode der 90er Jahre, Frustration wegen der geringen Bezahlung und damit ein vergleichsweise niedriges gesellschaftliches Ansehen, Verhal-

tensauffälligkeiten von Schülern und auch bauliche Mängel haben dazu beigetragen und führten außerdem zu einer viel zu geringen Anzahl von Lehramtsstudenten. Im Tourismus lässt sich deutlich mehr verdienen.

Nach den Sommerferien 2019 wurde deshalb das Gehalt der Lehrer fast verdoppelt mit dem Ergebnis, dass etwa 5.000 Lehrer an die Schulen zurückkehrten. Es gibt jetzt 2 Prozent mehr Lehrer und 94 Prozent aller Stellen seien besetzt.<sup>26</sup>

### Kubanischer Internationalismus im Bereich der Bildung

Bis heute sind kubanische Erfahrungen im Bereich der Alphabetisierung und der Erwachsenenbildung gefragt. „Yo sí puedo“ (Ich kann es!) ist ein solches Programm, mit dem mittels Rundfunk und Fernsehen, 17 Videos und 65 Unterrichtsstunden zwischen 2002 und 2020 laut MINED exakt 10.610.611 Menschen in mehr als 30 Ländern alphabetisiert wurden, vorwiegend in Lateinamerika, aber sogar in Kanada und Australien. Die Alphabetisierungsmethode gibt es neben Spanisch in mehreren indigenen Sprachen, Portugiesisch, Englisch, Französisch und selbst in der Blindenschrift Braille. Für die Umsetzung wurde das Pädagogische Institut IPLAC mehrfach durch die UNESCO ausgezeichnet.<sup>27</sup>

Kubanische Lehrer und Bildungsexperten arbeiten seit Jahrzehnten auf der Basis von Verträgen vorwiegend in lateinamerikanischen Ländern. Bereits 1981 waren etwa 8.000 Spezialisten in 36 Ländern tätig, davon 4467 kubanische Lehrer in 20 Ländern. Im Jahr 2012 gab es Verträge mit 19 Staaten Lateinamerikas und der Karibik, Afrikas, Ozeaniens und Australiens.<sup>28</sup>

In diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben sind die

„maestros internacionalistas cubanos“, die Nikaragua nach dem Sieg der Revolution 1979 bei der Planung und Durchführung der Alphabetisierung unterstützt und dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben. Vier von ihnen wurden von Contras ermordet.

Seit dem Jahr 2000 ist die Zusammenarbeit mit Venezuela besonders eng. Kupfer weist darauf hin, dass das Land mit der Hilfe Kubas den Analphabetismus überwunden hat.<sup>29</sup>

Seit 1961 ermöglicht Kuba ausländischen Studenten ein Studium in verschiedenen Fachrichtungen. Hervorzuheben ist hier die Medizinische Hochschule in Havanna (ELAM), die seit 1999 aus 123 Ländern 30.000 Medizinstudenten kostenlos ausgebildet, untergebracht und verpflegt hat.

### Fazit

„Das kubanische Bildungssystem besaß und besitzt seit langem Vorbildcharakter in der Region und darüber hinaus“, so Dr. Ulrike Dorfmueller vom DAAD.<sup>30</sup> Sie bezieht sich auf das Alphabetisierungsprojekt „Yo sí puedo“ und den Wunsch vieler, in Kuba studieren zu wollen. Nach einem Bericht der Weltbank Gruppe von 2014 verfügt Kuba als einziges Land in Lateinamerika und der Karibik über ein Bildungssystem, das von international „hoher Qualität“ ist.<sup>31</sup>

In Kuba ist Bildung kein Privileg, wie in manchen Ländern der 1. Welt. Kuba hat auch keine soziale Restschule, wie Deutschland mit seiner noch existierenden Hauptschule. Im Gegenteil, es praktiziert Chancengleichheit und unternimmt große Anstrengungen, die Lehreraus- und Lehrerfortbildung kontinuierlich zu verbessern und damit die Unterrichtsqualität zu steigern.

Der damalige US-Präsident Trump hat im Januar 2021 die Blockade der USA gegen Kuba und damit die wirtschaftlichen Probleme

noch einmal erheblich verschärft. Doch wie Kuba bereits in der Sonderperiode der 90er Jahre bewiesen hat, wird es trotz knapper Ressourcen den Anspruch auf kostenlose Bildung für alle fortsetzen. Bildung ist und bleibt im sozialistischen Kuba eine soziale Errungenschaft und ein Menschenrecht – sowie die Grundlage einer sozialen Gesellschaft.

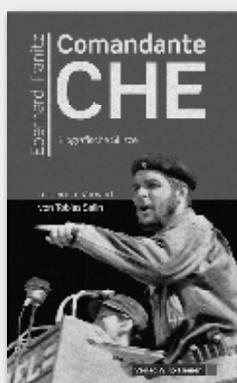
Die Höhe der Bildungsausgaben von knapp 13 Prozent des BIP, welches in diesem Verhältnis kein anderes Land der Welt erreicht, spricht eine deutliche Sprache.

Die Autorin ist pensionierte Lehrerin für Spanisch und Englisch.

#### Anmerkungen

- 1 Weltbank, Zahlen von 2009–2013
- 2 UNESCO 2015, Zahlen von 2000–2015
- 3 Kupfer, Jürgen, Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle, Kurzer historischer Abriss, Rediroma Verlag 2018, S. 118; Wer sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen möchte, sollte die 435 Seiten starke 2018 überarbeitete Monographie konsultieren. Sie war meine Hauptquelle.
- 4 Vgl. Kupfer, S. 134f
- 5 Pérez Cruz, F., Paulo Freire y la Revolución Cubana: Reflexiones para las urgencias de la praxis; Vortrag gehalten auf dem Symposium „40 years from Education as the Practice of Freedom“ 2007 in Halifax , pdf über google erreichbar
- 6 UNESCO-Report on the methods and means utilized in Cuba to eliminate illiteracy, Paris, 1965, S. 72–73
- 7 Vgl. Kupfer, S. 203
- 8 Kupfer, S. 34
- 9 www.ecured.cu/educa\_a\_tu\_hijo
- 10 Kupfer, S. 36
- 11 Ramírez García, Ramiro, Sistema de Educación en Cuba: Raíces, Logros y Retos, S.10 [https://www.researchgate.net/publication/345813281\\_TITULO\\_SISTEMA\\_DE\\_EDUCACION\\_EN\\_CUBA\\_RAICES\\_LOGROS\\_Y\\_RETOS\\_CUBA\\_EDUCATION\\_SYSTEM\\_ROOTS\\_ACHIEVEMENTS\\_AND\\_CHALLENGES\\_ANTECEDENTES\\_Y\\_BASES\\_DE\\_LA\\_PEDAGOGIA\\_EN\\_CUBA](https://www.researchgate.net/publication/345813281_TITULO_SISTEMA_DE_EDUCACION_EN_CUBA_RAICES_LOGROS_Y_RETOS_CUBA_EDUCATION_SYSTEM_ROOTS_ACHIEVEMENTS_AND_CHALLENGES_ANTECEDENTES_Y_BASES_DE_LA_PEDAGOGIA_EN_CUBA)
- 12 www.cubaeduca.cu, Hier können Curricula der einzelnen Fächer eingesehen werden.
- 13 MINED 2014, Ramírez García, S.10
- 14 Kupfer, S. 40
- 15 Kupfer, S. 44
- 16 Wolf/Hernández Penton, Das Bildungssystem Kubas unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Bildung in Zeiten ökonomischen Wandels, Oktober 2014, S. 199 [https://www.researchgate.net/publication/327418499\\_Das\\_Bildungssystem\\_Kubas\\_unter\\_besonderer\\_Beruecksichtigung\\_der\\_beruflichen\\_Bildung\\_in\\_Zeiten\\_soziokonomischen\\_Wandels](https://www.researchgate.net/publication/327418499_Das_Bildungssystem_Kubas_unter_besonderer_Beruecksichtigung_der_beruflichen_Bildung_in_Zeiten_soziokonomischen_Wandels)
- 17 www.mined.cu
- 18 Wolf/Hernández Penton, S. 200
- 19 Kupfer, S.21f
- 20 Kupfer, S.42
- 21 <http://www.zwd.info/noch-weit-vom-ziel-entfernt-258-millionen-kinder-und-jugendliche-vom-schulbesuch-ausgeschlossen.html>
- 22 DAAD, S. 3–4; die Zahlen der Studienfächer sind von 2017/18, MES [https://static.daad.de/media/daad\\_de/pdfs\\_nicht\\_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/laendersachstaende/expertise-zu-themen-laendern-regionen/kuba\\_daad\\_sachstand.pdf](https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/laendersachstaende/expertise-zu-themen-laendern-regionen/kuba_daad_sachstand.pdf)
- 23 Wolf/Hernández Penton, S. 193f
- 24 DAAD, S.4
- 25 Kupfer, S.24f
- 26 <https://cubaheute.de/2019/07/22/mehr-als-5-000-lehrer-kehren-in-den-schuldienst-zurueck/>
- 27 Vgl. Kupfer, S. 364;
- 28 Ebda., neuere Zahlen liegen leider nicht vor
- 29 Kupfer, S.365
- 30 DAAD, S.6
- 31 <https://cubaheute.de/2019/01/20/weltbank-kubas-bildungssystem-das-beste-lateinamerikas/>

Anzeige



Eberhard Panitz  
**Comandante Che**  
Biografische Skizze  
Vorwort von T. Salin

10,- €



Wolfgang Mix  
**Kubas Internationalismus –  
Angola 1975–1991**

10,- €



Heinz Langer  
**Zärtlichkeit der Völker**  
Die DDR und Kuba

9,50 €



[www.gutes-lesen.de/kuba](http://www.gutes-lesen.de/kuba)

Verlag Wiljo Heinen



**Augsburg:** Franz Egeter,  
Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg  
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de  
**Berlin:** Jan Schulze-Husmann,  
E-mail: Jan.Schulze-Husmann@web.de  
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de  
**Bonn:** Luiz Fernando Moser,  
Lengsdorfer Straße 35, 53127 Bonn  
E-mail: lfernandomoser@gmail.com

**Göttingen:** Gunnar Siebecke,  
Harzstr. 13, 37081 Göttingen  
E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de  
Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen

**Hamburg:** Wolfgang Mix,  
Holstenplatz 10, 22765 Hamburg  
E-mail: hamburg@fgbrdkuba.de

**Idar-Oberstein:** Karin Gottlieb,  
Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein

**Karlsruhe:** Roland Armbruster,  
Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe  
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de

**Koblenz:** Robert Peiter,  
Friedrichstr. 7, 56333 Winnigen

**Köln:** Dieter Hehr, Wichterichstr. 34, 50937 Köln,  
E-Mail: dieter.hehr@koeln.de

**Mainz:** Tobias Kriele, Lauterenstr. 28, 55116 Mainz  
E-mail: mainz@fgbrdkuba.de

**Mannheim/Rhein-Neckar:** Barbara Caroli-Buch,  
Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim  
E-mail: barbara@muellerweb.de

**München/Südbayern:** Werner Ströhlein,  
Knorrstraße 83 a, 80807 München  
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de

**Nürnberg:** Marianne Schweinesbein,  
Sielstr. 6, 90429 Nürnberg  
E-mail: schweinesbein@t-online.de

**Regensburg:** Bernhard Ostermeier,  
Mariaorterstr. 9, 93161 Sinzing  
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de

**Saarbrücken:** Volker Jung,  
Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken

**Stuttgart:** Reiner Hofmann,  
Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart  
E-mail: Reiner\_Hofmann@t-online.de

Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart

**Tübingen:** Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,  
Regionalgruppe Tübingen, Postfach 02 63,  
72103 Rottenburg am Neckar  
E-mail: tuebingen@fgbrdkuba.de

**Würzburg:** Michael Meyer,  
Rückertstr. 7, 97072 Würzburg  
E-mail: cubasoli@onlinehome.de

## regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn  
**Bremen:** Elka Pralle, Friesenstr. 109, 28203 Bremen  
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de

**Duisburg/Mülheim/Oberhausen:**  
Richard Höhmann-Rölle und Silvia Rölle  
E-mail: kuba@hoehmann-roelle.de

**Düsseldorf:** Jürgen Kelle,  
Sistenichstraße 3, 40597 Düsseldorf  
E-mail: duesseldorf@fgbrdkuba.de

**Erfurt/Eisenach:** Roland Wanitschka,  
PF 1144, 99801 Eisenach  
E-mail: roland.wanitschka@web.de

**Essen:** Carola Wollweber  
E-mail: fg-essen@outlook.de

**Frankfurt a.M.:** Willi Gerhard,  
Anne-Frank-Str. 3, 60433 Frankfurt  
E-mail: frankfurt@fgbrdkuba.de  
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt

**Frankfurt/O.:** Bernd Niereisel,  
Hansastr. 91, 15234 Frankfurt/O.  
E-mail: frankfurt-oder@fgbrdkuba.de

**Freiburg:** Carmen Giesin,  
Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg  
E-mail: carmengiesin@gmx.de

**Gelsenkirchen:** Christa Grewe,  
Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen  
E-mail: grewechr@aol.com

**Gießen:** Erika Beltz,  
Diezstraße 7, 35390 Gießen  
eumbeltz@aol.com

# Lieferbare Materialien

Gruppen der FG BRD - KUBA e.V.  
erhalten 30 Prozent Rabatt,  
15 Prozent auf Bücher und Zeitschriften

	Preis
<b>Pins, Feuerzeuge, Schlüsselanhänger, Aufkleber</b>	
Pin mit Che-Porträt, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,00 €
Pin Kubaflagge, farbig, 1 x 2 cm	2,00 €
Freundschaftspin Flaggen BRD -Kuba, farbig, ca. 1 x 3 cm	2,50 €
Feuerzeug mit Che-Motiv, verschiedene Farben und Feuerzeug „Havanna“	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, rot mit Che-Aufdruck, ca. 90 x 2 cm	2,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken weiß, Flaggenaufdruck BRD - Kuba farbig, ca. 90x2 cm	2,50 €
Aufkleber m. Che-Motiv, rund, rot-schwarz, 5 cm	0,60 €
Aufkleber Kubaflagge, 9 x 7 cm	1,00 €
Aufkleber „No Más Bloqueo“	0,20 €
<b>Fahnen, Textilien</b>	
Kubafahne, 90 x 150 cm, m. Ösen	10,00 €
Kubafahne m. Che-Motiv, 90x150 cm	10,00 €
Fahne M-26-07, 90 x 150 cm	17,00 €
Che-Baretts, schwarz/ olivgrün wendbar	12,00 €
<b>Bücher</b>	
Volker Hermsdorf: Fidel Castro (2018)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Paula Klattenhoff u.a. (Hrsg.): Kuba im Wandel (2017)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Havanna. Kultur - Politik - Wirtschaft (2015)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Raul Castro – Ein Leben für die Revolution (2016)	16,00 €
Volker Hermsdorf: Kuba – Aufbruch oder Abbruch? (2016)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Die Kubanische Revolution – Basiswissen (2015)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Hans Modrow: Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba (2015)	16,00 €
H.C. Morales: Ein Gespräch unter Freunden. 56 Fragen an Heinz Langer (2014)	7,00 €
H.W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba e.V. (2013)	12,00 €
Raúl Capote: Der andere Mann in Havanna (2019)	15,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause. Zur Entwicklung in Kuba (2011)	10,00 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker - die DDR und Kuba (2010)	9,50 €
André Scheer: Che Guevara, Basiswissen	9,90 €
E. Panitz: Comandante Che – Biographische Skizze (Neuaufgabe)	10,00 €

	Preis
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt – Dissidenten in Kuba (2007)	5,00 €
E.F. Fürntratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht! Das politische Vermächtnis des Fidel Castro	10,00 €
H.C. Ospina: Im Zeichen der Fledermaus – Die Rum-Dynastie Barcardie (2006)	5,00 €
Wolfgang Mix: Kubas Internationalismus, Angola 1975–1991	10,00 €
Paco Ignacio Taibo II: CHE – die Biographie des Ernesto Guervara	28,00 €
mediCuba-Suisse (Hrsg.): Kuba macht es vor; Solidarisch für das Recht auf Gesundheit weltweit	18,80 €
Jürgen Kupfer: Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle (2018)	17,95 €
Das trikontinentale Solidaritätsplakat; reduzierte Restexemplare 70,- €,- statt 150,- €	70,00 €

## CD / DVD

CD „Música y Revolución“	5,00 €
DVD „Wo der Himmel aufgeht“, Dokumentarfilm Kuba/ BRD 2018, 45 Minuten, Deutsch/ Spanisch mit Untertiteln	12,00 €
DVD „Zucker und Salz“ – Rückblick vier kubanischer Freundinnen auf 50 Jahre Revolution (OmU)	10,00 €
DVD „Die Kraft der Schwachen“ – Leben und Entwicklung eines Behinderten auf Kuba (OmU) z. Zt. nicht lieferbar	10,00 €
DVD „Wege der Revolution – Fidel Castro“ (OmU)	7,00 €

## Zeitschriften / Zeitungen

<b>Cuba Libre – Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.</b>	
Einzelpreis	3,50 €
Jahresabo (4 Ausgaben)	12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten Kostenlose Zusendung eines Probe-Exemplars	
<b>Granma Internacional</b>	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
Erscheinungsweise monatlich – spanische oder englische Ausgabe – Jahresabo	
	45,00 €
<b>Granma Internacional</b>	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
deutsche Ausgabe – monatlich – Jahresabo	
	18,00 €
seit 1. 1. 2017 über Verlag 8. Mai	

## Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika auf Anfrage

<b>FG BRD-Kuba e.V.</b>	
Maybachstr. 159, 50670 Köln	
Tel.: 0221 – 2 40 51 20 • Fax: 0221 – 6 06 00 80	
info@fgbrdkuba.de	
Alle Preise plus Porto und Verpackung Vorauszahlung vorbehalten	

# Überraschende Kubaversteher des Tages

Von Marion Leonhardt

Es gibt Tage, da genügen ein paar Medienbeiträge, um einem zu zeigen, wie durcheinandergeschüttelt das politische und mediale Koordinatenkreuz ist. Im Internet stoße ich unter dem Titel „Die Gute Nachricht des Tages“ auf einen Bericht vom April 2020 über den Einsatz kubanischer Ärzte und Pfleger in rund 60 Ländern um zu helfen und deren Einsatz in Südafrika. Berichtet wird auch, dass das medizinische Personal aus Kuba Teil des Internationalen Brigade Henry Reeve ist, die Staats- und Regierungschef Fidel Castro 2005 gründete habe, um in Krisensituationen zu helfen. Weiterhin erfährt der Leser, dass sie 2017 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgezeichnet wurde.

Soweit so gut, so weit alles korrekt. Warum also überhaupt einer Erwähnung wert? Weil es selbst in den sogenannten Qualitätsmedien in der Bundesrepublik üblich geworden ist, faktenfrei über Kuba zu berichten. Da wird etwa aufgrund des Auslandseinsatzes der Ärzte ein Ärztemangel in Kuba herbei halluziniert - z.B. im Ärzteblatt. Dass laut WHO-Statistik 2018 Kuba mit 7,5 Ärzte pro 1000 Einwohner - in der BRD sind es nur 4,2 - die größte Ärztedichte weltweit hat, stört da anscheinend nicht. Und die internationale Solidarität und Arbeit der Ärzte wird als „sklavenähnliche Bedingung“ diffamiert, auch in steuerfinan-

zierten Medien wie der Deutschen Welle - also weit entfernt von jeglicher Realität.

Wenn ein Beitrag bei dem Thema Kuba also Fakten statt Polemik liefert, ist heutzutage diese Einhaltung journalistischer Standards durchaus erwähnenswert. Wo aber erschien der Beitrag? In der Online-Ausgabe der Deutschen Apotheker Zeitung. Und dies ist umso erstaunlicher, da die diese nun wahrlich irgendwelcher linker oder revolutionärer Umtriebe gänzlich unverdächtig ist. Es dürften auch wohl eher etwas besser situierte Leute, die wohl eher mit der F.D.P. sympathisieren, zur Leserschaft gehören.

Und die nächste Überraschung ist dort ein Beitrag vom Dezember 2020 unter dem Titel: „Kuba als Vorbild? Postwachstum: Gefahr oder Chance für das Gesundheitswesen?“ Referiert wird ein wissenschaftlichen Beitrag von Professor Martin Hensher, Professor für Finanzierung und Organisation der Gesundheitssysteme, sowie Katharine Zywert, Doktorandin für soziale und ökologische Nachhaltigkeit, „wie sich das Gesundheitswesen weltweit an die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft anpassen könnte.“

Es gelte, „Überdiagnosen“ und „Überbehandlungen“ zu eliminieren. „Eine durch nachhaltige Nutzung der Ressourcen weniger komplex werdende Wirtschaft könnte, laut der wissenschaftli-

chen Untersuchung, auch medizinische Behandlungsmethoden und Technologien einschränken. Die beiden Autoren vergleichen die Situation mit der, in der Kuba 1990 steckte: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war das Land vom internationalen Handel und der fossilen Versorgung abgeschnitten. Relativ schnell entwickelte Kuba daraufhin ein zwar abgespecktes, aber wirksames universelles Gesundheitssystem.“, so DAZ-online. Natürlich ging es in Kuba nicht schwerpunktmäßig um die Abschaffung von „Überdiagnosen“ und „Überbehandlungen“ - das sind neben der Unterversorgung Probleme eines profitgetriebenen Gesundheitssystems, in dem Patienten zum Beispiel operiert werden, weil es Geld bringt und nicht, weil es sinnvoll ist. Aber richtig beschrieben ist, dass das kubanische Gesundheitssystem trotz eingeschränkter materieller Ressourcen effektiv und universell zugänglich ist. Bemerkenswert an dem Artikel ist auf jeden Fall, dass es Kuba zum Ausgangspunkt der Diskussion macht. Dass er nicht weitergeht und die entscheidende Frage stellt, warum Kubas Gesundheitssystem trotz beschränkter Mittel so erfolgreich ist, sei verzeihen. Wir beantworten sie aber trotzdem gerne: Weil es an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist und nicht am Profit von Konzernen.

#UnblockCuba  
**Wirtschaftskrieg  
 gegen Kuba  
 beenden!**

Informiere Dich!  
 Werde aktiv!

[www.unblock-cuba.org](http://www.unblock-cuba.org)

Kolumne

## Jorgitos Log

Neuer Nachbar, altes trojanisches Pferd

Von Jorge Enrique Jerez Belisario

Am 20. Januar dieses Jahres flogen Donald und Melania Trump mit der Air Force One zur Andrews Air Force Base in Maryland, von wo aus sie sich auf den Weg nach Florida machten, wo sie ihren Wohnsitz haben. Bevor er den Hubschrauber bestieg, sagte Trump in drohendem Ton: „Wir werden uns wiedersehen“. Deshalb beeilt sich der Senat, ein zweites Amtsenthebungsverfahren vorzubereiten, um ihn für die Anstiftung zur Gewalt vom 6. Januar büßen zu lassen, aber auch, um sicherzustellen, dass er in vier Jahren nicht zurückkehrt.

Das Video seiner Ankunft in Florida ist in den Netzwerken viral gegangen, und zwar nicht gerade wegen der Hunderte von Menschen, die bei der Ankunft der Boeing 747-200B begannen, „Mr. President“ zu rufen, sondern wegen der Geste, die die ehemalige First Lady machte, so als ob das für sie nicht mehr auszuhalten wäre.

Ich glaube nicht, dass Melania die Einzige ist, die ihn nicht mehr ausstehen kann. Der Tycoon lässt ein chaotisches Land in einer gesundheitlichen, wirtschaftlichen und politischen sowie in einer tiefen sozialen Krise zurück. Es ist ein gespaltenes Land, das vor Anfang Januar das erlitt, was als der größte Angriff auf die moderne Demokratie in den Vereinigten Staaten bekannt geworden ist: die Erstürmung des Kapitols in Washington DC durch weiße Rassisten und Anhänger des damaligen Präsidenten. Darüber hinaus hinterließ er innerhalb seiner Partei, der Republikanischer, eine Spaltung, wie man sie selten unter den Konservativen der Konservativen in der amerikanischen Politik gesehen hat. Angesichts dieses Szenarios ist es

vielleicht verständlich, dass er sich der ungewöhnlichen Zeremonie der Machtübernahme entzog, in jedem Fall tat er es und wurde so der vierte Präsident in der Geschichte überhaupt und der erste in 152 Jahren, der der Amtseinführung seines Nachfolgers nicht beiwohnte.

Um 11:30 Uhr kam Trump in seiner Residenz Mar-a-Lago an und um 11:49 Uhr rezitierte Joe Biden die 35 Worte, die der Artikel II, Abschnitt 1 der US-Verfassung vorschreibt, um als 46. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt zu werden. Seine Rede war ein Spiegelbild des Landes, welches er übernimmt. Er weiß, dass es 74 Millionen Bürger gibt, die der Meinung sind, dass er dort nicht hingehört, dass seine Ankunft im Weißen Haus ein Betrug war, und er wird auch für sie regieren müssen. Es war kein Zufall, dass Biden seine ersten Worte auf die Innenpolitik konzentrierte und zu verschiedenen Zeiten an die Überwindung von Spaltungen appellierte und für die Einheit des Landes eintrat: „Wir müssen die Seele der Zukunft heilen. Wir müssen diesen unbürgerlichen Krieg beenden“, sagte er mit dem versöhnlichen Ton, der ihn während seiner gesamten politischen Karriere ausgezeichnet hat. Nicht zum Vergnügen strahlte die Garderobe von Kamala Harris‘ in Lila, einer Farbe, welche die Vereinigung von republikanischem Rot und demokratischem Blau symbolisiert.

Obwohl sich die Agenturen in irrelevanten Details verloren, ist es kein Geheimnis, dass die große Nachricht des Tages darin bestand, dass zum ersten Mal eine Frau die Vizepräsidentschaft übernahm. Von noch größerer Bedeutung



Die Kubanische Revolution schreibt unglaubliche Geschichten. Jorge Enrique Jeréz Belisario kam 1993 mit einer schweren spastischen Lähmung auf die Welt. Er selbst sagt, dass es Jorgito el Camagüeyano nur deshalb heute noch gibt, weil er unter der schützenden Hand der Revolution aufwachsen konnte. So verwirklichte er seinen Lebenstraum und studierte Journalismus. Jorgito war einer der wichtigsten Aktivisten im Kampf für die Freilassung der „Cuban Five“. Besonders verbunden ist er Gerardo Hernández, dessen Rückkehr nach Kuba er im Dezember 2014 feiern durfte. Der Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen“, der Jorgitos Leben erzählt, ist über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erhältlich.

Jorgito bloggt regelmäßig auf <http://jorgitoxcuba.net>.

Die CUBA LIBRE ehrt er mit einer regelmäßigen Kolumne, deren aktuelle Ausgabe wir im Folgenden abdrucken.

tion ist, dass die neue Bewohnerin des „Number One Observatory Circle“ die Nachfahrin einer Indianerin und eines Jamaikaners ist. Kamala Harris wird eine führende Rolle in der Administration einnehmen, da Biden der älteste Präsident ist, der diese Rolle übernimmt und aus nachvollziehbaren Grün-

den weniger Aufgaben selbst übernehmen kann und mehr delegieren muss.

Jemand sagte mir im Netz der Netze, dass man nicht schlecht über den Nachbarn sprechen sollte, der gerade nebenan eingezogen ist, und das ist wahr. Aber wir dürfen nicht naiv sein, es ist auch wahr, dass Joe Biden Vizepräsident in der Regierung war, die beschlossen hat, Geschichte zu machen und den Kurs der Beziehungen mit der Insel zu ändern, die sich zuvor als wirklich harte Nuss erwiesen hatte. Einige Analysten sagen, dass Biden sich in den ersten 100 Tagen für die Peitsche oder das Zuckerbrot in Bezug auf Kuba und Venezuela entscheiden wird. Nach seiner Rede am 20. Januar zu urteilen, stellt die Außenpolitik keine Priorität für seine ersten Handlungen an der Spitze eines Landes dar, in dem die Pandemie mehr Menschenleben gefordert hat als der Zweite Weltkrieg. Sein Kabinett wird in den nächsten zehn Tagen an 53 Exekutivmaßnahmen in Bereichen wie Klima, Wirtschaft, Gesundheit und Einwanderung arbeiten, die in vielen Fällen Trumps verfehlte Politik direkt rückgängig machen.

Was Kuba betrifft, so hat sein Vorgänger versucht, es so tief wie möglich hineinzureißen, und es schließlich auf die Liste der Länder gesetzt, die den Terrorismus sponsern, eine der 240 Maßnahmen, die er anwandte – im Durchschnitt eine pro Woche in vier Jahren Amtszeit –, um politische Schulden bei einer Gruppe zu begleichen, die die Beziehungen zu Havanna verwalten will, als wären sie eine An-

gelegenheit von nationalen Minderheiten.

Biden könnte in der Lage sein, die Anwendung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes auszusetzen, er kann auch ohne Rückschläge das Einwanderungsabkommen von 20.000 jährlichen Visa erfüllen, die konsularischen Dienste und sogar die Botschaft wieder öffnen. Er ist in einer besseren Position als Obama, die Blockade zu lockern, da er eine Mehrheit in beiden Häusern hat, wenn man die Stimme des Vizepräsidenten in einem Senat mitzählt, der jetzt 50:50 unter Eseln und Elefanten (den Wappentieren der beiden Parteien) aufgeteilt ist. Da er die 18 Monate langen Geheimverhandlungen zwischen Kuba und den USA genau verfolgt hat, dürfte nur allzu gut wissen, dass man mit Kuba auf Augenhöhe verhandeln muss, dass von unserer Seite her nicht nachgegeben wird und dass es die Familien sind, sowohl in Kuba wie auch in den USA, die am meisten unter den von Trump auferlegten Einschränkungen gelitten haben.

Hinter ihm stehen wirtschaftliche Interessen von großen Unternehmen, die auf Kuba setzen, und die Zuneigung der guten Menschen in den USA zu den Kubanern. Das ist nicht gelogen, ich habe selbst das Interesse der durchschnittliche US-Amerikaner erlebt, mehr über Kuba zu erfahren. Seine Frau Hill Biden spazierte durch die Straßen meiner Stadt Camagüey, sie kennt uns besser als andere, die sich Verteidiger der Insel nennen und nie einen Fuß hierher gesetzt haben.

Aber niemand sollte sich täuschen: Die vom ehemaligen Präsidenten Obama unterzeichnete Direktive ist klar, sie offenbart die Absichten dieser Politik, uns von innen zu unterwandern, um uns als Nation zu zerstören und eine Demokratie nach amerikanischem Vorbild aufzubauen. Diese Absichten haben sich nicht geändert, sie können nicht von einem Präsidenten der Vereinigten Staaten geändert werden, weil sie in den Machtgruppen fortbestehen, die uns nicht verzeihen, dass wir unseren Weg souverän gewählt haben.

Wie Alejandro Mayorkas und Juan Gonzalez, zwei kubanischstämmige Personen, die in hohe Positionen innerhalb der Administration berufen wurden, gesagt haben, ist der Politikwechsel kein Vergnügen, sondern die Gelegenheit, den belagerten Platz zu betreten. In ihren eigenen Worten: „Die Annäherung ist ein subversiver Akt“ – so sehr, dass sie Obama die Gelegenheit gab, hierher zu kommen, um uns zu sagen, wir sollen die Geschichte vergessen. Damit dies nicht in Vergessenheit gerät, nicht nur bei uns, sondern weltweit, sollten wir uns darüber im klaren sein, dass der neu eingezogene Nachbar, der 13. seit dem Jahr 1959, auf das bereits bekannte trojanische Pferd setzen wird.



# Kuba in Coronazeiten – ein Update

Von Dr. Klaus Piel (Vorstand HCH und mediCuba-Europa)

Die Regierungen von Kuba und Venezuela werden bei der Herstellung kubanischer Impfstoffe gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 zusammenarbeiten, so die letzte Meldung aus Kuba.

Kuba hat derzeit vier verschiedene Covid-19-Impfstoffe in klinischen Prüfungen: Soberana 01 und 02, entwickelt vom Finlay-Institut, der Universität von Havanna und dem CIM, dem Zentrum für molekulare Immunologie, wo u.a. auch Antikörper zur Krebstherapie entwickelt werden, sowie Mambisa (nasale Applikation) und Abdala, beide entwickelt vom Zentrum für Gentechnik und Biotechnologie. Mit den letzten beiden Impfkandidaten hatte Kuba im Dezember 2020 vier von weltweit 52 Impfanwärtern in den von der WHO zugelassenen klinischen Prüfungen: Eine unglaubliche Leistung für das kleine von den USA massiv blockierte Land. Kuba ist damit das einzige Land Lateinamerikas und das einzige Entwicklungsland überhaupt, das bisher nicht nur einen, sondern gleich vier Impfstoffe entwickelt und produziert hat.

Der konjugierte Impfstoff Soberana 02 gilt derzeit als aussichtsreichster Kandidat. (Anmerkung der Redaktion: Ein konjugierter Impfstoff ist einer, bei dem das Antigen an ein Eiweiß (Protein) gebunden vorliegt. Konjugierte Impfstoffe erzeugen eine stärkere und länger anhaltende Immunantwort als unkonjugierte Antigene.) Er hat zwar die gleiche Grundlage wie Soberana 01, aber eine länger dauernde Immunität durch die chemische Verbindung des Rezeptorantigens mit dem Tetanustoxoid, ähnlich wie man es beim Hämphilusimpfstoff B bereits 2004 erfolgreich umgesetzt hat und wie man es mit einem neuen Pneumokokkenvakzin plant. Die bekann-



Trotz Blockade konnte in Kuba der Impfstoff „Soberana 2“ gegen SARS-COV-2 entwickelt werden  
Foto: Joaquin Hernandez

ten konjugierten Impfstoffe induzieren nicht nur ein langdauernde Immunität, sondern verhindern auch, dass sich die Erreger im Nasenrachenraum ansiedeln.

Soberana 02 soll in Kürze auch im Iran erprobt werden, wo das Coronavirus wesentlich stärker grassiert. Aktuell hat für Soberana 02 die zweite Testphase mit 900 Personen zwischen 19 und 80 Jahren in Kuba begonnen. In dieser Phase wird die Verträglichkeit und Effizienz der gewählten Dosis überprüft. Danach soll die dritte Studienphase mit 150.000 Risikopatienten gestartet werden, in der der Impfstoff gegen ein Placebo getestet wird. Alle kubanischen Impfstoffe enthalten nicht das lebende Virus, sondern nur Teile davon, das Spike Protein. Da es sich bei den kubanischen Impfstoffen nicht um mRNA-Vakzine handelt, ist auch keine besondere Kühlung notwendig – ideal für

Kuba und andere tropische Nationen sowie für Entwicklungsländer generell. Auch für Deutschland wäre das eine erhebliche Erleichterung: Könnten doch dann auch die Hausärzte ihre Patienten vor Ort impfen und man bräuchte dann nicht diese teuren und bürokratischen Hilfskonstrukte wie die Impfzentren mit all ihren Problemen.

Wegen der zunehmenden Coronafälle diskutiert man in Kuba derzeit auch eine Notzulassung und einen vorzeitigen Impfbeginn, aber nur für den Fall, dass der mögliche Nutzen deutlich höher ist als die Risiken. Denn Kuba hatte am 31. Januar 2021 erstmalig mehr als 1000 positiv getestete Patienten und damit etwa 50 Fälle auf 100.000 Einwohner in der letzten 7-Tagesbilanz, also eine heftige dritte Welle. Jetzt hat man mit einer deutlichen Reduktion des Flugverkehrs und der Isolierung



Der Impfstoff „Soberana 02“ ist seit Anfang März in der klinischen Phase 3.  
Foto: Joaquin Hernandez

von Einreisenden reagiert. Insgesamt hat Kuba bisher 27.592 Fälle zu verzeichnen und 216 Tote zu beklagen. Der Inselstaat liegt mit einer Sterblichkeit von unter 0,8% der positiv getesteten Fälle deutlich besser als die meisten Staaten dieser Welt. Die USA ha-

ben eine Quote von 1,6 Prozent, Großbritannien vom 2,7 Prozent, Deutschland von 2,6 Prozent. Das gute Abschneiden Kubas mag auch an den angewandten über 20 innovativen Medikamenten liegen, die das Land selbst entwickelt hat und einsetzt. Besonders hervorhe-

ben möchte ich das Heberon (Interferon alfa 2b), das Peptid CIGB-258 und Itulizumab, beide wirksam gegen eine fatale Überreaktion des Immunsystem („Zytokininsturm“). Das Itulizumab wird derzeit - man höre und staune - auch in den USA und Brasilien klinisch getestet.

Vicente Várez, der Direktor des Finlay Impfinstituts, erklärte neulich, dass Kuba bis zum Jahresende 100 Millionen Impfdosen herstellen wolle und dass man damit rechne, bis dahin als eines der ersten Länder der Welt trotz der Blockade alle Kubaner\*innen impfen zu können. Darüber hinaus plant man den Aufbau einer Impfstoffbank für die Alba-Mitgliedsstaaten.

Natürlich will und muss Kuba seine Impfstoffe auch kommerzialisieren, denn das Land braucht Devisen und eine Refinanzierung der Ausgaben für die Entwicklung und Produktion der Impfsera. Aber die Rendite, geschweige denn die Interessen von Shareholdern, stehen nicht auf Kubas Agenda.

### Das Engagement von mediCuba-Europa und der Humanitären Cuba Hilfe e. V. - HCH

Die erste Spendenaktion des europäischen Netzwerkes mediCuba-Europa (MCE) erbrachte im Frühjahr dieses Jahres gut 500.000€ an Spenden. Davon konnten für 170.000€ Covid-19-PCR-Tests für das IPK (Tropeninstitut Pedro Kouri) und für 310.000 € Beatmungsgeräte gekauft und bereits nach Kuba geliefert werden. Ferner konnten wir für 25.000€ Material für die Herstellung von 250 einfachen Beatmungsgeräten in Kuba bereitstellen. Jetzt ruft mediCuba-Europa zu einer 2. Spendenaktion auf, um das Finlay-Impfinstitut zu unterstützen. Konkret benötigt das Institut eine Summe von 350.000 € für die Anschaffung von Geräten, die Veränderungen der Immunantwort in Lymphozyten von Personen vor und nach der Impfung messen können. So kann man die Effektivität der Impfung sehr gut beurteilen. mediCuba-Europa und wir wollen das Land bei der Bewältigung dieser Krise unterstützen und auch dabei helfen, dass Kuba weiterhin weniger entwickelte und arme Länder auch mit einer Coronaimpfung unterstützen kann. Mit einem Mann und einem Büro in Havanna ist der Kontakt von MCE mit den kubanischen Partnern sehr effektiv, gespendetes und gekauftes medizinisches Material kommt unglaublich schnell an seinen Bestimmungsort. Helfen auch Sie bitte Kuba in dieser schwierigen Situation, die durch die völkerrechtswidrige immer brutaler gewordene US-Blockade durch die Trump-Administration erheblich verschärft wurde. Und dies trotz der Coronapandemie!! Als Mitglied von mediCuba-Europa MCE bieten wir eine Überweisungsmöglichkeit auf das HCH-Konto mit Spendenbescheinigung an.

Spendenkonto der HCH e. V. bei der Sparkasse Dortmund

IBAN: DE52 4405 0199 0091 0160 36 , BIC DORTDE33XXX

Stichwort: Covid-19 Notfallprojekt mediCuba-Europa oder einfach MCE-COVID19

KP

## Was ist eigentlich das Proyecto Tamara Bunke?

Von Elias, Proyecto Tamara Bunke

Viele, die von unserem Projekt gehört haben oder über unseren Blog darauf gestoßen sind, können sich den Aufenthalt auf Kuba und was darüber hinaus das Proyecto ist, nicht konkret vorstellen. Um es vorwegzunehmen: Für eine Teilnahme am Proyecto Tamara Bunke musst du weder Student noch Mitglied in einer der das Projekt tragenden Organisationen sein. Eine Teilnahme ist auch nicht an ein bestimmtes Alter geknüpft, wobei der Großteil der Teilnehmer:innen zwischen 18 und 28 Jahren ist. Auch weltanschaulich ist das Proyecto offen für alle, die unser Motto „Eine bessere Welt ist möglich!“ teilen und aus solidarischer Motivation sich ein eigenes Bild von Kuba machen wollen.

Grundvoraussetzung ist neben einem gesellschaftspolitischen Interesse an Kuba, sich mindestens sieben Monate Zeit nehmen zu können und den Aufenthalt mit samt der Flüge selbst finanzieren zu können. Um überhaupt tief in die kubanische Gesellschaft eintauchen und den Kursen folgen zu können ist es unabdingbar, Spanisch zumindest halbwegs zu beherrschen. Wir legen großen Wert darauf, dass Teilnehmer:innen die Bereitschaft zur solidarischen Zusammenarbeit in der Gruppe mitbringen und durch das regelmäßige Schreiben von Artikeln eine Kontinuität auf unserem Blog sicherstellen.

Das Proyecto entstand aus dem Wunsch von Teilnehmer:innen zweier Solidaritätsbrigaden der SDAJ, ihre Erfahrungen nach dem Motto „Auf Kuba von Kuba lernen“ auch anderen zu ermöglichen und dies über einen längeren Zeitraum, damit man den kubanischen Alltag richtig erleben kann. Bis heute ist es Ziel des Proyecto Tamara Bunke, insbesondere jungen

Menschen das Kennenlernen Kubas gesellschaftlicher Alternative zum Kapitalismus zu ermöglichen.

Das Proyecto wird in Deutschland verantwortet von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Getragen wird es ganz wesentlich von den ehemaligen Teilnehmer:innen des Proyecto. Sie sind Ansprechpartner für Interessierte und bereiten die neuen Gruppen auf ihren Aufenthalt vor.

Ein Kuba-Aufenthalt mit dem Proyecto Tamara Bunke beginnt im Februar oder September und führt zunächst für ein paar Tage an die Technische Universität Havannas, die CUJAE. Danach geht es für die Gruppe für einen Monat auf die Isla de la Juventud. Dort besuchen alle, die nicht bereits ein hohes Spanischniveau haben, einen Sprachkurs. Untergebracht ist die Gruppe in einem Wohnheim in einem kleinen Ort namens La Demajagua. Weil der Ort so klein ist und Ausländer eine absolute Sel-

tenheit sind, lassen sich hier besonders leicht Kontakte knüpfen und man bekommt für einen Monat einen Einblick in das kubanische Landleben. Anschließend geht es wieder zurück nach Havanna auf den großen, grünen Campus der CUJAE, wo die Gruppe wieder in einem Wohnheim untergebracht wird. Hier kann man günstig bei sehr einfachem Standard wohnen und hat viel Raum zum Einrichten. Eine Küche, einen Waschraum und einen Gemeinschaftsraum mit Bibliothek gibt es bereits, aber es ließe sich noch einiges verbessern und komfortabler gestalten... Auf dem Campus leben noch weitere gut 2500 Studierende, mit denen man sich connecten kann, manchmal ist auch das Schwimmbaden geöffnet. Es gibt zahlreiche Sportplätze und in Cafeterien bekommt man den ein oder anderen Snack. Direkt neben dem Campus, auf der von uns liebevoll genannten „Fressmeile“, bekommt man in Imbissbuden aber auch eine Auswahl verschiedener



Internationale Küchengespräche  
Foto: Proyecto Tamara Bunke



Solidaritätsbekundung des Projectos vor dem Forschungsinstitut Ché Guevara in Havanna.  
Foto: Proyecto Tamara Bunke

Speisen. Außerdem befinden sich in unmittelbarer Nähe verschiedene Einkaufsmöglichkeiten, ein kleines Fitnessstudio, eine Apotheke und ein Zeitungskiosk. Mit den regelmäßig, aber nicht nach festem Plan abfahrenden Bussen kann man für umgerechnet sechs Cent in einer guten halben Stunde im Zentrum von Havanna sein.

Aber wie sieht die Tagesstruktur während der Zeit an der CUJAE aus?

Gewöhnlich finden die Kurse zur Geschichte Kubas, Philosophie des Marxismus, Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus sowie soziale Probleme der Technik vormittags an den Werktagen im Gruppenverband statt. Innerhalb der Kursthemen orientieren sich die Professor:innen sehr an dem Wissensstand der Gruppe und ihren Wünschen und man besucht bereits einige Museen Havannas und andere Institutionen. Nachmittags und manchmal auch an Wochenenden besucht man als Gruppe die ein oder andere Veranstaltung, trifft Persönlichkeiten der kubanischen

Gesellschaft und vieles mehr. Außerdem hält die Gruppe einmal in der Woche ein Plenum ab, in der ihr Sachen bespricht, die euch als Gruppe betreffen und insbesondere auch Artikel-Entwürfe für den Blog diskutiert. In einem weiteren Plenum bespricht ihr einmal die Woche mit Julián, dem Proyecto-Koordinator auf kubanischer Seite, eure Fragen zu Kuba und anstehende Termine. Darüber hinaus plant Julián für jede Gruppe ein bis zwei größere Exkursionen über mehrere Tage, die bisherige Gruppen eigentlich immer nach Santa Clara und häufig auch nach Cabaiguan führte. Auf diesen Exkursionen werden Museen und Institutionen besucht, aber auch verschiedene Austauschrunden mit Kubaner:innen organisiert und man bekommt sehr viel Input. Wer vor hat, länger als sieben Monate mit dem Proyecto Tamara Bunke auf Kuba zu sein, den erwartet eine besondere Aufgabe: Statt weiterhin Kurse zu besuchen (was trotzdem auf Wunsch möglich ist), hilft man im Centro de Estudios Che Guevara kubani-

sehen Historiker:innen bei der Arbeit mit den historischen Original-Dokumenten aus dem Leben von Tamara Bunke und leistet so einen Beitrag zur Erforschung des Lebens der Namensgeberin unseres Projektes.

Die Teilnahme am Proyecto Tamara Bunke ist also nicht bloß ein Auslandssemester, sondern das Projekt hat einen politischen Charakter. Der Besuch der Kurse ist nicht nur die Voraussetzung für das akademische Visum, sondern die Kurse sollen die Möglichkeit geben, theoretische Grundlagen und Hintergründe des kubanischen Gesellschaftsmodells zu erlernen. Die zahlreichen Visiten, Veranstaltungen, Austauschtreffen und Exkursionen sowie sämtliche Alltagserfahrungen während der sieben Monate, sollen ein umfangreiches Erleben und Nachvollziehen der kubanischen Realität ermöglichen. Über den Blog und unsere Social-Media-Kanäle sollen interessierte Menschen in Deutschland an euren authentischen Kuba-Erfahrungen teilhaben können und bestenfalls kann so das ein oder andere verzerrte Kuba-Bild hierzulande gerade gerückt werden. Der Austausch insbesondere mit der kubanischen Jugend soll das Kennenlernen der unterschiedlichen Lebensrealitäten ermöglichen und soll zu einem realistischen Bild von der jeweils anderen Gesellschaft beitragen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass westliche, kapitalistische Gesellschaften mit ihrer Konsumkultur für einige in den neuen Medien häufig als Paradies erscheinen, ist dies ein auf Kuba geschätzter Beitrag des Proyecto dazu, dass Kuba weiterhin selbstbestimmt seinen Weg gehen kann.

Auf [www.berichteaushavanna.de](http://www.berichteaushavanna.de) berichten die Teilnehmer:innen des Proyecto von ihren Erfahrungen auf Kuba. Der Blog wurde im Februar 2021 komplett überarbeitet. Ein Besuch lohnt sich!

## Internationalismus ist der einzige Weg aus der aktuellen Krise

**Baroness Christine Blower of Starch Green, Mitglied der Zweiten Kammer des britischen Parlaments, dem House of Lords, ist das erste Mitglied des House of Lords und die neunte britische Parlamentarierin, die die Brigade Henry Reeve offiziell für den Friedensnobelpreis 2021 nominiert hat. Dazu führte Marion Leonhardt ein Interview mit ihr.**

*CL: Baroness, Sie sind eine große Unterstützerin der CSC-Kampagne zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die Brigade Henry Reeve, die im Kampf gegen COVID-19 in der ganzen Welt unterwegs ist. Warum unterstützen Sie die Kampagne?*

Christine Blower: Nun, wir alle wissen, dass Kuba eine kleine Insel ist, aber eine mit einem sehr großen Herzen. Die humanitären und medizinischen Einsätze, die die Henry Reeve-Brigade in allen Teilen der Welt unter allen möglichen Bedingungen leisten konnte – insbesondere bei der Pandemie in diesem Jahr, aber auch über viele Jahre hinweg bei Naturkatastrophen, Überschwemmungen und Hurrikans – sind wirklich bemerkenswert.

Gleichzeitig denke ich, dass es bemerkenswert ist, dass Kuba als ein Land hervorsticht, das in der Lage ist, nicht nur so viel medizinisches Personal auszubilden, sondern ihnen auch die Möglichkeit zu geben, ins Ausland zu gehen und den Menschen zu helfen, wo immer die Not ist.

*CL: Wer noch unterstützt die Kampagne? Werden auch viele weitere Parlamentarier in Großbritannien die Brigade nominieren? Was können Sie uns als ehemalige Lehrerin und Gewerkschafterin über die Rolle der Gewerkschaften in der Kampagne sagen?*

Christine Blower: Letztendlich haben wir es geschafft, 42 Parlamen-

tarier und Akademiker zu finden, die die formale Nominierungen an das Nobelkomitee gemacht haben. Das war eine große Leistung und es bedurfte der Anstrengung vieler Leute, um dieses Ergebnis zu erreichen. Kuba hat hier in Großbritannien eine breite Basis der Unterstützung. Die Cuba Solidarity Campaign hat zusammen mit der hiesigen Gewerkschaftsbewegung eine großartige Arbeit geleistet, um die Menschen über die Realität in Kuba und die anhaltende US-Blockade gegen die Insel aufzuklären.

Ich war früher hier Generalsekretärin der National Union of Teachers (NUT), die eine von 23 nationalen Gewerkschaften in Großbritannien ist, die der Kuba-Solidaritätskampagne angeschlossen sind. Außerdem gibt es über 500 Regionen und Zweigstellen von Gewerkschaften, die der CSC angeschlossen sind. Zusammen repräsentieren sie etwa fünf Millionen britische Gewerkschafter, und das bietet eine wirklich starke Basis der Unterstützung und des Verständnisses für die Arbeit der Solidarität mit Kuba in diesem Land.

Die NUT arbeitet zum Beispiel mit der CSC zusammen, um jedes Jahr Delegationen von Lehrern nach Kuba zu schicken und zu empfangen. Wir haben an materiellen Hilfskampagnen gearbeitet wie z. B. dem „Play for Cuba“-Aufruf vor ein paar Jahren, bei dem über 8000 Musikinstrumente in zwei Schiffscontainern nach Kuba geschickt wurden. Die Inst-



Baroness Christine Blower

umente wurden in ganz Großbritannien gesammelt und die Kampagne trug dazu bei, die Unterstützung der Gewerkschaft in Solidarität mit Kuba zu vertiefen.

*CL: Warum kann diese kleine, arme Insel Kuba die Pandemie so viel besser bewältigen als die reichen Industrieländer im Westen?*

Christine Blower: Nun, ein Hauptgrund scheint zu sein, dass die Bevölkerung und die Regierung ge-

meinsam versuchen, das Virus zu kontrollieren und zu besiegen. Natürlich verfügt Kuba auch über ein tolles Gesundheitssystem, das die Menschen und die medizinische Grundversorgung in den Mittelpunkt seiner Maßnahmen stellt.

*CL: Kuba leistet seinen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen Covid-19 in einer Zeit, in der das Land selbst mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die durch die Pandemie und die Verschärfung der US-Sanktionen verursacht werden. Was kann gegen die US-Sanktionen getan werden und warum gehen die Regierungen in Europa nicht gegen die Sanktionen vor, wie sie es nach geltendem Recht tun sollten?*

Christine Blower: Wir denken, dass der beste Weg, Druck auf die Vereinigten Staaten auszuüben, darin besteht, zu zeigen, dass unsere eigenen Länder mit Kuba Handel treiben und sich austauschen wollen. Daher unterstützen

wir alle wirtschaftlichen Bemühungen, den Handel und die Verbindungen zwischen Großbritannien und Kuba zu entwickeln. Die CSC koordiniert hier Kampagnen gegen die extraterritorialen Auswirkungen der Blockade – zum Beispiel die große Kampagne hier gegen die Open University in London, die einen jungen kubanischen Studenten wegen der Bedrohung durch die extraterritoriale Politik der USA vom Studium ausschloss und dies dann zurücknehmen musste. Kampagnen wie diese zu gewinnen hilft, die Kampagne gegen die Anwendung von US-Sanktionen in Großbritannien zu stärken. Es ist der beste Weg für uns, praktisch eine Kampagne gegen die US-Blockade selbst zu führen.

Natürlich machen wir die übliche Kampagnen- und Lobbyarbeit, aber wir versuchen, unsere Bemühungen darauf zu konzentrieren, unsere eigene Regierung unter Druck zu setzen, damit sie ihre eigenen positiven Beziehungen zu

Kuba trotz der US-Drohungen aufrechterhält und entwickelt.

*CL: Was sind die nächsten Schritte in der Kampagne für den Friedensnobelpreis für die Henry Reeves-Brigade? Wie können die Solidaritätsorganisationen dies unterstützen?*

Christine Blower: Nun, die Frist für offizielle Nominierungen ist jetzt abgelaufen, aber wir werden weiterhin die Arbeit der kubanischen medizinischen Brigaden bekannt machen, da diese ein so positives Beispiel für Kubas Internationalismus sind. Ich denke, dass eine solche Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg so wichtig und der einzige Weg ist, wie die Welt aus der aktuellen Krise herauskommen kann, daher ist es wichtig, diese internationale Solidarität zu feiern, wenn sie stattfindet.

*CL: Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg.*

## Kuba hätte den Friedensnobelpreis mehr als verdient

Gespräch mit Zaklin Nastic

**Zaklin Nastic ist seit 2017 Mitglied im Bundestag für die Partei DIE LINKE und Sprecherin für Menschenrechtspolitik der Fraktion, von 2018 bis zum 7. Parteitag Ende Februar 2021 Mitglied im Parteivorstand und seit 2020 Landessprecherin DIE LINKE Hamburg und hat die Brigade Henry Reeve für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.**

*CL: Zaklin, du hast mit weiteren Mitgliedern der Fraktion der Partei DIE LINKE in Oslo die Henry-Reeve-Brigade für den Friedensnobelpreis 2021 vorgeschlagen. Was hat dich persönlich dazu bewogen? Und warum hat die Brigade deiner Meinung nach diesen Preis verdient?*

Zaklin Nastic: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Henry-Ree-

ve-Brigade, die ich während eines Kuba-Besuches in einem sehr beeindruckenden persönlichen Gespräch kennenlernen durfte, den Friedensnobelpreis mehr als verdient hat. Denn gerade in der Coronapandemie haben ihre Mitglieder der Welt gezeigt, was internationale Solidarität bedeutet, sie haben diese Solidarität gelebt. Ausgerechnet aus dem kleinen Insel-

staat Kuba wurden Ärzt\*innen und Krankenpfleger\*innen in alle Welt entsandt, bis nach Europa. Und das, obwohl Kuba seit nunmehr 60 Jahren mit einer mörderischen Blockade überzogen ist und selbst von COVID-19 betroffen war. Das ist genau die „Brüderlichkeit zwischen den Nationen“, die Alfred Nobel als Kriterium für die Vergabe des Friedensnobelpreises festgeschrieben hat. Dass dieses Kriterium bei zahlreichen Vergaben des wichtigsten Friedenspreises der Welt keine Rolle gespielt, ja untergraben worden ist, wissen wir alle – man denke nur an Henry Kissinger, Barack Obama oder die EU ...

Die ÄrztInnen und PflegerInnen der Henry-Reeve-Brigade haben seit ihrer Gründung im Jahr 2005 über vier Millionen Menschen weltweit Hilfe in Katastrophensituationen, insbesondere während Epidemien, zukommen lassen. Ganz besonders Aufsehen erregend war der Einsatz von Hunderten von medizinischen Fachpersonen in den Jahren 2014 und 2015 gegen die Ebola-Pandemie in Westafrika. Dafür gebührt ihnen unser aller Respekt und auch die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis.

Ich habe die Nominierung der Henry-Reeve-Brigade aber noch aus einem anderen Grund initiiert: Es ist auch wichtig, ein Zeichen zu setzen gegen die US-Politik gegenüber Kuba, und zwar nicht nur die der Trump-, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Biden-Administration. Unsere Solidarität mit Kuba und unser Kampf gegen die Blockade müssen weitergehen.

*CL: Du bist in der Fraktion der Partei DIE LINKE für das Thema Menschenrechte zuständig. Du hast im Bundestag Sanktionen als Massenvernichtungswerkzeug beschrieben. Was fällt dir dazu bei der längsten Blockade und Sanktionen gegen Kuba zu diesem Thema ein und wie wirken sich zum aktuellen Zeitpunkt – Stichwort Pandemie – die Sanktionen gegen Kuba aus?*

Zaklin Nastic: Ja, Wirtschaftskriege sind zwar keinesfalls eine neue Kriegswaffe, aber diese wird immer exzessiver angewandt und immer mehr Menschenleben fallen ihr zum Opfer – sei es in Venezuela, Syrien, dem Iran oder Kuba, aber auch noch in zahlreichen anderen Ländern. Diejenigen, die sich dieser Waffe bedienen, sind gnadenlos. Die US-Blockade ist illegal und die kubanische Regierung legt jährlich in ihrem Bericht an die Vereinten

Nationen dar, welchen Schaden sie anrichtet – vor allem in Kuba selbst, aber auch in Drittländern.

Die US-Sanktionen behindern die Versorgung Kubas und seiner Bevölkerung mit Rohstoffen und anderen wichtigen Gütern massiv. Mit der Verschärfung der Blockade hat sich die Situation noch einmal deutlich verschlimmert. Wegen der Sanktionen und vor allem ihrer extraterritorialen Wirkung fehlt es an Medikamenten für Krebskranke und Antibiotika, aber auch an Antihistaminika, Schmerzmitteln, Verhütungsmitteln oder Wirkstoffen gegen Bluthochdruck. Das kubanische Gesundheitssystem ist zwar hervorragend, aber es sterben Menschen, weil ihnen lebensnotwendige Medikamente durch die Blockade vorenthalten werden. Das ist ein Verbrechen und erschwert auch den Kampf gegen COVID-19 in Kuba. Nicht umsonst hat UN-Generalsekretär Antonio Guterres dazu aufgerufen, Wirtschaftssanktionen weltweit gerade in der Pandemie auszusetzen.

Mitschuldig sind aber auch die Bundesregierung und die EU sowie ihre Mitgliedstaaten. Es hilft wenig, jedes Jahr in der Vollversammlung der Vereinten Nationen gegen die Kuba-Blockade zu stimmen, das eigene geltende Recht aber nicht umzusetzen. Die Verordnung 2271/96 des Europäischen Rates vom November 1996 ist doch eigentlich eindeutig: in ihr wird die extraterritoriale Wirkung der Kuba-Sanktionen als illegal bezeichnet, die EU erkennt sie (die Sanktionen, die Redaktion) explizit nicht an. Diese Verordnung ist verbindlich und für alle EU-Mitgliedstaaten gültig. Aber welche Wirkung entfaltet sie in der Realität? Faktisch keine. Noch nie hat ein Mitgliedsstaat die in Artikel 9 vorgesehenen „wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden“ Sanktionen verhängt, die bei Zuwiderhandlung vorgesehen sind. Unternehmen wie PayPal und Ebay sind willige Erfüllungshelfen bei



der extraterritorialen Umsetzung der Blockade. NGOs, Banken und Unternehmen werden genau wie im Kulturbereich angesiedelte Organisationen daran gehindert, mit Kuba Geschäfte zu machen oder Verbindungen anderer Art zu unterhalten. Und die Bundesregierung und die EU finden nichts als leere Worte. Umsetzung der eigenen Bestimmungen und Schutz der Opfer der US-Blockade? Fehlanzeige!

*CL: Ihr habt euch im Parteivorstand im Januar zwar für die Aufhebung der Blockade ausgesprochen, dies aber absurdum geführt, indem ihr einen Dialog mit den Contras einfordert, die genau für schärfere Blockaden gegen Cuba und Schlimmeres sind. Das hat zu Recht Unmut an der Parteibasis erzeugt. Warum sollen Linke Konterrevolutionäre, die von den USA bezahlt werden und gegen die Souveränität des kubanischen Volkes arbeiten, unterstützen?*

Zaklin Nastic: Zunächst einmal: Ich habe gegen diesen Beschluss



gestimmt, der im letzten Punkt 5 in die falsche Richtung geht. Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung eine Erklärung verabschiedet, die deutlich macht, dass wir weiter solidarisch an der Seite des sozialistischen Kuba stehen und dem Land auch keinesfalls mangelnde Demokratie vorwerfen. Aber ich bin sicher, dass dieses wahrscheinlich ohne den Druck der Basis auf den Parteivorstand bzw. große Teile davon so auch nicht zustande gekommen wäre. Dieser Druck war wichtig.

Ich möchte aber ganz deutlich sagen, dass im PV-Beschluss vom 25. Januar keine Rede von einem Dialog mit Contras ist und die „San Isidro“-Bewegung, die sich aus teils homophoben Anhängern Donald Trumps zusammensetzt und das Dialogangebot der kubanischen Regierung abgelehnt hat, nicht unterstützt wird.

*CL: In der Kubasolidarität wird das anders gesehen. Von mir auch. Der Parteivorstand hat zwar auf die breite Kritik an seinem Beschluss reagiert, allerdings ohne den umstrittenen Absatz wirklich zurückzunehmen – er hat nur die In-*

*terpretation zurückgewiesen. Klarheit wäre, sich von der San Isidro-Bewegung nicht nur zu distanzieren, sondern zu benennen, inwieweit die Aktivisten dieser „Bewegung“ die Menschenrechte in Kuba verletzen. Wer soll denn eigentlich unterstützt werden, wenn es nicht die Contras sind, zu einem Zeitpunkt, in dem die Angriffe auf das Gesellschaftssystem Kubas einen neuen Höhepunkt erreicht haben? Und warum hält man eine demokratische Entwicklung in Kuba für notwendig?*

Zaklin Nastic: Diese Frage wäre den EMALI Antragstellern zu stellen, die die ursprüngliche Beschlussvorlage, die tatsächlich eine klare Unterstützung fragwürdiger Kräfte in Kuba enthielt, in den Parteivorstand eingebracht, befürwortet und über die Presse gespielt haben.

Der wage gefasste und damit sehr interpretationsfähige Punkt 5 „Menschenrechte für alle“ ist eine richtige Aussage, die man aber in nahezu jeden Beschluss schreiben kann. Aber eine Forderung nach „Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“ halte ich angesichts deren außergewöhnlicher Vielfalt für unangebracht, des-

halb habe ich auch nicht für den Beschluss votiert. Wir alle sollten weiter wachsam sein, es gibt Kräfte in der Partei, die die Kuba-Politik der LINKEN tatsächlich grundlegend neu ausrichten wollen, das haben wir mit dem Antrag hier eindeutig erlebt. Ich habe mich sehr gefreut, dass sich in den letzten Wochen so viele Mitglieder laut und deutlich gegen solche Bestrebungen positioniert haben!

*CL: Zurück zum internationalen Handeln Kubas. Es zeigt ja seine Solidarität mit anderen Ländern nicht nur dadurch, dass es Ärzte in die ganze Welt entsendet, sondern es entwickelt auch vier Impfstoffe gegen Covid-19, die bereits klinisch erprobt werden. Das wird eine Chance sein, dass auch ärmere Länder Zugang dazu kriegen. Es würde dem Land aber auch guttun, wenn sich wohlhabende Länder wie Deutschland zum Kauf der kubanischen Impfstoffe entscheiden würden. Werdet ihr euch dafür einsetzen? Was könnte man dafür tun?*

Zaklin Nastic: Ich bin wirklich sehr beeindruckt von den kubanischen Erfolgen bei der Entwicklung eines Vakzins gegen COVID-19. Und auch hier: Es ist herausragend, was der kleine Inselstaat trotz der Blockade und ohne Milliardenzuschüsse, die europäische und US-amerikanische Unternehmen für ihre Forschung an einem Impfstoff erhalten haben, leistet. Es gibt schon vier vielversprechende Ergebnisse aus Havanna, insbesondere der proteinbasierte Impfstoff „Soberana02“, der jetzt die „Phase 3-Tests“ im Iran durchlaufen wird.

Vor allem aber verhält sich Kuba auch hier außerordentlich solidarisch: „Wir sind kein multinationales Unternehmen, bei dem die (finanzielle) Rendite an erster Stelle steht. Wir arbeiten umgekehrt, wir schaffen mehr Gesundheit und die Rendite ist eine Folge, sie wird nie die Priorität sein“, brachte es

der Leiter des forschenden kubanischen Impfstoff-Instituts auf den Punkt. Mit der Ankündigung, die kubanischen Impfstoffe auch anderen Ländern des globalen Südens zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen, leistet Havanna einen wichtiger Beitrag, die durch COVID-19 wachsende Ungleichheit nicht noch weiter zu vergrößern.

Natürlich werde ich mich dafür einsetzen, dass auch Deutschland kubanische Impfstoffe kauft. Allerdings ist unser Einfluss als Opposition da äußerst gering wie Du weißt. Und ich erinnere mich noch gut, wie zunächst gegen die chinesischen und russischen Impfstoffe polemisiert worden ist, wobei jetzt, wo der Impfstoff in Deutschland und der EU wegen der Unfä-

higkeit bei der Beschaffung knapp ist, auch die Anschaffung des russischen Vazins plötzlich kleinlaut in Erwägung gezogen wird. Möglich also, dass wir hier eines Tages doch noch überrascht werden.

**Die Fragen stellte Brigitte Schiffler, Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba und Sprecherin von Cuba Sí Hamburg**

## Trojanisches Pferd des Antikommunismus

Zur Debatte über den Vorstandsbeschluss der LINKEN zu Kuba

Von Ulla Jelpke

„Solidarität mit Kuba“ lautet ein Beschluss des Parteivorstandes der Linken vom 23. Januar 2021, der mit mehr als 90 Prozent der Stimmen angenommen wurde. DIE LINKE verurteilt darin die Verschärfung der US-Sanktionen gegen Kuba und die Listung der Insel als „Terrorstaat“. Zudem drückt der Parteivorstand die Unterstützung der LINKEN für die Kampagne „Für ein Ende der Blockade gegen Kuba!“ aus. Weiter heißt es in dem Vorstandsbeschluss zu recht, DIE LINKE verurteilt Versuche, die Regierung Kubas durch Regime Change-Aktivitäten aus dem Ausland zu stürzen.

Doch genau darauf läuft der letzte Absatz des Vorstandsbeschlusses raus. Denn dort heißt es scheinbar harmlos: „Für die LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“.

Irritierend ist schon einmal die Arroganz, mit der der kubanischen Gesellschaft hier unterstellt wird, nicht demokratisch zu sein. Er-

innert sei nur an die breite gesellschaftliche Debatte über eine neue kubanische Verfassung, zu der die Bevölkerung mit fast 800.000 Vorschlägen beitrug, aus denen sich schließlich 760 Änderungen des ursprünglichen Dokuments ergaben. Die Verfassung, in der Menschenrechte und der sozialistische Rechtsstaat verankert sind, wurde im Februar 2019 in einem Referendum von 86,8 Prozent der Abstimmenden angenommen. Dass diese Verfassung mit Leben gefüllt werden muss, dass es weiterhin bürokratische Hemmnisse und Fehlentwicklungen auch auf Kuba gibt, dass die sozialistische Demokratie weiter ausgebaut werden kann und muss, all das lässt sich jeden Tag in der Tageszeitung der kubanischen Kommunisten, der „Granma“, nachlesen. Dafür brauchen die Kubanerinnen und Kubaner wahrlich keine Nachhilfe aus Europa.

Ein Kommentar von Matti Steinitz, einem Wissenschaftler am Center for InterAmerican Studies der Uni Bielefeld, in der einstmals als Neues Deutschland bekannten LINKEN-nahen Tageszeitung „nd - Der Tag“ unter der bezeichnenden Überschrift „Ein guter Tabubruch“ macht denn auch klar, wer die „kri-



Ulla Jelpke

tischen Künstlerinnen und Künstler sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“ sind, mit denen der Parteivorstand eine Fortsetzung des Dialogs auf Kuba einfordert. Es geht um die seit November 2020 laufenden Proteste einer sich Movimiento San Isid-

ro (MSI) nennenden Gruppierung. Einige Anhänger dieser Gruppe, die von der Trump-Regierung ebenso unterstützt wurde wie von dem venezuelanischen Putschisten Juan Guaidó und der rechtsgerichteten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, haben in sozialen Netzwerken die US-Regierung offen zu einer Invasion Kubas aufgefordert. Als „kritischer Künstler“ im Sinne des LINKE-Vorstandsbeschlusses gilt offenbar auch ein von Steinitz als „oppositioneller Rapper“ bezeichneter, derzeit auf Kuba inhaftierter homophober Trump-Anhänger namens Denis Solís, der laut der kubanischen Behörden Kontakte zu terroristischen Gruppen in den USA unterhalten soll. Ob die Inhaftierung von Solís rechtsstaatlich zulässig und taktisch klug ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Dass ein Dialog mit einem von der US-Administration unterstützten rabiaten Antikommunisten für die kommunistische Regierung Kubas wenig Sinn macht, sollte dagegen offensichtlich sein.

Die kubanische Regierung ist durchaus um Dialog mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern bemüht. Bereits am 27. November 2020 fand ein Gespräch einer Delegation protestierender Kulturschaffender mit Vizekulturminister Fernando Rojas statt, bei dem ein Dialog über Kulturpolitik und weitere Themen vereinbart wurden. Am 27. Januar 2021 – dem Geburtstag José Martí – hatten sich erneut kritische Künstler vor dem Kultusministerium versammelt. Kultusminister Alpidio Alonso bekräftigte seine Bereitschaft zum Dialog, doch dieser wurde durch anwesende regierungsfeindliche Aktivisten unter anderem aus dem

MSI mit provokanten Handlungen, die vor allem auf medienwirksame Bilder für das Ausland abzielten, verhindert.

Der LINKE-Vorstandsbeschluss zu Kuba erweist sich angesichts dieser Hintergründe als Trojanisches Pferd des Antikommunismus im Gewand der Solidarität. Denn es ist nicht möglich, gleichzeitig solidarisch zu sein mit dem sozialistischen Kuba und denjenigen, die einer US-Invasion der Insel das Wort reden.

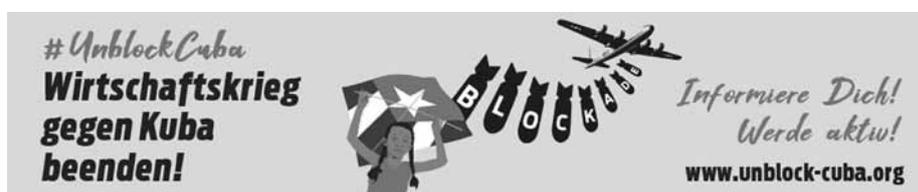
Eine solche Solidarität mit Kuba wäre in der Tat vergiftete Solidarität. Das erkannten auch die CIA-finanzierten kubanischen Kontoras in Miami, die dem Beschluss umgehend applaudierten. So titelte der kubafeindliche Sender Radio Televisión Martí“ am 3. Februar: „Die deutsche Linke trifft eine historische Entscheidung: Sie unterstützt Kritiker des kubanischen kommunistischen Regimes“.

Nach heftiger Kritik unter anderem von Cuba Si und der Kommunistischen Plattform sowie des Ältestenrates der Partei – aber auch von Gruppierungen der Kuba-Solidarität außerhalb der Partei wie dem Netzwerk Kuba und einem auch in einer Vielzahl von Leserbriefen an das ND deutlich geworden Unmut an der Parteibasis – rüdelte der Parteivorstand zwei Wochen später zurück. Der Beschluss bedeute keinesfalls eine „Neuausrichtung der Kuba-Politik“ der Linkspartei und es habe auch „keine Unterstützung der sog. San Isidro Bewegung, wie in einigen Medien kolportiert, gegeben“. Vielmehr unterstütze die Linke den „mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2019 ausgelösten breiten gesellschaftlichen Diskussions-

prozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas im Rahmen seines sozialistischen Gesellschaftssystems“. Die Linke bleibe „solidarisch mit dem sozialistischen Kuba“.

Sicherlich ist diese Klarstellung begrüßenswert. Doch sie hinterlässt einen faden Beigeschmack. Denn es handelte sich bei der Rezeption des Beschlusses mitnichten um ein Missverständnis oder eine mediale Fehlinterpretation. Das wird deutlich, wenn man sich den ursprünglichen Antragsentwurf durch die libertär-antikommunistische Parteiströmung Emanzipatorische Linke anschaut, in dem anders als im letztlich verabschiedeten Beschluss die antikommunistischen Kräfte, denen die Solidarität gelten soll, noch namentlich benannt werden. Dass vielen im Vorstand bei der Annahme des Beschlusses die benannten Hintergründe nicht bewusst waren, ist anzunehmen. Doch auch der Verdacht, dass es Einigen vor allem darum ging, gegenüber der olivgrünen Regimechange-Partei und der SPD Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, steht weiterhin im Raum.

Es ist beschämend, dass der Parteivorstand seinen Irrtum nicht eingestehen will und stattdessen die Tageszeitung „Nd – Der Tag“ zu ihrem Watschenmann macht, wie es die junge Welt treffend kommentierte. Umso wichtiger erscheint es jetzt, dem Beschluss – in seiner Neuinterpretation durch den Parteivorstand – auch Taten folgen zu lassen und mit aller Kraft die Kampagne Unblock Cuba zur Beendigung des jahrzehntelangen Wirtschaftskrieges gegen die sozialistische Insel zu unterstützen.



# „Cuba sí“ – Ja zu Cuba: Lasst Euch nicht beirren!

Von Rolf Becker



Rolf Becker  
Foto: Tom Brenner

Ich wende mich an Euch, alle, die wie ich, es nicht für möglich gehalten haben, was die Partei „Die Linke“ am 23. Januar dieses Jahre verabschiedet hat. Ich wende mich an alle, die guten Glaubens sind: an alle, die Kuba für eine Perspektive halten in den Konflikten, die unsere Welt erschüttern, an alle, die kopfschüttelnd wahrnehmen müssen, was weltweit als Kniefall der deutschen Linkspartei wahrgenommen wird, an alle Aufrechten in Kuba, denen weiterhin unsere Solidarität gilt.

23. Januar 2021, verabschiedet vom Parteivorstand: *„Für Die Linke gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.“*

Richtig verstanden und am 8. Februar 2021 von der „Deutschen Welle“, dem Auslandsrundfunk der Bundesrepublik weltweit

verbreitet: *„Die Linkspartei hat ein Tabu gebrochen, das auf einem Großteil der internationalen Linken lastet. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte solidarisierte sich ihre Führung mit den Kritikern der kubanischen Regierung.“*

## **Zwei Schritte vor, einen zurück**

Eine Woche danach weist der Parteivorstand *„die Interpretation einer Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei Die Linke, die aufgrund des Beschlusses von*

*23.1.2021 stattgefunden haben soll, entschieden zurück. Im Beschluss hat es keine Unterstützung der sog. San-Isidro-Bewegung, wie in einigen Medien kolportiert, gegeben. Die Linke unterstützt den mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2019 ausgelösten breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas im Rahmen seines sozialistischen Gesellschaftssystems. Die Linke war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution.“*

Im Klartext: zurückgewiesen wird „die Interpretation“ des am 23. Januar gefassten Beschlusses, der Beschluss selbst wird nicht zurückgenommen. Die „San-Isidro-Bewegung“ wurde in diesem Beschluss zwar nicht genannt, ist aber nicht abtrennbarer Teil des „gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas“, den die Linke erklärtermaßen weiterhin unterstützt. Der Schlusssatz dieser Richtigstellung „Die Linke war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution“ kann im Zusammenhang nur als jämmerlicher Versuch verstanden werden, ihren Einflussbereich zu wahren. Als ob wir nicht lesen könnten.

Rücknahme des Beschlusses vom 23. Januar – warum schreckt der Parteivorstand davor zurück? Warum das Beharren auf seiner Begründung „Menschenrechte sind universell“? Vorstand wie Mitgliedern und Wählern der Linkspartei dürfte doch seit spätestens 1999, als der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen Jugoslawien als „Verteidigung der Menschenrechte“ deklariert wurde, bewusst sein, dass mit dieser Begründung auch alle folgenden Kriege propagandistisch als „humanitär notwendig“ vorbereitet und ihre Opfer im Nachhinein als unvermeidlich gerechtfertigt

werden. Soll vergessen sein, dass Deutschland sich mit der gleichen Begründung am Krieg – dem ersten Angriffskrieg seit 1939 – beteiligte, nachdem sich zuvor Vorstände der Partei „Die Grünen“ wie Petra Kelly und Jürgen Trittin dafür verbürgt hatten, „von deutschem Boden werde nie wieder ein Krieg gegen Jugoslawien ausgehen“?

Es scheint notwendig zu sein, daran zu erinnern, dass am 2. Februar 2006 im Europäischen Parlament (EUP) eine Resolution zur Haltung der EU gegenüber Kuba zur Abstimmung stand. Wie heute ging die damalige Entschließung davon aus, dass es eines der Hauptziele der EU sei, „den Grundsatz zu unterstützen, dass die Menschenrechte einschließlich der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte allgemein gültig und unteilbar sind (...) In einigen Staaten der Welt bestehen immer noch totalitäre kommunistische Regime, und dort werden weiterhin Verbrechen begangen“ Bis auf Sahn Wagenknecht stimmten alle Parlamentarier der Linksfraktion für die Entschließung bzw. enthielten sich der Stimme. Begründung: „um Partner für die kommenden Debatten zu bleiben“ – wie die unausgesprochene Begründung heute, mit Ulla Jelpke: weil „es einigen weniger um Solidarität mit Kuba geht als darum, gegenüber der olivgrünen Regime-Change-Partei und der SPD Regierungsfähigkeit zu demonstrieren“. Illusorisches Hoffen auf Regierungsbeteiligung statt Orientierung an den zunehmenden Nöten der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung.

Zum Grundsätzlichen, mit Hermann Klenner – Parteimitglied im Ältestenrat der Partei und als Jurist spezialisiert auf Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie und Rechtsauffassung sowie nicht nur in der DDR

mit der „Hegel-Medaille“, sondern 1998 auch in der BRD mit dem „Hans-Litten-Preis“ ausgezeichnet: Es muss „von Beginn an vor der Illusion gewarnt werden, in den Menschenrechten einen absoluten, das heißt, übergeschichtlichen, jenseits der Klassenkämpfe und abseits von der Heerstraße der Geschichte fixierten neutralen Wegweiser für menschliches Verhalten vorzufinden.“

Die Wahrheit ist immer konkret: Es gibt kein Land, in dem alle Menschenrechte verwirklicht sind. Wenn wir heute zu Kuba Stellung nehmen, sollten wir bedenken, dass wir damit zu den heutigen realen Kämpfen Stellung nehmen. Bedenken, dass die Menschen Kuba seit mehr als 60 Jahren unter der Blockade der USA leiden, dass sie trotz aller Entbehrungen den eingeschlagenen Weg verteidigen, Zeichen internationaler Solidarität setzen wie durch das Henry-Reeve-Ärzteteam, dessen Nominierung für den Friedensnobelpreis wir unterstützen sollten. Mit Fidel Castro: „Die entwickelten und reichen Staaten haben Finanzkapital zur Verfügung, aber kein menschliches Kapital. Wir werden beweisen, dass es Antworten auf viele Tragödien des Planeten gibt. Wir werden beweisen, dass der Mensch als Wesen besser sein kann und sollte. Wir werden den Wert des Bewusstseins und der Ethik beweisen. Wir bieten Leben.“

Ich verabschiede mich für heute in der Zuversicht, dass Nachdenken, mag es auch schmerzlich sein, zum Verständnis konkreter Fragen und Sorgen von Menschen, ob in Kuba oder hierzulande, führen kann. Mit Bertolt Brecht «...das Mitleid der Unterdrückten mit den Unterdrückten ist unentbehrlich, es ist die Hoffnung der Welt“.

Und mit Pablo Neruda: „Kuba, meine Liebe“.

# Im Westen was Neues?

Von Dr. Arnold Schölzel

Die jüngsten Oppositionsgruppen in Kuba sind Teil einer Strategie zur Untergrabung revolutionärer Ideologie. Das war stets das Geschäft der CIA. Überraschend ist allein die Unterstützung durch die deutsche Linkspartei

Die weltweite Bekämpfung des Marxismus war und ist eine Hauptaufgabe der 1947 gegründeten CIA im Kalten Krieg zwischen 1945 und 1990 und nun im neuen kalten Krieg gegen Russland, China, Kuba, Venezuela, Nicaragua, Vietnam und einige andere Staaten. Das „Gespenst des Kommunismus“, das im 19. Jahrhundert nach den Worten von Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ in Europa umging, verschwindet auch nach dem Untergang der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Europas nicht aus der Welt. Inzwischen fasst es, wenn Donald Trump und seinem faschistischen Anhang zu glauben ist, in den USA Fuß. Wer auf Gleichheit vor dem Gesetz, insbesondere dem Wahlgesetz pocht, will in ihren Augen den Sozialismus in Gottes eigenem Land einführen. Daran ist so viel wahr, dass solche Gleichheit allerdings die „white supremacy“, die „weiße Vorherrschaft“ untergraben würde. Bei allem demagogischen Unfug: Ideen eines Sozialstaates nach sozialdemokratischen Vorstellungen greifen in den USA offenbar erstmals seit den Zeiten der International Workers of the World um 1900 und seit der Großen Depression der 1930er Jahren um sich. Der Name des demokratischen Senators Bernie Sanders steht dafür, noch mehr junge linke weibliche Abgeordnete wie Alexandria Ocasio-Cortez. An den Hochschulen der USA sind marxistische Hochschullehrer und Debatten vermutlich weiterverbreitet als etwa in der BRD. Dort wurde nach 1990 effizient und gründlich das ideologi-

sche Reinheitsgebot durchgesetzt, das da lautet: Es gibt zum Kapitalismus keine Alternative, vergesst den Sozialismus – oder Eure akademische Karriere.

Verglichen damit lässt sich sagen: Die CIA ist mit ihrem Auftrag fast gescheitert, insbesondere was Kuba angeht. Seit ihrer Gründung setzten die Strategen des Geheimdienstes beim Untergraben der Anziehungskraft marxistischen Denkens in Ost wie in West auf Kunst und Kultur, versuchten sie, möglichst bekannte Künstler und Schriftsteller, am besten linke mit antisowjetischer oder wenigstens antikommunistischer Grundhaltung, für ihre Zwecke einzuspannen. Mit Erfolg: In den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den kommunistischen Parteien Westeuropas waren Kunst und Kultur entscheidende Einfallstore, um linken Antikommunismus einzupflanzen. Ein öffentlich bekanntes Vehikel war z. B. der 1950 in Westberlin gegründete „Kongress für die Freiheit der Kultur“, der ein weltweites Netz liberaler und links-antikommunistischer Zeitschriften und Intellektueller aufzog – bis 1967 seine Finanzierung durch den US-Geheimdienst aufflog. 1969 wurde er offiziell aufgelöst, an der CIA-Strategie änderte sich wenig.

2017 berichtete der US-amerikanische Philosoph Gabriel Rockhill auf der Grundlage eines Dokuments aus dem Jahr 1985, das aus dem CIA-Archiv freigegeben wurde, dass der Geheimdienst sich intensiv mit der damals in Frankreich als letztem Schrei proklamierten „postmodernen Philosophie“ befasste (Das Papier findet sich im Internet unter dem Titel „France: Defection of the Leftist Intellectuals – Frankreich: Das Überlaufen der linken Intellektuellen“). Die US-Beobachter freuten sich: Die früheren Linken, die nach dem Zweiten Weltkrieg und

wegen der unanfechtbaren Stellung der Kommunistischen Partei in der Résistance in Frankreich eine Art Monopol auf Meinungsbildung gehabt hatten, distanzierten sich vom Marxismus, ließen von ihrer Kritik an den USA ab und bekämpften die Sowjetunion. Rockhill nimmt vermutlich zu Recht an, dass die CIA diese antimarxistische Tendenz der Postmoderne, die in den folgenden Jahrzehnten im englischsprachigen Raum an Hochschulen dominierend wurde, nach Kräften unterstützt hat.

Die Postmoderne hat einen der ältesten philosophischen Hüte Europas zum letzten Pariser Chic erklärt: Skepsis gegenüber der Wahrheit und zwar so radikal, dass „anything goes – alles ist erlaubt“ gelte. Jeder hat demnach seine Wahrheit. Wer darin eine Vorlage für „alternative Fakten“ vermutet, liegt richtig. Auch jeder Schwachsinn, insbesondere solcher mit wissenschaftlichem Anstrich, zumal wenn er von einem US-Präsidenten vorgetragen wird, hat demnach sein Recht. Im US-Bundesstaat Oregon will die Schulbehörde laut FAZ vom 3. März 2021 überprüfen, ob Mathematik in ihrer bisherigen Gestalt nicht Ausdruck weißer Vorherrschaft und der Benachteiligung von Menschen anderer Hautfarbe sei. Wissenschaft schreibt man am besten in Anführungszeichen. Aus der Beliebigkeit resultieren im postmodernen Märchen Toleranz, Gleichberechtigung und Verständnis – ungefähr so wie das Google und Facebook ihren Beschäftigten versprechen, es sei denn die wollen eine Gewerkschaft gründen. In Wirklichkeit hat die jeweils lautstärkste Gruppe das Sagen, meistens Fundamentalisten. Die postmoderne Philosophie hält sich für pluralistisch, weil ja jeder Unfug mit Wahrheit gleichberechtigt ist. In der Politik haben Postmoderne und die CIA

seit den 80er Jahren auch in den damaligen sozialistischen Ländern Europas ganze Heerscharen von Wissenschaftlern, Journalisten, Künstlern und anderen Intellektuellen mit „Pluralismus“ betrunken gemacht. Der Dichter Peter Hacks schrieb einmal dazu: „Das Trickwort Pluralismus hat einen genauen deutschen Sinn. Pluralismus, das bedeutet die Alleinherrschaft der schlechten Seite.“ Es lässt sich auch sagen: Wer mit postmodernem startet, bekommt die CIA, Donald Trump oder Marine Le Pen und deren Anhänger an den Hals.

Aber auch der „Kongress für die Freiheit der Kultur“ feiert in Reaktions- und Restaurationszeit nach 1990 seine Wiederbelebung. So fand im Jahr 2000 in Westberlin sogar eine von der deutschen Journalistin Ulrike Ackermann organisierte Tagung zum 50. Gründungsjubiläum des Kongresses statt, die ihn als Erfolg für Freiheit und Demokratie feierte. Rückblickend war diese Veranstaltung Auftakt für eine neue Welle extrem reaktionärer, auf Irrationalismus gegründeter Ideologie im neuen kalten Krieg. Sie bildet die ideologische Begleitmusik zu den neokolonialen Kriegen der USA und ihrer Verbündeten in Westeuropa und auf der Arabischen Halbinsel. Im Herbst 2020 gehörte Ackermann zu den Erstunterzeichnern des „Appells für freie Debattenräume“, der von dem Youtuber Gunnar Kaiser und dem Journalisten Milosz Matuschek, einem KenFM-Gesprächspartner zur Pandemie, initiiert wurde. Das war konsequent: Noch weiter in Irrationalismus und rechten Wahn geht es kaum. Der Westen findet nichts Neues auf geistigem Gebiet.

Kuba ist ein zentrales Ziel der erneuerten Roll-Back-Strategie: Der offen propagierte Versuch, das Land wirtschaftlich zu erwürgen, wird ergänzt durch die bewährten Instrumente kultureller Untergrabung. Lange Zeit hofften die US-Strategen darauf, dass Staat und Gesell-

schaft in Kuba nach dem Versterben der aktiv an der Revolution beteiligten Generation gelähmt sein und zerfallen würden. So berichtet Raúl Capote in seinen Erinnerungen (deutsch 2019: „Der andere Mann in Havanna“) an seine Zeit als Doppelagent für CIA und kubanische Staatssicherheit, dass er von den US-Amerikanern dafür vorgesehen war, nach dem Tod Fidel Castros an die Spitze einer „Volksbewegung“ zu treten und die USA zu einer zeitlich begrenzten Invasion aufzufordern. Nach dem Ableben Fidel Castros 2016 trat aber der von den Washingtoner „Experten“ erwartete Zusammenbruch nicht ein und es blieb bei „sanfteren“ Methoden, bei einem „Plan B“. Dazu gehört, dass kubanische Künstler und Wissenschaftler auf der Insel und bei Auslandsaufenthalten „Reformen“, eine „Modernisierung“, „offene Debatten“, einen demokratischen Sozialismus und ähnliches zu fordern hatten. Das Ziel ist, eine neue Rechte zu schaffen, die sich gegen „autoritäres“ Regieren wendet und als unabhängig von der klassischen Konterrevolution und ihren erfolglosen Dissidenten erscheint: kritisch, aufgeschlossen und nur der Meinungsfreiheit verpflichtet – gute Bezahlung in US-Dollar oder Euro vorausgesetzt. Capote hielt 2017 in seinem Artikel fest, dass diese US-Kampagne nicht ohne Wirkung blieb: Es gebe bereits „Leute, die in der Lage sind, heute in der revolutionären Presse, in ‚Granma‘, ‚Juventud Rebelde‘ und anderen Publikationen zu schreiben und am nächsten Tag in feindlichen Medien“. In Deutschland beteiligte sich die Stiftung der „Taz“, die „Taz-Panther-Stiftung“, an der Schulung des benötigten Personals und veranstaltet seit einigen Jahren „Kuba-Workshops“ für willige junge Leute von der Insel. Zugleich entstanden zahlreiche Internetportale, die vorgeben, von auf Kuba Wohnenden betrieben zu werden, sowie private Blogs. Sie tragen Namen wie „On

Cuba“, „El Toque“ oder „Periodismo de Barrio“ und zahlen für kubanische Verhältnisse gute Honorare.

Gemessen am großen Echo in westlichen Leitmedien, setzt Washington besondere Hoffnung gegenwärtig auf die als „San-Isidro-Bewegung“ bezeichnete oppositionelle Gruppe in Havanna. Am 24. November 2020 stellte das US-Außenministerium bis zu einer Million Dollar für „unabhängige zivilgesellschaftliche Gruppen, Journalisten, Künstler und private Unternehmer in Kuba“ zur Verfügung, was die Vereinigung offensichtlich beflügelte. Drei Tage später versammelten sich etwa 200 Demonstranten in Anwesenheit von aus dem Ausland angereisten Vertretern „unabhängiger“ Medien vor dem Kulturministerium und forderten einen „Dialog“, den sie allerdings unter „unverhandelbaren“ Bedingungen führen wollten: Es sollten Leute teilnehmen, die öffentlich für eine US-Invasion und für den Wahlsieg von Trump eingetreten waren. Auch das erscheint nur konsequent: Wenn sich in den USA ein Hauch von sozialdemokratischem Gedankengut ausbreitet, kann die kubanische anti-revolutionäre Opposition nur auf Seiten Trumps und der aggressivsten antikubanischen Kräfte in den USA stehen.

Als sich das Spektakel am 27. Januar wiederholte, hatte „Der Spiegel“ mit der Schlagzeile „Das Regime steht mit dem Rücken zur Wand“ bereits vorab am 20. Januar gesagt, was die Stunde nicht nur seiner Meinung nach geschlagen hatte. Neu war, dass der Vorstand der Partei Die Linke das offenbar genauso sah. Am 23. Januar schloss er sich jedenfalls faktisch der „Spiegel“-Parole an und veröffentlichte einen Beschluss zur Solidarität mit Kuba, in dem er auch die „Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstler\*innen und Aktivist\*innen zur Demokratisierung der kubanischen Gesell-

schaft“ forderte. Allerdings war das Echo in der Partei und außerhalb verheerend, zumal ein Kolumnist der parteinahen Tageszeitung „Neues Deutschland“ die zitierte Passage einen „guten Tabubruch“ genannt hatte. Am 14. Februar legte der Linke-Parteivorstand nach und erklärte, er habe keine „Neuausrichtung der Kuba-Politik“ beschlossen, eine Unterstützung der San-Isidro-Bewegung, „wie in einigen Medien kolportiert“, sei in ihm nicht enthalten. Eine Entschuldigung wie in früheren Fällen, bei denen sich PDS- und Linke-Politiker auf die Seite antikubanischer Kräfte gestellt hatten, gab es nicht.

Der nichtkonventionelle Krieg gegen Kuba, wie es die „Granma“ nannte, geht weiter und kann jederzeit forciert werden. Am 20. Februar berichteten westliche Me-

dien, ein in Miami produzierter und auf Youtube veröffentlichter Song unter dem Titel „Patria y Vida“ lasse auf Kuba und in Florida „die Klickzahlen durch die Decke“ („Taz“) gehen. Die kubanischen Medien reagierten auf vielen Kanälen. Der populäre Schriftsteller und frühere Kulturminister Abel Prieto bezeichnete das Lied als „musikalisches Pamphlet“ und die Musiker als „traurigen Chor von Annexionisten, der das eigene Land angreift“. Die „Neue Zürcher Zeitung“, die Anfang Februar die Tätigkeit kubanischer Ärzte im Ausland mit Sklaverei gleichgesetzt hatte, jubelte nun, Kubas Regierung sei „in Bedrängnis“. Dem soll auch weiter aus Washington nachgeholfen werden: Die United States Agency for International Development (USAID, zu deutsch: Be-

hörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung) hat bis 2023 für die Förderung der kubanischen „Zivilgesellschaft“ 67 Millionen Dollar eingeplant. Unter Trump hatten ab 2017 nach einer Aufstellung des „Cuba Money Project“ in den USA ausgewählte Gruppen 16,5 Millionen Dollar erhalten.

Die kubanische Revolution hat bewiesen, dass sie auch auf ideologischem Gebiet einen langen Atem hat, auf Wissenschaft und Aufklärung setzt statt auf pluralistisch daherkommenden irrationalen Unfug. Auch das gehört zur Einmaligkeit dieser Revolution und sichert ihr weltweit Unterstützung. Die kommende UN-Vollversammlung, in der im Mai die Verurteilung der US-Blockade erneut auf der Tagesordnung steht, wird das erneut zeigen.

## Ziemlich am Ende

Glosse von Santiago Baez

Es ist nicht selten, dass die Werbeabteilung eines Unternehmens nicht weiß, was in den Büros links und rechts neben ihr vor sich geht. Auch Medien sind davor nicht gefeit, auf Facebook & Co. gibt es ganze Gruppen, die nur davon leben, ungünstig präsentierte Reklame zu zeigen. Besonders „Bild“ und ähnliche Vulgärjournalisten stellen gerne mal eine Anzeige für Feuerwerk neben die Meldung eines Brandanschlags...

Bei der Tageszeitung, die mal „Neues Deutschland“ hieß und sich mittlerweile mit dem Kürzel ND auf ihr selbiges vorbereitet, scheinen die Prozesse nicht viel ausgefeilter zu verlaufen. Mit Datum vom 1. Februar trudelte bei der Berliner Gruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ein Schreiben der Zeitung ein, über-

schrieben mit „Zusammenhalt in Krisenzeiten“.

Krisenzeiten durchlebte das „ND“ zu diesem Zeitpunkt tatsächlich. Wenige Tage zuvor hatte der Parteivorstand der Linkspartei, deren inoffizielles Organ die Zeitung nach wie vor ist, einen selten dämlichen Beschluss über Kuba durchgewunken, in dem die Führung in Havanna zum Dialog mit der Konterrevolution aufgefordert wurde. Das ND lieferte die publizistische Begleitmusik und bejubelte den „Tabubruch“. Die Stichworte fanden ihren Weg bis in die von Miami aus gegen Kuba hetzenden Propagandasender – die Contras feierten das vermeintliche Ende der Solidarität der deutschen Linken.

Und genau zu diesem Zeitpunkt bettelt das ND bei der Freundschaftsgesellschaft um Anzeigen:

„Präsentieren Sie Ihr Angebot für unsere Leserinnen und Leser und profitieren Sie von unseren Sonderkonditionen.“ Sage nur keiner, Solidarität mit Kuba habe im alt gewordenen Deutschland keinen Platz mehr – sie muss nur in barer Münze bezahlt werden.

Zum Glück brauchen die Freundinnen und Freunde Kubas dieses Blättchen schon länger nicht mehr. Und ob die Gegner der revolutionären Insel sich ihre tägliche Dosis Reaktion ausgerechnet von der „sozialistischen Tageszeitung“ holen wollen, erscheint uns auch etwas fraglich. Wie schrieb das ND doch gleich im Bettelbrief an die Berliner Gruppe der Freundschaftsgesellschaft? „Orientierung und Perspektive sind wichtiger denn je.“ Stimmt. Im ND findet man sie momentan weniger.

# Was heisst hier LINKS?

Von Samuel Wanitsch

„WENN DIE LINKE FEHLT... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg“ – so betitelte der 2018 verstorbene italienische Publizist und Philosophieprofessor Domenico Losurdo eines seiner letzten Werke. Er entlarvt darin auf eindrückliche Weise das „Zweiparteiensystem oder genauer das Einparteiensystem mit Wettbewerbscharakter“ in den USA „als vom Grosskapital ausgeübte Diktatur auf multimedialer und politischer Ebene.“ (...) „Und so folgt ein Präsident auf den anderen: Die Ungleichheit, die im Innern der USA zunimmt, müht der jeweilige Präsident sich, auch auf internationaler Ebene zur Geltung zu bringen, indem er sich als oberster Interpret von Gottes „auserwählter Nation“ aufspielt und sich das Recht zuschreibt, mit seinem gigantischen Militärapparat in jedem Winkel der Welt zu intervenieren, auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats. Zu den echten Kriegen kommen die als „Farbenrevolutionen“ verkleideten Staatsstrieche.“

Und diese USA sind also der „Leuchtturm der Demokratie“ (O-Ton im Radio/Fernsehen SRF, der kleinen hörigen Schweizer Schwester der deutschen ARD), an dem sich die „westliche Wertegemeinschaft“ orientiert – und offensichtlich bis weit hinein in die Linke in Europa.

Bekanntlich hatte sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks auch die Parteienlandschaft im Westen massiv verändert. Gab es vorher in fast allen westeuropäischen Ländern starke linke Parteien, so wurden diese mitsamt ihren sozialen Ansprüchen durch den Sieg der transatlantischen Kräfte in die Defensive und in die opportunistische Mitte getrieben und vielerorts gar aufgerieben (siehe Frankreich, Italien).

Mit dem Jugoslawien-Krieg und der mit Uranmunition realisierten „humanitären Intervention“ verloren die vermeintlich fortschrittlichen deutschen Grünen ihre Unschuld. Und auch die SPD – mittlerweile zur traurigen Lachnummer

verkommen – begrub dort den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit.

Und mit diesen beiden Parteien zusammen, die mit links nicht mehr viel zu tun haben, wollen also dieselben Kräfte innerhalb von Die Linke Regierungsmitverantwortung übernehmen, die sich für einen Dialog mit den ferngesteuerten Pseudo-Künstlern der sogenannten „San Isidro-Bewegung“ in Kuba aussprechen?

Es ist nicht an mir, die deutsche Politik zu kritisieren. Gleichwohl erlaube ich mir, einige Eindrücke aus der Ferne kundzutun. Dabei muss ich betonen, dass die Sicht von der „Wohlstandsinsel Schweiz“ aus eine ganz besondere ist. Zwei Fakten gilt es immer wieder in Erinnerung zu rufen: 1. Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU – was nicht heisst, dass diese nicht täglich Thema wäre im inländischen Politdisput. 2. Die Konkordanz als Regierungsform prägt die politische Diskussion auf ihre Art. Es gibt keine richtige Opposition,

**#UnblockCuba**

**Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!**



Jedes Jahr verurteilt die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit die US-Blockade gegen Kuba.

Dennoch unterstützen europäische Länder weiterhin die völkerrechtswidrige Blockade. Schluss mit der Komplizenschaft!

**Worten müssen endlich Taten folgen: Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade aufheben!**

Informiere Dich!  
Werde aktiv!

[www.unblock-cuba.org](http://www.unblock-cuba.org)



Anzeige  
junge Welt

und sie führt oft zu den berühmten „freundeidgenössischen Kompromisslösungen“, die echt fortschrittliche Entwicklungen immerzu verunmöglichen, aber umgekehrt die Berücksichtigung der Interessen der Oberschicht und des Finanzkapitals sicher garantieren. Im Klartext: Die kriegsverschonte Schweiz ist – ob Krieg oder Frieden – ein sicherer Hort für in- und ausländische Wirtschaftskriegsgewinnler. Und die willfährigen Banken haben keinerlei Kontrolle durch die Politik zu befürchten – siehe ihre Beteiligung an der völkerrechtswidrigen, mörderischen Blockade gegen Kuba. Die bürgerliche Politik nennt das dann „Erfolgsmodell Schweiz“, weil es der Bevölkerung vergleichsweise weniger schlecht geht und die Armut versteckter daherkommt als anderswo. Da sind kritische Stimmen von links leicht abzuwürgen. So wirken denn die Auseinandersetzungen in der Politik unseres grossen Nachbarn Deutschland im Vergleich viel konfrontativer, direkter, härter, schlagfertiger, rhetorisch gewandter. Allerdings ist dabei schwer erkennbar, was sich hinter einem Etikett wie Die Linke verbirgt; denn auch die hiesigen Medien – transatlantisch eingebunden – berichten kaum über Querelen, bei denen nicht die ge-



Aufklärung in der Schweiz

wohnten Feindbilder bemüht werden können.

Die Nachricht von der Dialogbereitschaft gewisser Exponenten von Die Linke mit der US-gesteuerten, als Künstler verkleidete Subversion in Kuba wäre ohne die beharrliche Aufklärungsarbeit von *junge Welt* und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in der Schweiz gar nicht erst wahrgenommen worden.

Umso wichtiger für die Solidarität mit Kuba insgesamt, dass sich diese weniger an vorlauten Parteien als an vertrauenswürdigen Persönlichkeiten orientiert, die sich hier wie dort für die gerechte Sache zu exponieren wagen. Sie fin-

den sich sowohl im Schweizer Parlament (da sitzt sogar ein Kommunist!) wie auch in Die Linke, Cuba-Si sei Dank. In diesem Sinne ist die Solidaritätsbewegung in der Schweiz schicksalhaft mit derjenigen in Deutschland verbunden – die Kampagne UNBLOCK-CUBA stellt es positiv unter Beweis.

Aber eines ist allgemeingültig: Wer sich die Begriffe Demokratie und Menschenrechte von den USA definieren lässt, kann definitiv nicht links sein.

Samuel Wanitsch ist Mitglied der Nationalen Koordination Vereinigung Schweiz-Cuba ([www.cuba-si.ch](http://www.cuba-si.ch))

## Same procedure as every year?

Abstimmung der UNO über die US-Blockade gegen Kuba voraussichtlich im Juni

Von Marion Leonhardt

Die jährliche Abstimmung über die kubanische Resolution gegen die US-Blockade vor den Vereinten Nationen ist – bedingt durch die Pandemie und deren Auswirkungen auf die Arbeit im UN-Hauptquartier – vom Herbst 2020 auf den Mai 2021 verschoben wor-

den. So wird auch die von der Tageszeitung *junge Welt* initiierten Kampagne „Unblock Cuba!“ gegen die Blockade ihren Höhepunkt im Mai 2021 erreichen. Zur Zeit beteiligen sich 80 Organisationen, Parteien und Medien sowie 14 Einzelunterstützer aus 24 Län-

dern an den „Unblock Cuba“-Aktivitäten.

Jedes Jahr wird anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York über eine Resolution Kubas abgestimmt, die die Aufhebung der von den USA seit fast 60 Jahren verhängten Wirtschafts-,

Handels- und Finanzblockade fordert. Und seit Jahren wird sie von der großen Mehrheit der Länder angenommen – bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen. 2016 war bemerkenswert, da sich sogar die Obama-Administration nicht gegen die Resolution stimmte. Unter Trumps Präsidentschaft hat sich die Situation wieder verschlechtert. Und auch in der EU sind die Zeichen nicht unbedingt positiv: 16 der 705 Abgeordneten des EU-Parlaments forderten kürzlich die Entlassung des EU-Botschafters in Havanna, Alberto Navarro. Prompt bestellte der Außenbeauftragte Josep Borrell diesen zum Rapport nach Brüssel. Sein „Vergehen“: Er hatte eine Initiative und die Unterzeichnung eines Briefes an US-Präsident Joseph Biden unterstützt, in dem dieser auffordert wird, die Blockade gegen Kuba aufzuheben. Damit hatte er sich eigentlich lediglich auf dem Boden des Abstimmungsverhaltens der EU-Staaten in den letzten Jahren befunden. Bleibt abzuwarten, ob sich der Rechtsruck bei der UNO-Abstimmung im Mai fortsetzt.

Anders in Großbritannien. Der Abgeordnete Grahame Morris, Vorsitzender der parteiübergreifenden parlamentarischen Gruppe zu Kuba, stellte am 20. Januar 2021 eine Anfrage nach der britischen Unterstützung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba nach der Amtseinführung des neuen demokratischen Präsidenten Joe Biden. In ihrer Antwort im Namen der Regierung sagte Wendy Morton, MP und parlamentarische Staatssekretärin für auswärtige, Commonwealth- und Entwicklungsangelegenheiten (FCDA) am 25. Januar: „Wir diskutieren regelmäßig eine Reihe von Themen von gemeinsamem Interesse, einschließlich Kuba, mit unseren US-Kollegen, und dies wird auch mit der neuen US-Regierung fortgesetzt. Das Vereinigte Königreich hat wiederholt deutlich gemacht, dass es das US-Embargo gegen Kuba ablehnt, das wir als kontraproduktiv ansehen. Das Vereinigte Königreich hält die extraterritorialen Auswirkungen des Embargos, insbesondere diejenigen, die sich aus der Aktivierung der

Titel III und IV des Helms-Burton-Gesetzes ergeben, für völkerrechtswidrig. Wir freuen uns darauf, die Situation in Kuba mit der neuen US-Regierung zu erörtern und Gedanken über die positiven Entwicklungen in den Beziehungen Großbritanniens zu Kuba in den letzten Jahren auszutauschen.“

So oder so ist aber klar: Solche Bemühungen und positive Abstimmungsergebnisse in der UNO allein reichen nicht. Die europäischen Regierungen und die EU müssen endlich aktiv gegen die völkerrechtswidrige US-Blockade vorgehen und Unternehmen, die sich ihr unterwerfen, sanktionieren.

Die Arbeit der Solidaritätsbewegung zur Überwindung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade wird also im Mai nicht zu Ende sein.

Weitere Unterstützer der Kampagne, egal ob Organisationen, Parteigliederungen, Gewerkschaften oder Einzelpersonen, sind herzlich willkommen. Informationen, Unterstützererklärungen und Aktionsmaterial finden sich unter [www.unblock-cuba.org](http://www.unblock-cuba.org)

## Dranbleiben

Von Samuel Wanitsch

Nein, einen Sieg kann man es nicht nennen. Von Sieg dürfen wir erst sprechen, wenn die kriminelle US-Blockadepolitik – auch gegenüber Venezuela, Syrien, Iran, Palästina – überwunden ist und das Völkerrecht gelebt wird. Und da sind wir wohl lebenslänglich gefordert.

Gleichwohl haben wir natürlich unsere Freude an diesem Teilerfolg vom 9. März 2021 im Bundeshaus in Bern, der da heisst:

„Der Nationalrat hat heute Morgen das von der Aussenpolitischen Kommission eingereichte Postulat

„US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen“ mit 98 gegen 89 Stimmen angenommen. Die Annahme des Postulats ist ein starkes Zeichen, dass die Schweiz sich endlich politisch aktiv mit der völkerrechtswidrigen und unmenschlichen US-Blockadepolitik auseinandersetzen muss.“ (Aus der gemeinsamen Pressemitteilung von medicuba und der Vereinigung Schweiz-Cuba).

### Zur Vorgeschichte

Nachdem wir in der Schweiz schon 2009 zu 50 Jahren Kubanische Re-

volution und dann zusammen mit *junge Welt* und der Solidarität in Deutschland zum 90. Geburtstag von Fidel landesweite Plakataktionen im öffentlichen Aushang realisierten, waren wir von Anfang an und mit Überzeugung bei der im September 2019 gestarteten Unblock-Cuba-Kampagne mit dabei.

Für (teure) Anzeigen in zwei grossen Tageszeitungen in der Deutschschweiz und in der Romandie (französische Schweiz) unter dem Titel „US-Sanktionen töten“ – insbesondere auch in Venezuela – kann-

ten wir bereits eine erfreulich breite Allianz von Organisationen bilden, die dann auch die Unblock-Cuba-Petition mittrugen, welche wir symbolisch am 10. Dezember 2019 – dem UNO-Menschenrechtstag – dem Bundeshaus übergaben.

Auf dieser Unterschriftensammlung und auf ähnlich formulierten Vorstössen von Parlamentariern basierend wurde schliesslich obgenanntes Postulat von der vorbereitenden Kommission mit 13:11 an den Nationalrat (grosse Kammer des Parlamentes) überwiesen. Das war schon eine positive Überraschung.

Die Annahme des Postulates bedeutet nun, dass „der Bundesrat beauftragt wird aufzuzeigen, wie er mit Blick auf die neue US-Regierung einen Beitrag leisten will, damit eine der (materiell\*) ärmsten Bevölkerungen auf diesem Planeten von den jahrzehntelangen Fesseln der notbringenden Wirtschaftsblockade befreit werden kann.“

Dabei seien vordergründig zwei Fragen zu klären:

1. Eine aktive Rolle der Schweiz innerhalb der UN-Gremien, um neben der mehrmals von der UN-Generalversammlung beschlossenen Rechtswidrigkeit der US-Sanktionen den Druck für eine Deblockierung auf die neue US-Regierung zu erhöhen.

2. Massnahmen überprüfen, damit Handel und Investitionen mit Kuba aus der Schweiz heraus ermöglicht werden. Dabei können Instrumente von Investitions- und Exportgarantien mit einbezogen werden, aber auch allfällige Hilfestellungen von bundesnahen Institutionen wie die PostFinance, die Schweizerische Nationalbank oder einer zu gründenden Zwischengesellschaft (analog INSTEX) geprüft werden.“

**Begründung des Postulats**

„Die Schweiz hat in Kuba einen hohen Stellenwert und konnte in der Vergangenheit in vielen Konflik-



ten behilflich sein. Umgekehrt ist Kuba immer wieder eine zuverlässige Fürsprecherin für Schweizer Anliegen bei Missstimmigkeiten mit sozialistischen Staaten. Die Schweiz hat über Jahrzehnte in Kuba an vorderster Stelle erfolgreiche Entwicklungsprojekte umgesetzt. Leider hat die Armut der Bevölkerung weiter zugenommen. Hauptgrund dafür ist die seit 60 Jahren einseitig geltende Wirtschaftsblockade der USA, welche mehrmals von der UNO als im Sinne des Völkerrechts als illegal verurteilt wurde. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz proaktiv zur Erfüllung der UN-Beschlüsse weitere Schritte unternimmt.“

Dass dieses Postulat im bürgerlich dominierten Nationalrat eine Mehrheit fand, überrascht nicht nur wegen des Resultates, sondern auch wegen dessen Zusammensetzung: Erfreulicherweise stimmten SozialdemokratInnen und Grüne geschlossen dafür und überraschenderweise auch die Fraktion der Freisinnigen/Liberalen, aus deren Reihen eine der treibenden Kräfte hinter dem Postu-

lat stammt. Mit zum Erfolg trugen schliesslich vier Abtrünnige der Fraktion „Die Mitte“ bei (früher Christliche Volkspartei), welche zusammen mit der rechten SVP ablehnte.

Somit muss sich jetzt die Regierung (Bundesrat) zähneknirschend mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Was wir uns in der ersten Freude über die Annahme des Postulats als positive Konsequenz erhofften, nämlich ein Echo in der Schweizer Medienlandschaft, ist mit der Nichtberichterstattung sämtlicher Leitmedien ausgeblieben. Sarkastisch kann und muss man festhalten, dass in Liechtenstein offener über die Resultate im Schweizer Parlament berichtet wurde.

Ergo bleiben wir mit unseren Mitteln dran und halten den Druck aufrecht, mit Aktionen, mit unserer Solidarität, mit der Unblock-Cuba-Kampagne. Venceremos!

\*müsste meiner Meinung nach mit „materiell“ ergänzt werden, ist doch Kuba in vielerlei Hinsicht reicher als der Rest der Welt...

# Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein

Die XXVI. Rosa-Luxemburg-Konferenz

Von Marion Leonhardt

**Alles war anders in diesem Jahr. Der „Neujahrsempfang“ der deutschen Linken verschiedenster Prägung konnte wegen der Coronapandemie nicht als Präsenzkonferenz stattfinden, der Ausrichter „junge Welt“ wagte sich auf sich auf das digitale Spielfeld des Livestreams. Auch wenn man das Wiedersehen mit Bekannten oder das Schwätzchen mit neuen Mitstreitern bei einem Kaffee vermisste, so muss man sagen: Chapeau, die junge Welt veranstaltete eine spannende, hochkarätige Konferenz. Das wurde mit vielen Zuschauern und Probeabos belohnt. In einem wichtigen Punkt zeigte die Konferenz Kontinuität: Kuba war wichtiger Bestandteil.**

## Ausweg Sozialismus

Der kubanische Publizist Enrique Ubieta Gómez, Direktor der Theoriezeitschrift „Cuba Socialista“, war einer der Hauptreferenten. Er verdeutlichte, dass die Coronapandemie Arme und Reiche nicht in gleichem Ausmaß treffe, die Armen litten stärker. Das sei aber keine Frage des Virus, sondern wie unterschiedliche Gesellschaftssysteme auf die Pandemie reagierten. Die USA seien besonders vom Coronavirus betroffen, zwei Viren durchzögen die USA und durchzögen sich gegenseitig: Ungleichheit und Corona. Im Gegensatz dazu brach in Kuba die Krankenhausversorgung nicht zusammen und starben keine Beschäftigten im Gesundheitswesen. Trump legte in dieser Situation seine Knie auf den Hals der Völker, die gegen den Imperialismus kämpfen. Trotz der bedrohlichen weltweiten Pandemie ver-

schärfte die USA den Wirtschaftskrieg gegen Kuba, während Havanna solidarisch insgesamt 53 medizinische Hilfsbrigaden in andere Länder schickte – also Ärzte statt Waffen.

Ubieta warnte eindringlich, dass die Rechte nicht debattiere, sondern handele, um eine Welt mit weniger Freiheiten und Rechten und mehr sozialer Kontrolle zu schaffen. Zu erwarten sei, dass sich in der Postpandemie schon nur noch die Frage „Faschismus oder Sozialismus“ stelle. Sollte dies so sein, werde es notwendig sein, eine neue, breite Einheitsfront wie die der 30er und 40er Jahre aufzubauen. Die Linke müsse grundlegende Veränderungen einfordern. Insbesondere müsse der Raubbau an der Umwelt beendet und die Demokratie auf andere Grundlagen gestellt werden als diejenige, die von der Bourgeoisie bereits außer Kraft gesetzt wurden. Das kapitalistische System werde immer undemokratischer und die, die es bekämpften, forderten seine Erfüllung. Das sei nicht zielführend. Es gelte, den Zugang zu sozialer Gerechtigkeit, die Prämisse individueller Freiheit, zu ermöglichen, damit das Schiff, das sich Welt nenne, nicht Schiffbruch erleide.

Er erinnerte daran, dass seit Marx klar sei, dass wissenschaftliche Erkenntnis die Praxis der Veränderung erfordere und unterstrich damit die Aktualität des Mottos der Konferenz.

Es gibt Orte auf der Welt, in denen Hoffnung auch in den finsternsten Tagen bewahrt wurde. Für Solidarität statt Barbarei steht auch das sozialistische Kuba.

## Die Kampagne „Unblock Cuba“

Kuba ist ein Leuchtturm der Solidarität. Das betonte auch Miriam Näther von Cuba Sí, die im Anschluss die Solidaritätskampagne „Unblock Cuba“ vorstellte. Die war im Sommer 2020 als eine Folgekampagne als gesamteuropäische Solidaritätsaktion gestartet. Ziel sei es, 2021 zu dem Jahr zu machen, in dem die mittlerweile fast 60 Jahre aufrechterhaltene Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade der USA gegen Kuba endlich gestoppt werde. Sie appellierte an die Spendenbereitschaft der Zuhörer: Die Kampagne werde ausschließlich über Spenden finanziert. Allein für die Werbemaßnahmen in der BRD benötige man ca. 25.000 Euro.

Berichte über die Kampagnenaktivitäten gegen die Blockade in der Schweiz, Italien, Dänemark und den USA rundeten das Bild ab.

Per Video war auch Fernando González Llort, Präsident des ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft) und als einer der „Cuba Five“ jahrelang im US-Gefängnis, zugeschaltet. Er würdigte, dass mehr als 80 teilnehmende Organisationen in 24 Ländern mit Plakataktionen, Flyern und Aktionen Druck auf Politik und Regierungen machten. Die US-Blockade sei schlimm, aber die Kubanische Revolution lebe und entfalte sich im Geiste Fidels und Marti. Kuba habe von der deutschen Solidaritätsbewegung nicht nur wichtige materielle Solidarität bekommen, sondern auch Aufmunterung. Dieser Beitrag zeige, dass Rosa Luxemburg weiter lebe.

# Kuba und das Recht auf Gesundheit in Deutschland

Eine Veranstaltung der Mainzer Gruppe der Freundschaftsgesellschaft

Von Tobias Kriele

Die Mainzer Gruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba hatte am 17. Februar 2021 zu einer Online-Veranstaltung mit dem Titel „Recht auf Gesundheit – Hier und weltweit ... oder?“ eingeladen, und immerhin 65 Interessierte erschienen virtuell im FG-eigenen digitalen Konferenzraum. Franco Cavalli, international anerkannter Krebsforscher aus der Schweiz und Präsident der Solidaritätsorganisation mediCuba Europa, war eingeladen, über das kubanische Gesundheitssystem zu berichten. Michael Quetting, Pflegebeauftragter von ver.di und einer der Sprecher des Pflegeaufstands Rheinland-Pfalz, sprach über die Arbeitssituation in der Pflege und die Kämpfe der Beschäftigten für bessere Bedingungen im deutschen Gesundheitswesen.

Deutschland und Kuba lassen sich schwer vergleichen. Dieser Konsens wurde unter beiden Rednern schnell deutlich. Über die Gesundheit in beiden Ländern auf einer Veranstaltung zu reden, sollte aber neue Erkenntnisse die beiden Gesundheitssysteme miteinander in Bezug zu bringen – und so kam es.

Franco Cavalli erläuterte, dass sein Interesse an Kuba aus seinen ersten internationalen Erfahrungen mit der Gesundheitsversorgung in Ländern des Südens rührte. Wenn man im brasilianischen Regenwald oder im südostasiatischen Dschungel auf einen Arzt stieß, so Cavalli, so hatte der seine Ausbildung in Kuba gemacht. Ihn habe beeindruckt, dass ein kleines Land wie Kuba durch ein auf Prävention ausgeglichenes Gesundheitssystem ein Niveau an Gesundheitsversorgung entwickeln konnte, so dass

es heute sogar Ärzte in bedürftige Länder schicken kann. Diese Herangehensweise hilft Kuba heute auch in der Corona-Pandemie, so Franco Cavalli. Kuba forscht an Impfstoffen, die insbesondere unter Bedingungen der Länder des Südens wirken und nicht auf die Generierung von Profit ausgerichtet sind. Ein Unterfangen, welches mediCuba Europa durch die Entsendung von Geld und Gerätschaften durch die Lücken der US-Blockade tatkräftig unterstützt. Es geht der Schweizer Initiative damit nicht nur um Solidarität mit dem kubanischen Versuch, eine Gesundheit für alle zu garantieren. Kuba ist auch, so Cavalli, ein Alternative, die Fragen über den Charakter des Gesundheitssystems in Ländern wie Deutschland oder der Schweiz aufwirft.

Die Lage der Pflegekräfte in Deutschland ist kritisch. Das führte Michael Quetting aus und erklärte damit zugleich, weshalb seine Initiative von Gesundheitsarbeiterinnen und -arbeitern in Rheinland-Pfalz den Aufstand gegen den Pflegenotstand probt. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind nicht nur für die Arbeitskräfte dramatisch schlecht, sie gefährden auch die Gesundheit der Betroffenen, da etwa Hygienemaßnahmen nicht mehr eingehalten und Patientinnen und Patienten nicht so versorgt werden können, wie sie es sollten. Die Beschäftigten in der Pflege sehen sich in der Klemme, da sie insbesondere unter den Bedingungen von COVID 19 nicht mehr ihren Aufgaben nachkommen können und mit den Auswirkungen allein gelassen werden. Deshalb besteht eine der Forderungen des Pflegeaufstands da-

rin, dass keine Pflegekraft mehr in die Situation gebracht werden darf, allein eine Station versorgen zu müssen.

Wie Franco Cavalli betonte auch Michael Quetting, dass vereinfachende Vergleiche zwischen Kuba und Deutschland nicht hilfreich sind. Kuba wirft aber doch die Frage auf, so Quetting, ob in einem von Warenwirtschaft und Profit geprägten System wie in Deutschland eine an der Gesundheit der Menschen orientierte Führung eines Krankenhauses überhaupt möglich sei. Kuba habe gezeigt, dass dieser Weg nicht alternativlos und also zu kritisieren sei, so Quetting, und werde deshalb von den USA immer wieder durch Blockademaßnahmen bestraft. Auch die Bewegungen der Pflegekräfte müsse sich stärker politischen, sprich: Systemfragen zuwenden. Das Beispiel Kubas helfe dabei.

Franco Cavalli stimmte dem zu und berichtete, dass er in einer Initiative für eine bessere Pflege in der Schweiz aktiv geworden sei. Michael Quetting erinnerte an eine gemeinsame Veranstaltung der beiden Referenten Ende 2017, die ebenfalls unter anderem von der Mainzer Gruppe der Freundschaftsgesellschaft organisiert worden war. Damals, so Quetting, war die Mainzer Uniklinik gewerkschaftlich nur schwach erschlossen; Heute, drei Jahre später, hat sich die Belegschaft einen der besten Tarifverträge an deutschen Krankenhäusern erkämpft.

Mit Musik und Tanz vor den heimischen Bildschirmen ging eine schöne Veranstaltung zu Ende, in der die gesellschaftspolitische Wirkung Kubas sogar auf der anderen Seite des Erdballs sichtbar wurde.

## Normalisierung in Bolivien

Evo Morales zurück aus dem Exil

Von Frederic Schnatterer



Zuletzt ist es ruhiger geworden um Bolivien: Ein Zeichen dafür, dass der Andenstaat nach über einem Jahr Putschistenregime zur „Normalität“ zurückgekehrt ist – sofern das unter den gegebenen Umständen der Coronapandemie überhaupt möglich ist. Der Beginn des Jahres 2021 war dementsprechend von Nachrichten über die Pandemiesituation sowie die Strategien zur Bekämpfung der Seuche durch die noch junge Regierung bestimmt.

Trotz auch in Bolivien wieder steigender Infektionszahlen war dabei durchaus Positives zu berichten. Am 30. Januar kündigte Präsident Luis Arce von der linken Bewegung zum Sozialismus (MAS) für den Monat Februar die Ankunft von einer Million Impfstoffdosen aus dem Covax-Pro-

gramm an. Dieses von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und einer internationalen Staatenallianz unterhaltene Programm möchte die Versorgung sogenannter Entwicklungsländer mit Vakzinen sicherstellen. Bereits Ende Januar hatten 20.000 Dosen des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ den Flughafen von La Paz erreicht. Ein Anfang.

Ein so koordinierte Antwort auf die Pandemie war vor einem Jahr nicht absehbar gewesen. Die Putschregierung unter Jeanine Áñez, die nach dem Staatsstreich gegen Evo Morales im November 2019 die Macht an sich gerissen hatte, setzte alles an eine Zerstörung des von der MAS errichteten Sozialstaats. Kubanische Ärzte wurden mit fadenscheinigen Begründungen des Landes verwiesen,

das Gesundheitssystem stand zeitweise kurz vor dem Kollaps.

Die eigentlich für März 2020 anberaumten Wahlen wurden mit Verweis auf die Pandemie verschoben. Erst infolge beeindruckender Massenmobilisierungen sowohl der Arbeiterklasse als auch der Bauernschaft konnte – nach einer erneuten Verschiebung des Abstimmungstermins – der 18. Oktober 2020 als Tag der Präsidentschafts- und Parlamentswahl durchgesetzt werden. Das Ergebnis: Die Kandidaten der linken MAS, Arce sowie sein Vize, David Choquehuanca, vereinten mehr als 55 Prozent der Stimmen auf sich. Trotz brutaler Repression gegen MAS und mit ihr verbündete soziale Bewegungen ein ungefährdeter Sieg bereits in der ersten Run-

de. Nach einem Jahr Exil kehrte Morales wieder nach Bolivien zurück.

In der Folge bemühte sich die neue Linksregierung um Schadensbegrenzung bezüglich der zerstörerischen Politik der Putschisten. Als eine der ersten Maßnahmen wurden Soforthilfen beschlossen, von denen die von der Wirtschaftskrise – im Zusammenspiel mit der Pandemie – am stärksten betroffenen Personen profitieren sollen. Laut Arce kommen diese vier der insgesamt elf Millionen Bolivianerinnen und Bolivianer zugute. Finanziert werden soll das Vorhaben unter anderem durch die

Verarbeitung der Lithiumvorkommen des Landes sowie eine Sondersteuer auf große Vermögen.

Das Lithium, das für die Batterien von Elektroautos, aber auch für Handyakkus sowie Militärtechnologie benötigt wird, spielte auch für den Staatsstreich gegen Morales eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im Oktober 2019 hatte der linke Präsident einen Vertrag mit dem deutschen Unternehmen ACI Systems unterzeichnet, dem die Ausbeutung der Vorkommen im Salzsee von Uyuni erlaubt wurde. Vom „Bürgerkomitee Potosí“ organisierte Proteste, angeführt von Marco Pumari, entwickelten sich

zu einer der Säulen des Putsches, der schließlich dazu führte, dass Morales aus Bolivien fliehen musste. Wie Multimilliardär Elon Musk später freimütig zugab, war auch der Westen am Staatsstreich nicht unbeteiligt.

Auf internationaler Ebene bedeutete der Wahlsieg der MAS eine Rückkehr in progressive Bündnisse wie dem Staatenbund ALBA-TCP, mit dem Bolivien unter anderem am Aufbau einer internationalen Impfstoffbank arbeitet. Auch wurden die Beziehungen zu den linken Regierungen in Kuba, Venezuela und Nicaragua wieder aufgenommen.

bundesvorstand der fg

## Kündigung der Zusammenarbeit mit Profil-Reisen

Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V. hat im Dezember 2020 den seit März 2017 bestehenden Vertrag über die Zusammenarbeit mit dem Reiseveranstalter „Profil Cuba-Reisen“, außerordentlich zum 31.12.2020, hilfsweise fristgerecht zum 30. Juni 2021, gekündigt.

Dieser Vertrag beinhaltete u. a. die Regelung der gemeinsamen Planung, Bewerbung und Durchführung eines sozial-politisch orientierten Reiseprogramms nach Kuba. Der Inhaber des Reiseunternehmens, Manfred Sill, hat dann im Januar 2021 der außerordentlichen Kündigung zum 31.12.2020 zugestimmt.

Der Grund für Kündigung liegt nicht in der Planung und Durchführung der Reisen, sondern resultiert aus dem Betreiben einer website durch den oben genannten Inhaber von „Profil Cuba Reisen“, die sich seit März 2020 hauptsächlich bzw. ausschließlich mit dem „Corona-Hype“ (Zitat auf der website im Juni 2020) beschäftigt. Dort wird zum einen die *Zeitung junge Welt*, mit der die Kuba-Solidarität eine äußerst fruchtbare Zusammenarbeit pflegt und mit der wir als FG BRD-Kuba eine ausgezeichnete Medienpartnerschaft haben, in aus unserer Sicht verleumderischer Weise angegangen. Zum anderen wird von Manfred Sill bei den Reisehinweisen – bewusst in der Konsequenz – die gesundheitspolitischen Herangehens- und Handlungsweise unserer kubanischen Gastgeber bezüglich Covid-19, die auf eine komplette Einhaltung der auf Kuba geltenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie dringen, konterkariert.

Der Bundesvorstand hat die genannten Punkte ausführlich diskutiert und auch gegenüber der Einordnung dieser Positionen von Manfred Sill selbst als seine „ganz private Meinung“ abgewogen. Die FG BRD-Kuba als Solidaritätsorganisation mit dem sozialistischen Kuba darf und will nach Meinung des BuVo nicht mit Positionen, wie sie vom Inhaber von „Profil Cuba Reisen“ vertreten werden, in Verbindung gebracht werden. Dies soll mit der Kündigung des Vertrages deutlich gemacht werden.

Der Bundesvorstand bedauert, nunmehr seit dem 31.12.2020 zunächst keinen neuen Partner zu haben, mit dem entsprechende Reisen nach Kuba gemeinsam durchgeführt werden. Er arbeitet intensiv daran, einen neuen Vertragspartner zu finden, über den sozial-politische Reisen durch die FG BRD-Kuba wieder angeboten werden können. Das dies im Moment nicht möglich ist ist um so bedauerlicher, da Kuba ein sicheres Reiseland ist, in dem ab dem Sommer 2021 ein eigenes Impferum für die kubanische Bevölkerung kostenlos zur Verfügung stehen wird. Mehr noch: Kuba wird seinen eigenen Impfstoff der armen Länder der Welt kostenlos bzw. kostengünstig zur Verfügung stellen.

Der Bundesvorstand kann nur dafür werben, Kuba gerade jetzt zu besuchen und sich selbst ein Bild von der gesellschaftspolitischen und auch der gesundheitspolitischen Situation dort zu machen. Reisen nach Kuba – ein der schönsten Formen der Solidarität.

Von Volker Hermsdorf

**CUBA LIBRE will in dieser Rubrik aufzeigen, was die Konzernmedien verschweigen, Falschmeldungen enthüllen und Manipulationen aufdecken.**

**Falschmeldungen**

**Unterschlagungen**

**Manipulationen**



Für bürgerliche Medien ist die Freiheit von Kunst und Kultur eine heilige Kuh. Zumindest, wenn es sich um die kulturellen Freiheiten selbsternannter und vom Ausland finanzierter „Künstler“ in Kuba handelt. Werden jedoch weltbekannte kubanische Musiker in den USA politisch verfolgt, denunziert, mit Auftrittsverbieten belegt und der Zerstörung ihrer beruflichen Karriere bedroht, erfahren Leser und Zuschauer der großen deutschsprachigen Medien nichts darüber.

## Die Freiheit der Künstler in Miami

So war es etwa kein Thema, als in Miami ein für den 18. März 2021 geplantes Konzert des bekannten kubanischen Sängers, Songwriters und Schlagzeugers Yulien Oviedo abgesetzt wurde. Sein einziges „Vergehen“: Er hatte sich geweigert, Kuba als „Diktatur“ zu bezeichnen. Der stramm antikommunistische „Influencer“ Alex Otaola, Unterstützer einer sich „San-Isidro-Bewegung“ nennenden „Künstlergruppe“ in Kuba, hatte die Veranstalter mit einer Verleumdungskampagne genötigt, den Auftritt Oviedos abzusagen. Oviedo, so der Contra-Moderator, sei „ein kubanischer Künstler, der nicht weiß, dass in Kuba eine Diktatur herrscht“.

Ähnlichen Angriffen war im Oktober 2020 der als Paulito FG bekannte Salsa-Musiker Pablo Alfonso Fernández Gallo ausgesetzt, der nach dem Tod seines Bruders in die USA gereist war und wegen der Covid-19-Pandemie zeitweise nicht nach Havanna zurückkehren konnte. „Ich habe mit dem Bürgermeister von Miami, Francis Suarez, gesprochen und ihn aufgefordert, Paulo FG zur Persona non grata der Stadt Miami zu erklären“, verkündete Otaola am 14. Oktober. Suarez erklärte kurz darauf, dass „Künstler wie Paulo FG, die sich für das Regime Kubas aussprechen, in der Stadt Miami nicht geduldet werden“. Ein Jahr zuvor hatte der Trump-Anhänger schon die als „Diva del

Son“ international gefeierte Interpretin Haila María Mompí zur „Persona non grata“ erklärt und den Club „Studio 60“ gezwungen, ein geplantes Konzert abzusagen. Deutschsprachige Medien, einschließlich der von Wikipedia irrtümlich als „grün-links, linksalternativ und systemkritisch“ bezeichneten „taz“, die in den vergangenen Wochen mehrfach gegen die angebliche Einschränkung künstlerischer Freiheiten in Kuba polemisiert hatte, berichteten mit keiner Zeile darüber. Dies sind keine Einzelfälle: Nach dem Auftritt des kolumbianischen Rocksängers Juanes bei dem Gratiskonzert „Frieden ohne Grenzen“ vor einer Million Zuhörern am 20. September 2009 in Havanna wurde dessen in Miami lebende Familie von Contras mit dem Tod bedroht und CDs mit seinen Liedern zertrümmert.

## TAZ im Querdenker-Modus

Während Juanes – wie Haila María Mompí und auch Paulito FG – vor rechten Politikern und Contras nicht in die Knie ging und sich 2010 für die Freilassung der „Cuban Five“ eingesetzt hatte, hielten die kubanischen Musiker des Duos Gente de Zona und Descemer Bueno dem Druck nicht stand. Als Reaktion auf eine von Alex Otaola initiierte Kampagne, ihnen ihre Green Cards und die Berechtigung zum Daueraufenthalt in den USA zu entziehen, hatte Bürgermeister Francis Suarez einen Auftritt von Gente de Zona zum Jahresende 2019 wegen deren „Nähe zum Regime“ verhindert. Auch Descemer Bueno wurde zur Zielscheibe, weil er Kubas medizinischen Hilfeinsätze lobte und die US-Blockade verurteilte. Otaola und Suarez gelang es, seine Auftritte in Miami zu verhindern und seine Karriere, wie die von Gente de Zona, zu zerstören. Erst als sie vor den Rechten zu Kreuze krochen und sich dazu hergaben, die kubanische Regierung öffentlich anzugreifen, konnten sie wieder ungehindert in den USA auftreten. Sie beteiligten sich an dem in Miami produzierten antikubanischen Popsong „Patria y Vida“ wie auch der erfolglose San-Isidro-Rapper Maykel Osorbo, der die US-Regierung zur Invasion Kubas aufgefordert hatte und das Lied als „Kriegshymne“ bezeichnete. Während Kubas Bevölkerung unter den Folgen der Coronapandemie und der US-Blockade leidet, spötteln die Musiker in diesem Song, dass die Kubaner es jetzt „eilig haben, Che Guevara und Martí gegen Devisen einzutauschen“. Die „taz“ feierte den Contra-Song am 21. Februar als „eine Hymne der Hoffnung“.

Peinlich für die „taz“ und die Contras ist nur, dass der von ihnen als „scharfe Kritik am Regime“ bezeichnete Songtitel „Patria y Vida“ aus einer Rede Fidel Castros vor Pionieren in Havanna vom 23. Dezember 1999 stammt.

# DER ONLINE-SHOP FÜR ALLE LINKEN

T-Shirts . Hoodies . Bücher . Broschüren . Fahnen . CDs . DVDs . Antiquariat und mehr



**Broschüren**  
3,00 €

6 Gläser  
10,00 €



**Fahnen**  
ab 12,00 €



**UZ 6 Wochen**  
Probe lesen 0,00 €



**T-Shirts**  
14,90 €



**Hoodies**  
24,90 €



**Tassen**  
ab 6,00 €



E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

[www.uzshop.de](http://www.uzshop.de)

Tel: 0201 17 78 89 23

Jetzt Mitglied werden



## Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

**4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder  
(Prämienpaket umseitig)**

Monatsbeitrag:  10,- € (Förderbeitrag)  7,- € (Normalbeitrag)  3,- € (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

email \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN \_\_\_\_\_

Name, Vorname (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstraße 159, 50670 Köln



*»Entweder ändert die Menschheit ihr Verhältnis zur Natur oder die Natur ›ändert‹ sie. Nur der Sozialismus kann ein rationelles Verhältnis zur Natur schaffen, wie Kuba zeigt. Dort ist in der Pandemie kein Krankenhaus zusammengebrochen, sondern das von Trump strangulierte Land entwickelt Impfstoffe.«*

*Enrique Ubieta Gómez*

### Bücher- und CD-Prämien



**Kuba  
im Wandel**  
16 Erfahrungsberichte

Verlag Wiljo Heinen



**Cuba  
Musica  
y Revolucion**

CD

Hernando Calvo Ospina/  
Katlijn Declercq



**Helden  
der freien Welt**  
Dissidenten  
in Kuba

PapyRossa Verlag



**Originalton  
Miami**  
Die USA, Kuba  
und die Menschenrechte

PapyRossa Verlag

Bei Umzug:  
Neue Adresse u. ggf.  
Bankverbindung in  
der Geschäftsstelle  
mitteilen!

#### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausgehändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtausgehändigung zurückzusenden.